



Michael Parak

# Integration durch Bildung?

„Umsiedlerstudenten“ und  
„Umsiedlerkinder“ in der  
Sowjetischen Besatzungszone  
und der DDR



Reihe  
**Gesprächskreis**  
**Geschichte**  
Heft 77

**FRIEDRICH**  
**EBERT**   
**STIFTUNG**

Gesprächskreis Geschichte

---

Heft 77

Michael Parak

**Integration durch Bildung?  
„Umsiedlerstudenten“ und  
„Umsiedlerkinder“ in der Sowjetischen  
Besatzungszone und der DDR**

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Historisches Forschungszentrum

Herausgegeben von Dieter Dowe  
Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung  
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn

Kostenloser Bezug beim Historischen Forschungszentrum  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

E-mail: [Doris.Fassbender@fes.de](mailto:Doris.Fassbender@fes.de)

<http://library.fes.de/history/pub-history.html>

© 2007 by Friedrich-Ebert-Stiftung

Bonn (-Bad Godesberg)

Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Druck: bub - Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2007

ISBN 978-3-89892-828-1

ISSN 0941-6862

---

## Inhalt

1	Forschungsüberblick .....	7
2	Erkenntnisinteresse, Quellenlage und Vorgehensweise....	13
3	Politische Rahmenbedingungen für Flüchtlinge und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR .....	21
4	„Umsiedlerstudenten“ in den vierziger und frühen fünfziger Jahren.....	30
4.1	Zulassung zum Hochschulstudium.....	31
4.2	„Umsiedlerstudenten“ im Blick der Hochschulverwaltungen .....	36
4.3	Fallbeispiel: „Umsiedlerstudenten“ an der Universität Greifswald .....	43
4.4	Stipendienpolitik im Kontext veränderter politischer Rahmenbedingungen.....	54
5	Von der Schule bis zur Universität. Der Weg der „Umsiedlerkinder“ durch die Bildungseinrichtungen der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR .....	60
5.1	Schule .....	62
5.2	Studium und späterer Beruf.....	75
6	Individuelle Anpassungs- und Bewältigungsstrategien ....	86
6.1	Innerfamiliäre Faktoren.....	88
6.2	Individuelle Leistungsbereitschaft .....	95
6.3	Gesellschaftliche und politische Einordnung.....	102
7	„Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkinder“ in der DDR-Gesellschaft. Ein generations- und bildungs-spezifischer Analyseansatz.....	114



---

## Michael Parak

### Integration durch Bildung? „Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkinder“ in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR\*

Ein an der Arbeiter- und Bauern-Fakultät der Universität Greifswald immatrikulierter „Umsiedlerstudent“<sup>1</sup> hielt Einzug in die Literaturgeschichte – als Gestalt in Hermann Kants Roman „Die Aula“.<sup>2</sup> Gerd Trullesand aus Stettin ist in diesem Werk der

---

\* Die vorliegende Studie geht auf ein Forschungsprojekt zurück, das im Auftrag des Historischen Forschungszentrums des Friedrich-Ebert-Stiftung 2003 und 2004 am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Leipzig durchgeführt wurde. Eine seit 2006 am Schlesischen Museum zu Görlitz durchgeführte Zeitzeugenbefragung über die Lebensbedingungen von Schlesiern in der DDR erweitert die Datengrundlage. Für Hinweise und Anregungen danke ich Markus Lammert und Markus Wustmann, Leipzig.

<sup>1</sup> Die Sowjetische Militäradministration und die KPD/SED setzten alles daran, die Begriffe Flüchtlinge und Vertriebene aus dem öffentlichen Sprachgebrauch zu verdrängen. Bis Ende der vierziger Jahre war vor allem die Bezeichnung „Umsiedler“ gebräuchlich, bis diese dann durch „Neubürger“ verdrängt wurde. Vgl. zur Begriffsbedeutung und -geschichte auch Michael SCHWARTZ, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 61), München 2004, S. 3-6.

<sup>2</sup> Vgl. zu diesem Roman Wolfgang EMMERICH, Kleine Literaturgeschichte der DDR, Berlin 2000, S. 203-204; Siegfried JÄKEL, Hermann Kants „Die Aula“ als literarisch-historisches Zeitdokument, in: DER GINKO-BAUM 11 (1992), S. 225-231. Hermann Kant war selbst Absolvent der Greifswalder Arbeiter- und Bauern-Fakultät. Vgl. Karl CORINO, Die Akte Kant. IM „Martin“, die Stasi und die Literatur in Ost und West, Reinbek bei Hamburg 1995, S. 16-17 sowie Ingrid MIETHE / Enrico LIPPMANN, „So mochte es gehen, aber nur so, im Sturm“. Die Geschichte der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät (ABF) der Universität Greifswald, in: Dirk ALVERMANN / Karl-Heinz SPIEB (Hrsg.), Universität und Ge-

engste Weggefährte des Ich-Erzählers Robert Iswall. Gemeinsam erleben die Studenten die Umgestaltung des Hochschulwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, in denen ihnen die „Arbeiter- und Bauern-Fakultät“ die Türen zur universitären Bildung öffnete, auch ohne Abitur und bürgerliche Herkunft. Robert Iswall und Gerd Trullesand setzen sich mit Feuer und Flamme für das neue Bildungssystem und die sozialistische Gesellschaft ein. Später entzweien sich ihre Wege. Aus Eifersucht um die Gunst einer Frau schlägt Iswall vor, dass sein vermeintlicher Rivale von der Parteileitung für sieben Jahre nach China delegiert wird. Schließlich finden die beiden Protagonisten am Ende des Romans in einem klärenden Gespräch wieder zueinander.

Dass Trullesand aus Stettin stammt, passt auch zur Zusammensetzung der Greifswalder Studentenschaft zu dieser Zeit. Als Universität, deren Einzugsgebiet vor allem in Pommern lag, konnten hier Auswirkungen von Flucht und Vertreibung in besonderem Maße beobachtet werden. Insofern handelt der Roman auch davon, dass einem „Umsiedlerstudenten“ der Weg in die sozialistische Gesellschaft der DDR geebnet wird.<sup>3</sup> Trullesand,

---

sellschaft. Festschrift zur 550-Jahrfeier der Universität Greifswald. Band 2: Stadt, Region, Staat, Rostock 2006, S. 331-363.

<sup>3</sup> Fiktionale Literatur bot in der DDR eine Möglichkeit, dass Thema Flucht und Vertreibung anzusprechen. In der ausführlichen Forschungsliteratur hierzu findet Hermann Kants „Die Aula“ allerdings bis jetzt keine Berücksichtigung. Vgl. Elke MEHNERT (Hrsg.), *Landschaften der Erinnerung. Flucht und Vertreibung aus deutscher, polnischer und tschechischer Sicht*, Frankfurt 2001; Petra WOHLFAHRT, *Das Thema „Umsiedler“ in der DDR-Literatur*, in: *FLUCHT, VERTREIBUNG, INTEGRATION. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. v. Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Red. Petra Rösigen, Bielefeld 2006, S. 102-107; Jörg B. BILKE, *Unerwünschte Erinnerungen. Flucht und Vertreibung in der DDR-Literatur*, in: Lisaweta von ZITZEWITZ (Hrsg.), *Pommern in*

---

von dessen Familie und heimatlichem Haus „nur ein Nachthemd übriggeblieben“<sup>4</sup> ist, nimmt die Möglichkeiten wahr, die ihm geboten werden. Der Weg über die „Arbeiter- und Bauern-Fakultät“ führt ihn letztlich zur Integration in die DDR-Gesellschaft, wozu neben persönlicher Zufriedenheit vor allem ein ausgefülltes Berufsleben vonnöten sind. Die Frage nach dem Werdegang von „Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkindern“, die in den 1940er- bis 1960er-Jahren eine akademische Ausbildung in der SBZ/DDR durchliefen, ist auch der Hauptgegenstand dieser Studie. Im Folgenden soll nachvollzogen werden, ob und inwieweit Bildungseinrichtungen, und dabei insbesondere Universitäten und Hochschulen, die Integration junger Flüchtlinge und Vertriebener in die DDR-Gesellschaft beförderten.

## 1 Forschungsüberblick

Trotz vielfältiger Studien zu Flucht und Vertreibung bzw. zur Integration in Nachkriegsdeutschland bilden generations- und berufsgruppenspezifische Untersuchungen noch immer die Ausnahme.<sup>5</sup> Die bisherige Flüchtlingsforschung erfolgt vor allem

---

der Literatur nach 1945. Materialien einer Tagung in Külz, 11.-14. September 2003, Kulice 2005, S. 137-162.

<sup>4</sup> Hermann KANT, *Die Aula*. Roman, Berlin 1994 (EA 1965), S. 40.

<sup>5</sup> Vgl. Edgar WOLFRUM, *Zwischen Geschichtsschreibung und Geschichtspolitik. Forschungen zu Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: ARCHIV FÜR SOZIALGESCHICHTE 36 (1996), S. 500-522, hier S. 509. Beispielhaft hervorzuheben ist vor allem Monika ULICZKA, *Berufsbiographie und Flüchtlingsschicksal. VW-Arbeiter in der Nachkriegszeit* (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, Bd. 38; *Quellen und Untersuchungen zur Geschichte Niedersachsens*, Bd. 1), Hannover 1993; Monika ULICZKA, *Industrielle Arbeitswelt und Integration. Vertriebene im Volkswagenwerk*, in: Dierk HOFFMANN u. a. (Hrsg.), *Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven* (= Schriftenreihe der



unter lokalgeschichtlichen Fragestellungen bzw. stellt ein Bündel flüchtlings- und sozialpolitischer Maßnahmen vor, die schließlich mit der Integration – dem Aufgehen bzw. der Verschmelzung mit der einheimischen Bevölkerung – endet. Insgesamt liegt eine beachtliche Anzahl von Arbeiten vor, die den Focus vor allem auf die vierziger und fünfziger Jahre richten. Studien zur Langzeitintegration von Flüchtlingen und Vertriebenen sind dagegen eher spärlich vorhanden.<sup>6</sup>

In den letzten Jahren erwachte ein verstärktes Interesse an der psychischen Verarbeitung der Vertreibungserfahrungen, nicht nur von Angehörigen der „Erlebnisgeneration“ sondern auch von Angehörigen der „Betroffenheitsgeneration“ bzw. „2. Generation“.<sup>7</sup> Dabei werden vor allem die Grunderfahrungen von Heimatverlust, Flucht und Vertreibung sowie Fremdheit berücksichtigt.<sup>8</sup>

---

Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 2000, S. 273-290.

<sup>6</sup> Vgl. dazu vor allem Michael von ENGELHARDT, *Lebensgeschichte und Gesellschaftsgeschichte. Biographieverläufe von Heimatvertriebenen des Zweiten Weltkriegs*, München 2001; Marion FRANTZIOCH, *Die Vertriebenen. Hemmnisse, Antriebskräfte und Wege ihrer Integration in der Bundesrepublik Deutschland*, München 1987; Paul LÜTTINGER, *Integration der Vertriebenen. Eine empirische Analyse*, Frankfurt-New York 1991.

<sup>7</sup> Vgl. Astrid von FRIESEN, *Der lange Abschied. Psychische Spätfolgen für die 2. Generation deutscher Vertriebener*, Gießen 2000; Astrid von FRIESEN, *Der lange Abschied. Psychische Spätfolgen für die zweite Generation deutscher Vertriebener*, in: Hans-Heino EWERS (Hrsg.), *Erinnerungen an Kriegskindheiten. Erfahrungsräume, Erinnerungskultur und Geschichtspolitik unter sozial- und kulturwissenschaftlicher Perspektive*, Weinheim-München 2006, S. 297-305.

<sup>8</sup> Vgl. Saskia HANDRO, *Geschichtsunterricht und historisch-politische Sozialisation in der SBZ und DDR (1945-1961). Eine Studie zur Region Sachsen-Anhalt (= Schriften zur Geschichtsdidaktik, Bd. 13)*, Weinheim 2002, S. 329.

Der geschilderte Befund trifft auch für die Forschung zur Sowjetischen Besatzungszone und DDR zu, für deren Gebiet mittlerweile eine Vielzahl von Studien vorliegt. Ausgehend von Pilotstudien, die unter der Betreuung von Manfred Wille in Magdeburg entstanden waren,<sup>9</sup> konnte in den letzten Jahren der Kenntnisstand erheblich erweitert werden. Dies betrifft vor allem die „Umsiedlerpolitik“ der SED, den administrativen Umgang mit Flüchtlingen und Vertriebenen sowie sozialpolitische Maßnahmen.<sup>10</sup> Dabei sind sowohl die Zentralebene<sup>11</sup> als auch einzelne Länder der DDR untersucht worden.<sup>12</sup>

<sup>9</sup> Eine neue Zusammenstellung der in der DDR entstandenen Forschungsarbeiten findet sich bei Torsten MEHLHASE, „Umsiedler“-Forschung in der DDR, Manuskript zur Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen-Anhalt „Ende des Tabus? Flüchtlinge und Vertriebene in Sachsen-Anhalt ab 1945“ am 14. Oktober 2006 in Halle. [[http://www.fes.de/Magdeburg/pdf/6\\_10\\_14\\_Mehlhasel.pdf](http://www.fes.de/Magdeburg/pdf/6_10_14_Mehlhasel.pdf)]. Auf westdeutscher Seite lag vor 1989 allein die Arbeit von Peter-Heinz SERAPHIM, Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone (= Untersuchungen zum deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem), Berlin 1954 vor.

<sup>10</sup> Ein erschöpfender Überblick über die aktuelle Forschung findet sich bei Andreas THÜSING, Die Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in Sachsen 1945-1950, in: Frank-Lothar KROLL / Matthias NIEDOBITEK (Hrsg.), Vertreibung und Minderheitenschutz in Europa (= Chemnitzer Europastudien, Bd. 1), Berlin 2005, S. 115-146, hier S. 115-122.

<sup>11</sup> Vgl. Michael SCHWARTZ, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 61), München 2004.

<sup>12</sup> Vgl. jüngst Martin HOLZ, Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen 1943-1961 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Reihe 5, Bd. 39), Köln-Weimar-Wien 2003; Mirjam SELLS, Willkommen in Rostock? Aufnahme und Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Rostock nach 1945 (= Diktaturen in Deutschland, Bd. 1), Rostock 2006; Beatrice VIERNEISEL (Hrsg.), Fremde im Land. Aspekte zur kulturellen Integration von Umsiedlern in Mecklenburg und Vorpommern 1945 bis 1953 (= Rostocker Beiträge

Einen berufsspezifischen Zugang fanden vor allem Forscher, die sich den neuentstandenen Industriebetrieben in Brandenburg zuwendeten. Hier arbeiteten überdurchschnittlich viele Flüchtlinge und Vertriebene, so dass eine Sozialgeschichte der dortigen Arbeiterschaft gleichzeitig Auskunft über deren berufliche Eingliederung – und dies über die ersten Nachkriegsjahre hinaus – geben kann.<sup>13</sup> Zudem konnte das Wirken von „Flüchtlingsprofessoren“ in der DDR – Lehrkräfte, die ihre Arbeitsstätten infolge von Flucht und Vertreibung verloren hatten – analysiert werden.<sup>14</sup>

---

zur Volkskunde und Kulturgeschichte, Bd. 4), Münster-New York-München 2006; Manfred WILLE, Gehasst und umsorgt. Aufnahme und Eingliederung der Vertriebenen in Thüringen, Stadtroda 2006.

<sup>13</sup> Vgl. Peter HÜBNER, Vertriebenenintegration durch industrielle Erwerbsarbeit in den fünfziger und sechziger Jahren am Beispiel des Landes Brandenburg, in: Christoph KLEBMANN u. a. (Hrsg.), Vertreibung, Neuanfang, Integration. Erfahrungen in Brandenburg, Potsdam 2001, S. 112-122; Peter HÜBNER, Industriearbeit als Faktor der Vertriebenenintegration in der SBZ/DDR, in: Dierk HOFFMANN u. a. (Hrsg.), Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 2000, S. 291-312; Michael SCHWARTZ, Vertrieben in die Arbeiterschaft. „Umsiedler“ als „Arbeiter“ in der SBZ/DDR 1945-1952, in: Peter HÜBNER, Arbeiter in der SBZ-DDR, Essen 1999, S. 81-128; Dagmar SEMMELMANN, Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen aus lebensgeschichtlicher Sicht (hypothetische Annäherungen), in: Manfred WILLE (Hrsg.), 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR, Magdeburg 1997, S. 336-351.

<sup>14</sup> Vgl. Michael PARAK, Wissenstransfer durch Flucht und Vertreibung. Deutsche Hochschullehrer aus dem östlichen Mitteleuropa als Fachkräfte in der SBZ/DDR, in: Dittmar DAHLMANN / Reinhold REITH (Hrsg.), Elitenwanderung und Wissenstransfer (= Migration in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3), Essen 2008 [40 S., im Druck]. Vgl. weiterhin Ursula BEYER, Heimatvertriebene Künstler in Thüringen, Erfurt 2001.

Bis auf wenige Ausnahmen finden die zur Vertriebenenintegration in der DDR vorliegenden Studien mit dem Umsiedlergesetz 1950 bzw. mit den letzten Durchführungsverordnungen bis 1952/53 ihren zeitlichen Endpunkt.<sup>15</sup> Jedoch wurde jüngst eine Arbeit vorgelegt, die in komparativer Perspektive den öffentlichen Umgang mit dem Thema Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik und in der DDR von 1945 bis 1972 und damit auch die „Erinnerungspolitik“ der SED untersucht.<sup>16</sup>

Der bisherige Forschungsstand resultiert v. a. aus der problematischen Quellenüberlieferung. Während für die Bundesrepublik Akten über die Tätigkeit des zuständigen Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte sowie von Organisationen der deutschen Heimatvertriebenen vorlie-

---

<sup>15</sup> Auch in der zeitgeschichtlichen Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wird die Zeit ab den fünfziger Jahren nur cursorisch erwähnt. Vgl. Michael SCHWARTZ, „Umsiedler“ – Flüchtlinge und Vertriebene in der SBZ und DDR, in: FLUCHT, VERTREIBUNG, INTEGRATION. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Red. Petra Rösgen, Bielefeld 2006, S. 90-101. Dieser Befund gilt auch für die Arbeiten Michael SCHWARTZ, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961 (=Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 61), München 2004; Martin HOLZ, Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen 1943-1961 (=Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Reihe 5, Bd. 39), Köln-Weimar-Wien 2003, die zwar laut Titel die Zeit bis zum Mauerbau behandeln wollen, jedoch nur punktuelle Einsprengsel ab Mitte der fünfziger Jahre bieten. Vgl. weiterhin Philipp THER, Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 127), Göttingen 1998.

<sup>16</sup> Vgl. Christian LOTZ, Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete (1948–1972) (=Neue Forschungen zur Schlesischen Geschichte, Bd.15), Köln-Weimar-Wien 2007.

gen, fehlt entsprechendes Material für die DDR. 1948 wurde die Deutsche Zentralverwaltung für Umsiedler (DZVU) in die Deutsche Verwaltung des Innern eingegliedert. Zu Beginn der fünfziger Jahre beschäftigte sich nur noch die Abteilung Bevölkerungspolitik im Innenministerium der DDR mit der Durchführung der „Umsiedlergesetze“. Unter solchen Voraussetzungen ist ein Zugriff auf staatliche Bestände nur schwer möglich. Ähnlichen Schwierigkeiten unterliegt auch der Versuch, die Haltung des Ministeriums für Staatssicherheit zu den „Umsiedlern“ zu rekonstruieren. Angesichts der Bestandsgliederung und der Zugangsmöglichkeiten bei der BStU basieren die bisherigen Erkenntnisse auf Zufallsfunden bzw. besitzen allenfalls exemplarischen Charakter.<sup>17</sup>

Unter diesen Bedingungen langfristigen Auswirkungen der Vertreibungserfahrungen auf die Lebenswege einer Altersgeneration nachzugehen, ist ein schwieriges Unterfangen. Die schon 1991 an die Flüchtlingsforschung erhobene Forderung nach „Langzeituntersuchungen, die die möglichen, eventuell über Generationen hinweg nachweisbaren Folgewirkungen“ untersuchen und die „subjektiven Erfahrungen und die Bedeutung dieses Eingliederungsprozesses für die beteiligten Menschen und Gesellschaften“ stärker berücksichtigen, ist immer noch aktuell.<sup>18</sup> Dabei stellt sich auch die Aufgabe, besonders typische oder außergewöhnliche Lebenswege kenntlich zu machen, wo-

---

<sup>17</sup> Vgl. Christian LOTZ, Die Deutung des Verlusts, S. 28. Vgl. auch Heike AMOS, Feindliche Organisationen. Die Sicht des MfS auf die Vertriebenenverbände der Bundesrepublik Deutschland, in: ZEITSCHRIFT DES FORSCHUNGSVERBUNDES SED-STAAT (2006), H. 20, S. 20-35.

<sup>18</sup> Alexander von PLATO / Wolfgang MEINICKE, Alte Heimat, neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1991, S. 19.

---

für eine pure Ansammlung lebensgeschichtlicher Einzelerzählungen jedoch keineswegs als ausreichend zu betrachten ist.<sup>19</sup>

## **2 Erkenntnisinteresse, Quellenlage und Vorgehensweise**

Die vorliegende Arbeit verbindet das Thema Flucht und Vertreibung mit einer generationsspezifischen Analyse. Bisherige Studien konnten deutlich zeigen, dass die Zwangsmigrationen am Ende des Zweiten Weltkriegs für Mitglieder der älteren Generation einen besonders harten historisch-biographischen Bruch bedeuteten. Die gewaltsame Trennung von ihrer Heimat wirkte sich für sie deshalb so einschneidend aus, weil der Verlust von Beruf und Besitz, sozialem Status und vertrauten Lebensgemeinschaften auch Auswirkungen auf die Altersphase hatte, in der nicht mehr auf diese Ressourcen zurückgegriffen werden konnte.<sup>20</sup>

---

<sup>19</sup> Lebensgeschichtliche Erzählungen von Flüchtlingen und Vertriebenen, die in der DDR lebten, finden sich bei Alexander von PLATO / Wolfgang MEINICKE, *Alte Heimat, neue Zeit*; Helga HIRSCH, *Schweres Gepäck. Flucht und Vertreibung als Lebensthema*, Hamburg 2004; Astrid von FRIESEN / Wendelin SZALAI (Hrsg.), *Heimat verlieren, Heimat finden. Geschichten von Krieg, Flucht und Vertreibung*, Dresden 2002; Ines KELLER, „Ich bin jetzt hier und das ist gut so“. Lebenswelten von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Lausitz (= *Lëtopis, Sonderheft*), Bautzen 2005; Dagmar SEMMELMANN, „Man war total entwurzelt und mußte erst wieder Wurzeln schlagen“ Zur Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in der SBZ/DDR aus lebensgeschichtlicher Sicht. Dargestellt am Sonderfall Eisenhüttenstadt, Berlin 2005 [Elektronische Ressource].

<sup>20</sup> Vgl. Michael von ENGELHARDT, *Generation und historisch-biographische Erfahrung, Die Bewältigung von Flucht und Vertreibung im Generationenvergleich*, in: Dierk HOFFMANN u. a. (Hrsg.), *Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven*

Dagegen bedeuteten Krieg, Flucht und Vertreibung für junge Menschen vor allem ein beschleunigtes Erwachsenwerden unter besonders harten Bedingungen. Viele dieser Heimatvertriebenen sehen sich im Rückblick ihrer Kindheit und Jugend beraubt.<sup>21</sup> Gleichwohl befanden sie sich gegenüber Mitgliedern der älteren Generation in einer günstigeren Lage bei der Verarbeitung des biographisch-historischen Einbruchs.<sup>22</sup> Dies gilt sowohl für die soziokulturelle als auch die beruflich-soziale Integration. Reflexionen über die unterschiedlichen Eingliederungsvoraussetzungen der Generationen finden sich auch in lebensgeschichtlichen Aufzeichnungen.<sup>23</sup>

Da insbesondere das Hineinwachsen von jungen Flüchtlingen und Vertriebenen in die Aufnahmegesellschaft noch nicht ausreichend betrachtet worden ist, werden als Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Studie Personen gewählt, die in ihrer Kindheit und Jugend ihre Heimatorte verlassen mussten und später in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR eine universitäre Ausbildung durchliefen. In offiziellen Schriftdokumenten wurden sie als „Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkinder“ bezeichnet.

Laut einer Volks- und Berufszählung in der Sowjetischen Besatzungszone vom 29. Oktober 1946 – einem Zeitpunkt zu dem die Aussiedlung noch lange nicht abgeschlossen war – waren

---

(= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 2000, S. 331-358, hier S. 335.

<sup>21</sup> „Meine Jugendjahre 17-25 Jahre fanden nicht im üblichen jugendfrohen Stil statt. Darum wurde ich betrogen.“ Herr S. (\* 1927 in Schwiebus).

<sup>22</sup> Vgl. Michael von ENGELHARDT, Generation und historisch-biographische Erfahrung, Die Bewältigung von Flucht und Vertreibung im Generationenvergleich, in: Dierk HOFFMANN u. a. (Hrsg.), Vertriebene in Deutschland., S. 331-358, hier S. 344.

<sup>23</sup> Vgl. Herr R. (\*1937 in Ober-Schönfeld/Schlesien), in: Astrid von FRIESEN / Wendelin SZALAI (Hrsg.), Heimat verlieren, Heimat finden. S. 143-145.

---

rund 1,3 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene, d.h. rund 37 Prozent der Gesamtgruppe, jünger als 21 Jahre (Geburtsjahrgänge ab 1926).<sup>24</sup> Im Blick auf die Gesamtbevölkerung waren die „Umsiedlerkinder“ damit etwas überrepräsentiert. Die Volkszählung von 1950 ermittelte zwar noch den Anteil der „Umsiedler“ an der Gesamtbevölkerung, eine gesonderte Auflistung nach Altersgruppen erfolgte jedoch nicht mehr.<sup>25</sup> Insofern ist es auch kaum möglich, eine genaue Anzahl derjenigen Flüchtlinge und Vertriebenen zu benennen, die in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR ein Hochschulstudium absolvierten. Bei einer allgemeinen Akademikerquote von 1,7 Prozent (1964) bzw. 2,7

---

<sup>24</sup> Vgl. VOLKS- UND BERUFSZÄHLUNG VOM 29. OKTOBER 1946 IN DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS. Bd. IV: Sowjetische Besatzungszone, hrsg. v. Deutsche Wirtschaftskommission für die Sowjetische Besatzungszone, Statistisches Zentralamt, Berlin 1949, S. 14-17. Mit unterschiedlichen Zusammenstellungen der dort aufgeführten Daten arbeiteten auch Horst BARTHEL, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR. Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945-1949/50 (= Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, Bd. 14), Berlin 1979, S. 55 sowie Peter-Heinz SERAPHIM, Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone (= Untersuchungen zum deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem), Berlin 1954, S. 57.

<sup>25</sup> Vgl. STATISTISCHES JAHRBUCH DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK 2 (1956), S. 36; Gerhard Reichling geht in einer auf breiterer Quellenbasis erstellten Studie von insgesamt 4,1 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen – dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 22,3 Prozent – zu diesem Zeitpunkt aus. Vgl. Gerhard REICHLING, Die deutschen Vertriebenen in Zahlen, hrsg. v. Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen, Teil 1: Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940-1985, Bonn 1985, S. 59. Auch in der Bundesrepublik stellten Flüchtlinge und Vertriebene einen hohen Anteil der Bevölkerung. Eine statistische Zusammenstellung geht für 1950 von 32,3 Prozent Kindern und Jugendlichen bis zu 21 Jahren aus (Geburtsjahrgänge ab 1929). Vgl. STATISTISCHES TASCHENBUCH ÜBER DIE HEIMATVERTRIEBENEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND IN WEST-BERLIN, hrsg. v. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1953, S. 17.



Prozent (1971) mag es sich um ca. 22 000 bis 35 000 Personen gehandelt haben.<sup>26</sup>

Mit Schule und Hochschule traten Sozialisationsinstanzen außerhalb der Familie in das Leben dieser Kinder und Jugendlichen, die sie stark prägten und dadurch auch die Vertreibungserfahrungen überlagern konnten.<sup>27</sup> Ein Hochschulstudium bot zudem die Möglichkeit, besondere berufliche Positionen zu erlangen und damit die Voraussetzung zum sozialen Aufstieg.

Da den Hochschulen von der SED auch die Aufgabe, einen „neuen sozialistischen Menschen“ heranzubilden, zugewiesen wurde, erscheint eine Untersuchung von Akademikern umso ergiebiger. Am Beispiel der „Umsiedlerstudenten“, die direkt in den ersten Nachkriegsjahren ein Hochschulstudium absolvierten, bzw. der „Umsiedlerkinder“, die zunächst ihre schulische Ausbildung beendeten, um dann in den fünfziger Jahren eine universitäre Ausbildung anzutreten, soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit Vertreibungserfahrungen die späteren Lebens- und Berufswege dieser sozialen Gruppe prägten.

Die Quellengrundlage der vorliegenden Studie bildet zum einen Aktenmaterial, das sich in Universitätsarchiven und den Hauptstaatsarchiven der Länder sowie dem Bundesarchiv Berlin ermitteln ließ.<sup>28</sup> Die Suche nach Informationen über Flüchtlinge

---

<sup>26</sup> Vgl. Helmut KÖHLER u. a., Bildungsstatistische Ergebnisse der Volkszählungen der DDR 1950 bis 1981. Dokumentation der Auswertungstabellen und Analysen zur Bildungsentwicklung (= Studien und Berichte des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Bd. 69), Berlin 2001, S. 82.

<sup>27</sup> Vgl. auch Tobias HERRMANN, Flüchtlinge und Einheimische in der Schule. Die Integration von „Fremden“ in der Sandkrug-Schule in Eckernförde, in: Tobias HERRMANN (Hrsg.), Flüchtlinge in Schleswig-Holstein nach 1945. Zwischen Ausgrenzung und Integration, Bielefeld 1999, S. 21-47, hier S. 22.

<sup>28</sup> Dabei konnte insbesondere auf Vorkenntnisse aufgebaut werden, die der Autor im Rahmen seiner Studien über sächsische Hochschulen in der

---

und Vertriebene an den Hochschulen der DDR gestaltet sich dabei sprichwörtlich wie die Suche der Nadel im Heuhaufen. Kein Aktentitel aus dem Bereich der Hochschulverwaltung ist mit dem Kennwort „Umsiedler“ versehen. Dies bedeutet nicht, dass nicht administrative Überlegungen über die Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in das Volksbildungswesen der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR angestellt worden wären. Allein finden sich diese eingereiht in allgemeinen Vorgängen und Schriftstücken.

Als besonders ergiebig für die Analyse der Situation, in der sich „Umsiedlerstudenten“ in den ersten Nachkriegsjahren befanden, haben sich Akten zur Zulassung und Stipendienvergabe erwiesen. Eine im Universitätsarchiv Greifswald aufbewahrte – 1947 erstellte – Liste von „Umsiedlerstudenten“ war von besonderer Bedeutung. Damit konnte der Blick vom Einzelfall auf eine Gruppe hingelenkt werden, die auch unter kollektivbiographischen Gesichtspunkten untersucht werden konnte.<sup>29</sup> Studentenakten, die unter bestimmten datenschutzrechtlichen Voraussetzungen herangezogen werden konnten, liefern zusätzliche Erkenntnisse über die Greifswalder „Umsiedlerstudenten“.<sup>30</sup>

Da in der staatlichen und parteiamtlichen Überlieferung ab Beginn der fünfziger Jahre nur noch bruchstückhaft über Flüchtlinge und Vertriebene berichtet wurde, bilden Fragebögen ein weiteres Fundament dieser Arbeit. Aus arbeitsökonomischen

---

SBZ/DDR gewinnen konnte. Vgl. Michael PARAK, Hochschule und Wissenschaft in zwei deutschen Diktaturen. Elitenaustausch an sächsischen Hochschulen 1933-1952 (= Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 23), Köln-Weimar 2004.

<sup>29</sup> Die Liste der „Umsiedlerstudenten“ wird in Kapitel 4.3. exemplarisch untersucht.

<sup>30</sup> Mein Dank gilt hierfür den Mitarbeitern des Universitätsarchivs Greifswald, insbesondere Herrn Dr. Dirk Alvermann und Frau Barbara Peters, die mir in vorbildlicher Weise mit Rat und Tat zur Seite standen.

Gründen wurde dabei einer schriftlichen Selbstauskunft auf Basis eines umfangreichen Fragenkatalogs der Vorzug vor lebensgeschichtlichen Interviews gegeben.<sup>31</sup> Zur Teilnahme an der Umfrage wurde in Ehemaligen-Vereinigungen von Universitäten, heimatgeschichtlichen Periodika und Lokalzeitungen aufgerufen. In vielen Fällen nannten die Befragten auch Bekannte, die ebenfalls bereit waren, an der Untersuchung teilzunehmen.<sup>32</sup>

Über einen umfangreichen Fragebogen mit 64 Fragen wurden Angaben zu Studienerfahrungen in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR und der biographischen Bedeutung von Flucht und Vertreibung erhoben. Von den 32 Personen, von denen Antworten eingingen, haben 11 ihr Hochschulstudium in den vierziger Jahren begonnen, 21 in den fünfziger Jahren. Die überwiegende Anzahl der Studenten stammte aus Pommern, Schlesien sowie Böhmen und Mähren. Nur wenige hatten ihre Geburtsorte in Ostpreußen, Ungarn und Ostbrandenburg. Die Geburtsjahrgänge umfassen die Jahre von 1917 bis 1939. Bis auf die Universität Jena sind die Ende der vierziger Jahre in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR bestehenden Uni-

---

<sup>31</sup> Zusätzlich wurden bisher publizierte Interviews als Quelle herangezogen. Hierbei zählen die von Plato und Meinicke 1987 in der DDR durchgeführten Befragungen zu den wenigen subjektiven lebensgeschichtlichen Zeugnissen der Vorwendezeit. In Intensiv-Interviews von durchschnittlich 5 Stunden wurden 50 „Umsiedler“ (bei 161 Befragten) vor allem in Eisenhüttenstadt, Bitterfeld/Wolfen, Karl-Marx-Stadt/Chemnitz interviewt. Vgl. Alexander von PLATO / Wolfgang MEINICKE, *Alte Heimat, neue Zeit*. S. 95-96. Vgl. zur Methodik lebensgeschichtlicher Interviews auch Albrecht LEHMANN, *Im Fremden ungewollt zuhaus. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945-1990*, München 1991; Albrecht LEHMANN, *Flüchtlingserinnerungen im Erzählen zwischen den Generationen*, in: BIOS 2 (1989), S. 183-206.

<sup>32</sup> Vgl. z. B. den Aufruf Michael PARAK, *Spurensuche. „Umsiedlerstudenten“ und „Flüchtlingstudenten“ an den Hochschulen der SBZ/DDR*, in: STADTGESCHICHTE. Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins e.V. (2004), Nr. 2, S. 55.

---

versitäten vertreten (Rostock, Greifswald, Berlin, Halle, Leipzig, Dresden, Freiberg). Daneben treten auch die später entstandenen Hochschulen wie die Pädagogische Hochschule Potsdam oder die Hochschule für Verkehrswesen in Dresden als Studienorte. Die Fragestellung nach "Umsiedlerstudenten" bedingte, dass sich überwiegend Personen auf den Fragebogen gemeldet haben, die sich eng mit ihrer Hochschulbildung identifizieren. Dazu zählten vor allem Lehrer, Wissenschaftler und Hochschullehrer verschiedener Fachbereiche. Nur wenige der Befragten arbeiteten in industriellen, landwirtschaftlichen und technischen Betrieben.

Zudem kann für diese Studie auf Befragungen des Schlesischen Museums Görlitz über das Leben von Schlesiern in der DDR zurückgegriffen werden, die mittels insgesamt 50 Fragen ebenfalls Auskünfte über Schul- und Hochschulbesuch sowie die Berufswege von Flüchtlingen und Vertriebenen liefern. Im Sample von 73 befragten Schlesiern, die sich in den fünfziger und sechziger Jahren in der DDR aufhielten, befinden sich auch 22 Personen, die an Hochschulen studierten. 11 von ihnen studierten an den oben aufgeführten Universitäten. Andere qualifizierten sich an Hochschulen mit speziellen technischen Profilen (z. B. der Hochschule für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft in Bernburg/Saale), z T. im Fernstudium. Die Geburtsjahrgänge umfassen die Jahre von 1925 bis 1944.

Zwar wurde vereinzelt der Umfang der Fragebögen bemängelt. Insgesamt konnte durch die Fragedichte eine hohe Aussagekraft erreicht werden.<sup>33</sup> In einigen Fällen wurden schriftlich

---

<sup>33</sup> „Offensichtlich hat mich das Thema des langen Fragebogens motiviert, über mein Leben nachzudenken.“. Herr S. (\* 1927 Schwiebus). Der Umfang des Fragebogens ermunterte viele der Befragten zu ausführlichen Darlegungen. So haben die Zeitzeugen ihre Ausführungen schriftlich auf durchschnittlich 10 bis 25 Seiten DIN A 4-Format niedergelegt.

Rückfragen konkretisiert bzw. persönliche Gespräche geführt. Als ergiebig hat sich zudem erwiesen, dass Befragte in mehreren Fällen Auszüge aus amtlichen Schriftstücken sowie Tagebuchaufzeichnungen und Lebenserinnerungen beigelegt haben. Insgesamt konnte eine ausreichend große Anzahl von Zeitzeugen befragt werden, um eine regionale Streuung zu erzielen. Der Kern der Befragten verteilt sich auf die Geburtsjahrgänge von 1923 bis 1940, die grob in „Umsiedlerstudenten“ der Nachkriegszeit und „Umsiedlerkinder“, die ihr Studium erst in den fünfziger Jahren begangen, unterschieden werden können.<sup>34</sup>

Eine Vielfalt der Lebenswege und Lebensstrategien tritt in den Fragebögen deutlich zu Tage. Dennoch muss quellenkritisch hinzugefügt werden, dass solche Umfragen vor allem von Personen beantwortet werden, die eine besondere innere Verbindung zum Untersuchungsgegenstand haben, sei es der Stolz auf den erreichten Bildungsabschluss und beruflichen Werdegang oder die Bedeutung der Vertreibungserfahrung für den eigenen Lebensweg und das Selbstverständnis.

Im Folgenden sollen zunächst die Rahmenbedingungen vorgestellt werden, unter denen Flüchtlinge und Vertriebene in der DDR lebten. Den Kern der Ausführungen bilden zwei Kapitel, in denen zunächst die Gruppe der „Umsiedlerstudenten“, d. h. junge Flüchtlinge und Vertriebenen, die ihr Studium in der unmittelbaren Nachkriegszeit fortsetzten bzw. begannen, vorgestellt wird. In einem zweiten Schritt werden dann die Bildungswege von Kindern und Jugendlichen nachgezeichnet, die ihre Ausbil-

---

<sup>34</sup> Eine differenzierte Unterteilung in Generationsgruppen wie „Übergang zwischen Jugend- und Erwachsenenalter“ (18 bis 21 Jahre) und „Jugendalter“ (14 bis 17 Jahre) erweist sich angesichts des vorliegenden Quellenmaterials als nicht ergiebig. Vgl. zu diesem Ansatz Michael von ENGELHARDT, *Generation und historisch-biographische Erfahrung*, S. 343.

---

derung an Schulen und Universitäten in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR absolvierten. Ein weiteres Kapitel ist der Frage gewidmet, welche Bedeutung die Vertreibungserfahrungen für die Lebenswege in der DDR spielten und mit welchen Strategien Flüchtlinge und Vertriebene versuchten, sich im SED-Staat zurechtzufinden. Abschließend werden nochmals diejenigen Faktoren herausgestellt, die für die Integration der „Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkinder“ in die DDR von besonderer Bedeutung waren.

### **3 Politische Rahmenbedingungen für Flüchtlinge und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR**

Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR zielten vor allem darauf ab, diese in die einheimische Bevölkerung zu assimilieren. Die „Umsiedlerpolitik“ der SED – mit Unterstützung der Sowjetischen Militäradministration<sup>35</sup> – wollte die Sondergruppe unter allen Umständen verschwinden zu lassen. Dies beinhaltete für in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR lebende Vertriebene „das Angebot sozialer Aufwertung und zeitweilig auch sozialpolitischer Unterstützung, zugleich jedoch politische Entmündigung und kulturellen Anpassungszwang.“<sup>36</sup>

---

<sup>35</sup> Vgl. dazu auch Stefan DONT, Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945 bis 1952. Die Politik der Sowjetischen Militäradministration und der SED (= Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 15), Köln-Weimar 2000.

<sup>36</sup> Michael SCHWARTZ, Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der DDR, in: Jörg-Dieter GAUGER / Manfred KITTEL (Hrsg.), Die

Einen Kernpunkt der sozialpolitischen Maßnahmen bildete zunächst die Unterbringung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Quarantäne- und Auffanglagern. Hier konnte eine Registrierung durch Polizei, Arbeitsamt, Wohnungsamt, Sozialamt oder Gesundheitsamt erfolgen.<sup>37</sup> Allerdings nutzte die SED die Lager auch, um die so genannten „Umsiedler“ gezielt durch Propaganda zu beeinflussen. Die vordringlichste Aufgabe stellte aber die Unterbringung in „regulärem Wohnraum“ dar. Die Eingliederung sollte damit unumkehrbar, die Entstehung einer gesonderten Bevölkerungsgruppe neben den Einheimischen unterbunden werden.<sup>38</sup> Das Wohnraumgesetz des Alliierten Kontrollrats erlaubte im März 1946 auch Eingriffe in Eigentums- und Mietverhältnisse der einheimischen Bevölkerung, die in der Sowjetischen Besatzungszone rigorosier gehandhabt wurden als in den westlichen Besatzungszonen.<sup>39</sup> Trotzdem blieb die Wohnsituation der Vertriebenen noch lange Zeit katastrophal, auch nachdem sie Wohnraum erhalten hatten.<sup>40</sup>

Als weitere Integrationsmaßnahme ging es nun vor allem darum, Flüchtlingen und Vertriebenen fehlende Konsumgüter –

---

Vertreibung der Deutschen aus dem Osten in der Erinnerungskultur, St. Augustin 2004, S. 69-84, hier S. 70.

<sup>37</sup> Detaillierte Ausführungen zur Tätigkeit von Stadt- und Kreisverwaltungen finden sich bei Irina SCHWAB, Flüchtlinge und Vertriebene in Sachsen 1945-1952. Die Rolle der Kreis- und Stadtverwaltungen bei Aufnahme und Integration (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 927), Frankfurt- Berlin-Bern 2001.

<sup>38</sup> Vgl. Andreas THÜSING / Wolfgang TISCHNER, „Umsiedler“ in Sachsen. Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen 1945-52. Eine Quellensammlung, Leipzig-Berlin 2005, S. 21.

<sup>39</sup> Vgl. Philipp THER, Deutsche und polnische Vertriebene, Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 127), Göttingen 1998, S. 204-211.

<sup>40</sup> Vgl. dazu Irina SCHWAB, Flüchtlinge und Vertriebene in Sachsen 1945-1952, S. 138-170.

---

Möbel, Kleidung, Hausrat – zur Verfügung zu stellen, damit sie den Alltag meistern konnten.<sup>41</sup> Entsprechende Wohnverhältnisse sollten auch eine Gewähr für den Gesundheitszustand und damit letztlich die Arbeitsfähigkeit der Betroffenen bieten. Trotz aller Anstrengungen unterschieden sich Ende der vierziger Jahre die Wohn- und Lebensverhältnisse der Einheimischen und nunmehr sogenannten „Neubürger“ noch wesentlich voneinander.<sup>42</sup> Die Stagnation auf dem Wohnungsmarkt schränkte in den fünfziger Jahren auch die Mobilität der Vertriebenen ein, die nur dort Arbeit annehmen konnten, wo auch Wohnraum zur Verfügung stand.

Ein großer Teil der Flüchtlinge und Vertriebenen war in der Nachkriegszeit auf öffentliche Unterstützungsleistungen angewiesen. Dabei wurde vor allem die aktuelle soziale Bedürftigkeit – bis zu Beginn der fünfziger Jahre auch die „Umsiedler“-Eigenschaft und damit in rudimentärer Form auch damit verbundene Eigentumsverluste – berücksichtigt.<sup>43</sup> Zum einen bemühte sich die SED, die Lebensverhältnisse von Einheimischen

---

<sup>41</sup> Ein Beispiel dafür ist auch die Aktionswoche „Neue Heimat – Neues Leben“, bei der für Flüchtlinge und Vertriebene Geld und Hausrat gesammelt werden sollte. Gleichzeitig wurde hier ein Endpunkt der „Umsiedlerpolitik“ inszeniert, nach dem auch der Begriff des „Umsiedlers“ aus dem öffentlichen Sprachgebrauch verschwinden sollte. Vgl. Irina SCHWAB, „Neue Heimat – Neues Leben“? Flüchtlinge und Vertriebene in Leipzig 1945 bis zum Beginn der 50er Jahre, Leipzig 1999.

<sup>42</sup> Vgl. Michael SCHWARTZ, „Umsiedler“ – Flüchtlinge und Vertriebene in der SBZ und DDR, in: FLUCHT, VERTREIBUNG, INTEGRATION. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 209.

<sup>43</sup> Vgl. Michael SCHWARTZ, „Verteilungskonflikte unter Werktätigen müssen unter allen Umständen vermieden werden.“ Lastenausgleichs-Diskussionen und Soforthilfe-Politik in der SBZ/DDR, in: Paul ERKER (Hrsg.), Rechnung für Hitlers Krieg. Aspekte und Probleme des Lastenausgleichs (= Pforzheimer Gespräche zur Sozial-, Wirtschafts- und Stadtgeschichte, Bd. 3), Heidelberg 2004, S. 217-233, hier S. 218.



und Vertriebenen aneinander anzugleichen. Zum anderen dienten die Maßnahmen aber auch dazu, dem Ziel einer egalitären Gesellschaft näherzukommen. Deshalb wurde der „Weg einer sozial nivellierenden, undifferenzierten Grundentschädigung“<sup>44</sup> gewählt.

Dies gilt auch für die Bodenreform, die nur einen kleinen Beitrag zur Eingliederung von Vertriebenen leisten konnte, und dies auf Kosten Dritter. Schwartz geht davon aus, dass insgesamt nur 91 000 Vertriebene zwischen 1945 und 1950 die vorgesehenen acht Hektar Land, einen Neubauernhof und staatliche Subventionen erhielten, so dass nur ca. zwei Prozent der Vertriebenen – wenn die Angehörigen mitgerechnet werden, vielleicht acht Prozent – von diesen Maßnahmen profitieren konnten.<sup>45</sup>

Eine wesentlich größere Reichweite hatte die wahlkampfgerecht im Vorfeld der Landtagswahlen in der Sowjetischen Besatzungszone im Oktober 1946 beschlossene „einmalige Umsiedlerunterstützung“. Bis Mitte 1949 wurden über 400 Millionen in alter Währung an arbeitsunfähige und bedürftige Vertriebene ausgezahlt, etwa 45 Prozent aller Vertriebenen konnten von dieser Einmalzahlung (300 RM/Erwachsenen, 100 RM/Kind) profitieren.<sup>46</sup> Diese Unterstützungsleistungen bedeuteten auch eine gewisse Wiedergutmachung einer vorangegangenen Diskriminierung: der Altsparguthaben-Regelung. 1946 wurde eine Teilauszahlung gesperrter Sparguthaben an „Kleinsparer“ ermöglicht. Allerdings galt diese Regelung nur

---

<sup>44</sup> Michael SCHWARTZ, „Verteilungskonflikte unter Werktätigen müssen unter allen Umständen vermieden werden.“, S. 218.

<sup>45</sup> Vgl. Michael SCHWARTZ, „Umsiedler“ – Flüchtlinge und Vertriebene in der SBZ und DDR, S. 94.

<sup>46</sup> Vgl. Michael SCHWARTZ, „Verteilungskonflikte unter Werktätigen müssen unter allen Umständen vermieden werden.“, S. 220-221.

---

für Konten, die auf Banken im Gebiet der DDR lagen, wodurch fast alle Vertriebenen ausgeschlossen waren.<sup>47</sup>

Im interzonalen Vergleich gilt jedoch, dass die materielle Unterstützung Vertriebener in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR zunächst über den Aufwendungen in den westlichen Besatzungszonen lag. Erst das „Soforthilfegesetz“ im August 1949 und „die infolge des 1952 verabschiedeten Lastenausgleichsgesetzes einsetzenden Zahlungen führten zu jenem eindeutigen Vorsprung der Bundesrepublik in der Vertriebenen-Sozialpolitik, den die DDR seither weder einholen konnte noch wollte.“<sup>48</sup>

Statt auf gesonderte Maßnahmen, die allen Flüchtlingen und Vertriebenen zugute gekommen wären, setzte die SED ab Ende der vierziger Jahre vor allem auf die Integration in den Arbeitsmarkt. Bei Gründung der DDR konnte nur ein Viertel der Vertriebenen seinem alten Beruf nachgehen, ein weiteres Viertel war vorübergehend in der Landwirtschaft untergekommen, während die Hälfte sich mit Gelegenheitsarbeit durchschlagen musste, wenn sie nicht gar arbeitslos war. Auch wenn sich ihre Arbeitsverhältnisse in den fünfziger und sechziger Jahren allmählich denen der einheimischen Bevölkerung annäherten, ist wie bei der Eigentumsverteilung auch auf dem Arbeitsmarkt eine „Unterschichtung der Gesellschaft“ durch Flüchtlinge und Vertriebene festzustellen.<sup>49</sup>

---

<sup>47</sup> Vgl. dazu insgesamt Michael SCHWARTZ, Diskriminierung oder Gleichstellung? Das Entschädigungsproblem von Vertriebenen-Sparguthaben in der Umsiedlerpolitik der DDR, in: Thomas GROBBÖLTING / Hans-Ulrich THAMER (Hrsg.), Die Errichtung der Diktatur. Transformationsprozesse in der Sowjetischen Besatzungszone und in der frühen DDR, Münster 2003, S. 223-250.

<sup>48</sup> Michael SCHWARTZ, „Umsiedler“ – Flüchtlinge und Vertriebene in der SBZ und DDR, S. 93.

<sup>49</sup> Philipp THER, Deutsche und polnische Vertriebene, S. 268-269.

Die Möglichkeiten variierten je nach Alter und Beruf. So stellten Flüchtlinge und Vertriebene zu Beginn der fünfziger Jahre ca. 20 Prozent der Industriearbeiter, in den neu aufgebauten Betrieben sogar teilweise 30 bis 40 Prozent. Dafür war nicht etwa eine gezielte Sozialpolitik für „Umsiedler“ entscheidend. Vielmehr stellte der hohe Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft der DDR einen wichtigen Faktor der Vertriebenenintegration dar.<sup>50</sup> Die Transformation bestimmter Wirtschaftszweige erfasste Einheimische wie Vertriebene gleichermaßen, so dass die Herkunft eine immer geringere Rolle spielte.<sup>51</sup> Darüber hinaus wurde nicht nur die Berufswelt, sondern auch das Freizeitverhalten angeglichen.

Die Integration über die Arbeitsstelle bedeutete allerdings auch, dass diejenigen unter den Flüchtlingen und Vertriebenen, die nicht für den Arbeitsmarkt zur Verfügung standen bzw. dafür ausgebildet wurden, nicht besonders gefördert wurden. Diese arbeitsgesellschaftliche Komponente der DDR-Integrationspolitik setzte dabei anderes als das westdeutsche Konkurrenzmodell, das ergänzend Versorgungs- und Entschädigungselemente enthielt, auf einen „Königsweg“.<sup>52</sup> Mit der Weigerung, auch in der DDR einen Lastenausgleich einzuführen, schloss die SED einen erheblichen Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen von weite-

---

<sup>50</sup> Vgl. Peter HÜBNER, Vertriebenenintegration durch industrielle Erwerbsarbeit in den fünfziger und sechziger Jahren am Beispiel des Landes Brandenburg, in: Christoph KLEBMANN u. a. (Hrsg.), Vertreibung, Neuanfang, Integration. Erfahrungen in Brandenburg, Potsdam 2001, S. 112-122, S. 120-121.

<sup>51</sup> Vgl. Philipp THER, Deutsche und polnische Vertriebene, S. 268-269.

<sup>52</sup> Vgl. Michael SCHWARTZ, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 61), München 2004, S. 96-97.

---

ren sozialpolitischen Maßnahmen aus.<sup>53</sup> Paradoxerweise enthielt gerade die Sozialpolitik einer „sozialistischen Gesellschaft“ gegenüber Flüchtlingen und Vertriebenen starke Leistungskomponenten. Diejenigen „Umsiedler“, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen – und dies waren vor allem Jüngere –, konnten von sozialen Aufstiegsmöglichkeiten profitieren. Ältere und weniger leistungsfähige Vertriebene wurden dagegen nur am Rande berücksichtigt. In Verbindung damit, dass ihre Situation sozialpsychologisch nicht als Kriegsfolge anerkannt wurde, machte sich bei dieser Gruppe von Flüchtlingen und Vertriebenen zunehmend Verbitterung breit, während eine zufriedenstellende Arbeit entscheidend zur Integration in die DDR-Gesellschaft beitragen konnte. Insgesamt führte die zunehmende wirtschaftliche Integration zu einem nachlassenden sozialen Druck.<sup>54</sup>

Die Einheitspartei verstand sich selbst als bester Sachwalter der sozioökonomischen Gruppeninteressen der Vertriebenen. Da auch einer Selbstorganisation unter kulturellen Vorzeichen keine Notwendigkeit zugestanden wurde, konnten aus Sicht der SED alle Zusammenschlüsse auf landsmannschaftlicher Ebene letztlich nur darauf abzielen, die Staats-Grenze in Frage zu stellen.<sup>55</sup>

---

<sup>53</sup> Vgl. Michael SCHWARTZ, „Verteilungskonflikte unter Werktätigen müssen unter allen Umständen vermieden werden.“, S. 232.

<sup>54</sup> Vgl. Christian LOTZ, Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete (1948–1972) (= Neue Forschungen zur Schlesischen Geschichte, Bd. 15), Köln-Weimar-Wien 2007, S. 159.

<sup>55</sup> Vgl. Michael SCHWARTZ, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“, S. 535; Ute SCHMIDT, Flüchtlingsmilieus in der SBZ/DDR. Formen kultureller Selbstbehauptung und Identitätswahrung am Beispiel der Deutschen aus Bessarabien, in: ZEITSCHRIFT DES FORSCHUNGSVERBUNDES SED-STAAT (2006), H. 20, S. 3-19.

Im Vergleich der Lebensverhältnisse von Flüchtlingen und Vertriebenen in der DDR mit der Situation in der Bundesrepublik muss insbesondere auf die nicht vorhandene Koalitionsfreiheit und die Unterdrückung der kulturellen Brauchtumpflege hingewiesen werden. Die Staatspartei setzte – wie auch in anderen Gesellschaftsbereichen – auf Zwang, um nichtkonforme Meinungsäußerungen und Verhaltensweisen zu unterdrücken. Dementsprechend zählte der Revisionismus-Vorwurf, der v. a. mit den Organisationen der Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik verbunden wurde, zur zentralen Argumentationslinie der SED. Da diese Verbände in der DDR rigoros unterdrückt und verboten waren, erhielt die parteiamtliche Agitation eine Stoßrichtung, die sich vor allem in Richtung Westen richtete. Erst durch die Kombination mit den Vorwürfen Rückwärtsge wandtheit und Kriegshetze erhielt die SED-Propaganda ihre spezifische Durchschlagskraft.<sup>56</sup> Der staatlich verordnete Antifaschismus konnte allerdings auch unter den Vertriebenen in der DDR eine gewisse Bindekraft entfalten, da die Bundesrepublik und mit ihr die Vertriebenenverbände als entgegen gesetztes Zerrbild dargestellt wurden.

Der Politik der SED kam auch ein Zeitfaktor zugute. Denn je länger die ehemaligen deutschen und deutschbesiedelten Gebiete unter polnischer, tschechischer und sowjetischer Verwaltung standen, desto aussichtsloser musste der Wunsch nach Rückkehr oder gar Rückgewinnung erscheinen, wie er u. a. von landsmannschaftlichen Organisationen in der Bundesrepublik artikuliert wurde.<sup>57</sup> Grenzveränderungen mit friedlichen Mitteln schienen angesichts der politischen Rahmenbedingungen illusorisch. Territoriale Revisionsvorstellungen bedeuteten in der Ar-

---

<sup>56</sup> Vgl. Christian LOTZ, Die Deutung des Verlusts. S. 161.

<sup>57</sup> Vgl. Christian LOTZ, Die Deutung des Verlusts. S. 161.

---

gumentation der SED zwangsläufig kriegerische Auseinandersetzungen, die im Hinblick auf die jüngste Vergangenheit vehement verurteilt wurden. Dies galt vor allem im Hinblick auf die „Friedensgrenze“ an Oder und Neiße. Die Haltung hierzu avancierte zum Prüfstein der Loyalität gegenüber der „Arbeiter- und Bauern-Macht“.<sup>58</sup>

Insgesamt erhob die „Umsiedlerpolitik“ der SED das Aufgehen der Flüchtlinge und Vertriebenen in der einheimischen Bevölkerung zum Ziel; dies unter den Bedingungen einer Gesellschaft, die gleichzeitig unter politischen Vorgaben umgestaltet wurde. Sozialpolitik und Repression bildeten dabei zwei Seiten einer Medaille. Je nach Alter, Berufsperspektive und Vertreibungsgerfahrungen gingen die Betroffenen unterschiedlich mit diesen Voraussetzungen um. Eines blieb jedoch ausgeschlossen: die öffentliche Thematisierung des eigenen Schicksals in einer Gruppe von Gleichgesinnten. Zudem verschwanden mit dem Abschluss der „Umsiedlerpolitik“ in den frühen fünfziger Jahren jegliche Maßnahmen, die sich nur an Flüchtlinge und Vertriebene in der DDR gerichtet hatten. Von Förderungen und Vergünstigungen konnten nunmehr nur noch jene Flüchtlinge und Vertriebenen profitieren, die soziale oder politische Kriterien erfüllten, nach denen die Staatspartei die Bevölkerung einteilte.

---

<sup>58</sup> Vgl. Rainer GRIES, Jenseits der „Brücken der Freundschaft“. Propaganda und Alltag der Oder-Neiße-„Friedensgrenze“ in den siebziger Jahren, in: Der Zweite Weltkrieg in Europa und Asien. Grenzen, Grensräume, Grenzüberschreitungen. Professor Dr. Bernd Martin zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Susanne KUB / Heinrich SCHWENDEMANN, Freiburg 2006, S. 107-127, hier S. 110.

#### 4 „Umsiedlerstudenten“ in den vierziger und frühen fünfziger Jahren

Reichsarbeitsdienst, Soldatenzeit und Kriegsgefangenschaft griffen in den dreißiger und vierziger Jahren vehement in die Lebensplanung junger Erwachsener ein. Wo sich zuvor an den Schulbesuch eine Ausbildung oder ein Studium angeschlossen hatte, standen nun Unterbrechungen von mehreren Jahren im Ausbildungsgang, und dies, ohne eine Qualifikation vorweisen zu können, die einen späteren Lebensunterhalt ermöglicht hätte. Die jungen Erwachsenen hatten Erfahrungen machen müssen, deren Verarbeitung sie noch lange Zeit beschäftigte.<sup>59</sup> Die Kriegszeit veränderte den Alltag der jungen Menschen und blieb noch lange Zeit von Bedeutung für die Lebensläufe.<sup>60</sup> Nach dem Krieg sehnten sich viele von ihnen nach „Normalität“. Dazu zählte auch, schnellstmöglich das begonnene Studium fortzuset-

---

<sup>59</sup> „Krieg und Gefangenschaft machten bis zur Entlassung zeitlich ein Viertel des Gesamtlebens bzw. ein Drittel des bewussten Lebens aus. Jugend- und Jünglingszeit war durch Krieg und Gefangenschaft geprägt; Teilnahmen an schwersten Schlachten mit Verlust nächster Kameraden; Anschauung des Umgangs von Spezialeinheiten mit Zivilbevölkerung im Partisanengebiet; beim letzten Rückzug Ratlosigkeit und Entsetzen im Vorbeimarsch am gerade von der deutschen Bewachung verlassenen KZ Stutthof; Im ersten Gefangenschaftsjahr abenteuerliche Fürsorgebeziehung zu einer weißrussischen Frau, die mich an ihres einzigen gleichaltrigen Sohnes statt angenommen hat, der im Krieg gefallen war [...] Ein gewisses Kriegs- und Gefangenschaftstrauma hat sich bis heute erhalten.“ Herr T. (\* 1925, Postrum, Kr. Deutsch-Gabel).

<sup>60</sup> Vgl. zum Schlüsselerlebnis der „Kriegserfahrung“ Evemarie BADSTÜBNER-PETERS, „... aber stehlen konnten sie ...“ Nachkriegskindheit in der Sowjetischen Besatzungszone, in: OSTDEUTSCHE KULTURGESCHICHTE (= Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung, Bd. 33), Berlin 1993, S. 233-272, hier S. 239. Ein Forschungsüberblick, der vor allem die geistige Situation der Jugend im Nachkriegsdeutschland in den Blick nimmt, findet sich bei Friedhelm BOLL, Jugend im Umbruch von Nationalsozialismus zur Nachkriegsdemokratie, in: ARCHIV FÜR SOZIALGESCHICHTE 37 (1997), S. 482-520.

---

zen bzw. überhaupt den Weg an die Hochschule zu suchen, der vielversprechende Berufsperspektiven bieten sollte. Dies galt im besonderen Maße für die „Umsiedlerstudenten“, die ihre Wohn- und Heimatorte verloren hatten.

#### 4.1 Zulassung zum Hochschulstudium

Schon in der Zeit des Nationalsozialismus musste ein Zulassungsverfahren durchlaufen werden, das außerfachliche Kriterien wie Rasse und Geschlecht sowie die politische Gesinnung vorsah.<sup>61</sup> Auch an den Hochschulen der Sowjetischen Besatzungszone, die im Wintersemester 1946 den Lehrbetrieb wieder aufnahmen, spielten soziale und politische Auswahlgesichtspunkte eine bedeutende Rolle bei der Immatrikulation. Um eine „neue Intelligenz“ heranzubilden, ermöglichte die KPD/SED jungen Menschen, die kein Abitur vorweisen konnten, den Hochschulzugang. Mitglieder der NSDAP sowie ehemalige Offiziere sollten nicht an den Universitäten immatrikuliert werden.<sup>62</sup> Über ausführliche Fragebögen wurden die dementsprechenden Informationen ermittelt.<sup>63</sup>

Die Privilegierung so genannter Arbeiter und Bauern-Studenten – an den sechs Universitäten der Sowjetischen Besatzungszone studierten im August 1947 durchschnittlich 21 Prozent der Studenten ohne Abitur – verknappte das ohnehin geringe Angebot an Studienplätzen, da hier eine Gruppe neu hinzu-

---

<sup>61</sup> Vgl. Michael GRÜTTNER, *Studenten im Dritten Reich*, Paderborn 1995, S. 237-244.

<sup>62</sup> Vgl. Ilko-Sascha KOWALCZUK, *Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961*, Berlin 2003, S. 262.

<sup>63</sup> Ein Fragebogen an der Universität Leipzig umfasste beispielsweise zwölf Seiten. Vgl. Ilko-Sascha KOWALCZUK, *Geist im Dienste der Macht*, S. 263.



trat, deren Weg bisher nicht an die Hochschulen geführt hatte. Zudem ersuchten Flüchtlinge und Vertriebene, die vor 1945 an anderen Universitäten studiert hatten oder hätten, um eine Immatrikulation.<sup>64</sup>

Abgewiesene Studienbewerber wandten sich in Schreiben an die Hochschulverwaltungen der Länder, die Deutsche Verwaltung für Volksbildung in Berlin<sup>65</sup> und die zunächst zuständigen Rektoren der Universitäten, um doch noch eine Einschreibung zu erwirken. Diese Schreiben konnten informativen Charakter haben und betrafen u. a. das Zulassungsverfahren, notwendige Bewerbungsunterlagen oder mögliche Stipendien. Auch spezielle Probleme von Flüchtlingen und Vertriebenen wurden geschildert:

---

<sup>64</sup> Angesichts der geringen Gesamtkapazität wurden jedoch auch viele Studienbewerber abgelehnt, ohne dass automatisch soziale oder politische Gründe dafür verantwortlich gewesen wären. So wurde im Wintersemester 1946/47 1 193 Bewerbern bei 1 818 Studenten in Halle keine Zulassung erteilt, in Jena 2 315 bei 2 261 Studenten, in Greifswald 1 201 bei 1 059 Studenten und in Rostock 1 226 bei 930 Studenten. Insgesamt hatten in den vorgenannten Universitäten, den Lehrstätten in Berlin und Leipzig sowie der Technischen Hochschule Dresden und der Bergakademie Freiberg 13 364 Studenten eine Zulassung erhalten. Unter den Abgewiesenen befanden sich gleichermaßen Alteingesessene wie auch Flüchtlinge und Vertriebene. Vgl. Ilko-Sascha KOWALCZUK, Geist im Dienste der Macht. S. 286.

<sup>65</sup> Bis 1950 agierten die Deutsche Verwaltung für Volksbildung in Berlin (ab 1949 Ministerium für Volksbildung der DDR) und die Hochschulverwaltungen der Länder nebeneinander. Zunehmend wurden die maßgeblichen Entscheidungen über Hochschulangelegenheiten in Berlin getroffen. 1951 wurden die letzten Reste des Bildungsföederalismus abgeschafft und alle Zuständigkeiten dem neugegründeten Staatssekretariat für Hochschulwesen übertragen. Vgl. Michael PARAK, Hochschule und Wissenschaft in zwei deutschen Diktaturen : Elitenaustausch an sächsischen Hochschulen 1933-1952 (= Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 23), Köln-Weimar 2004, S. 128-144.

„Unterzeichneter bittet, da Umsiedler aus der Tschechoslowakei und daher mit den derzeitigen Studienverhältnissen nicht vertraut, um Auskunft über die Ausbildung als Lehrer. Ich habe 8 Jahre am Realgymnasium in Saaz a. d. Eger (Tschechoslowakei) studiert und dort im Sommer 1939 das Abitur mit Erfolg abgelegt. Leider sind mir durch die vorjährigen Verhältnisse in der Tschechoslowakei sämtliche Studienunterlagen in Verlust geraten. Ich bitte daher um Auskunft, ob eine Ausbildung als Lehrer möglich ist, ob mir das Fehlen meines Reifezeugnisses evtl. große Schwierigkeiten bereiten würde. Und inwiefern für mich eine Studienunterstützung in Form eines Stipendiums in Betracht käme, da ich als Umsiedler über keinerlei finanzielle Mittel verfüge.“<sup>66</sup>

Ehemalige Studenten aus Königsberg, Danzig, Breslau, Posen, Prag, Brünn und Tetschen-Liebwerd<sup>67</sup> standen vor dem Problem, ihre bisherigen Studienleistungen nicht mehr nachweisen zu können. Vereinzelt konnten ihnen dabei „Meldestellen“ der aufgelösten Hochschulen helfen, die mittels verlagelter Dokumente bzw. persönlicher Zeugnisse entsprechende Bescheinigungen ausstellten.<sup>68</sup>

---

<sup>66</sup> Hans Kneissl an das Sächsische Ministerium für Volksbildung vom 28. August 1946 (SächsHStA, LRS, MFV 1295, unpag.).

<sup>67</sup> Zur Entwicklung des deutschen und deutschsprachigen Hochschulwesens im östlichen Mitteleuropa bis 1945 vgl. Michael PARAK, Hochschulen im östlichen Mitteleuropa. Sprach- und Nationalitätenkonflikte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Neuordnung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Dreissesselberg. Studien zur mitteleuropäischen Kultur und Zeitgeschichte 1 (2004), S. 4-28.

<sup>68</sup> Vgl. Günter Hofmann an die Meldestelle der Technischen Hochschule Breslau an der Bergakademie Freiberg vom 10. Dezember 1946 (BArchB, DR 2/8313, unpag.); Karl Escher an die Meldestelle der Technischen Hochschule Breslau an der Bergakademie Freiberg vom 28. Februar 1947 (BArchB, DR 2/8315, unpag.). Zu Meldestellen ostdeutscher Universitäten vgl. Markus MÖBLANG, Flüchtlingslehrer und

Explizit wiesen manche Bewerber in ihren Schreiben auch darauf hin, dass ihre persönliche Lage infolge von Flucht und Vertreibung besonders prekär geworden war, und hofften damit, die zuständigen Behörden zur Zulassung bewegen zu können. Entsprach die Kommission dem Wunsch zur Studienzulassung nicht, machten abgelehnte Bewerber ihrem Ärger in Schreiben an höhere Instanzen Luft. In dem Fall beispielsweise wollte ein Medizinstudent seine Studien, die er anderen Ortes schon vier Semester betrieben hatte, fortsetzen. Dabei vertraute er – vergeblich – auf eine Bestätigung des CDU-Bezirksverbandes Leipzig, der seine Zulassung befürwortet hatte.<sup>69</sup>

Generell bevorzugte ein Zulassungsverfahren, das Bescheinigungen und Befürwortungsschreiben einen hohen Stellenwert

---

Flüchtlingshochschullehrer. Eine Studie zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im bayerischen Bildungswesen 1945-1961 (= Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge, Bd. 8), München 2002, S. 244-247.

<sup>69</sup> Vgl. Befürwortung der Zulassung von Ado Aust (\* 1924) zum Studium, ausgestellt vom CDU-Bezirksverband Leipzig am 25. August 1946 (SächsHStA, LRS, MfV 1300, unpag.). „Durch den Ausgang des Krieges von meinen Eltern in Breslau – die da selbst inzwischen als polnische Staatsbürger leben – getrennt und aus dem Militär heimgekehrt, glaube ich mich durch die Einbuße meiner ganzen Haben und meiner Existenz insbesondere wohl als genug bestraft. Trotzdem habe ich den Willen, mein Studium durch finanzielle Unterstützung mittels Stipendien sowie neben-dienstlichen Erwerb zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen. Stattdessen: Grundlose Ablehnung! Oder sollten die zugelassenen Kommilitonen mich etwa alle in meiner dokumentarisch-beglaubigten antinazistischen Gesinnung übertreffen? Oder wenn das Leistungsprinzip seine ungeschmälerte Bedeutung hätte, warum habe ich auch dann das Nachsehen? Ich glaube vielmehr, dass die entsprechenden Angaben mehr oder weniger von untergeordneter Seite negligiert [sic!] werden. Dies alles muss in der Ostzone mit der so gründlichen und entschiedenen Denazifizierung und gerechten Wiedergutmachung sich ereignen.“ Ado Aust an den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen, Rudolf Friedrichs, vom 16. November 1946 (SächsHStA, LRS, MfV 1300, unpag.).

---

einräumte, diejenigen Bewerber, die über gute Kontakte vor Ort verfügten. Flüchtlinge und Vertriebene hatten nicht nur mit der Schwierigkeit zu kämpfen, erforderliche Unterlagen, wie z. B. das oben erwähnte Reifezeugnis, verloren zu haben. Zudem konnten sie erforderliche Referenzen, die ihnen ein Eintreten für den „demokratischen Neuaufbau“ bescheinigten, nur schwer erbringen, was auch die Hochschulverwaltung einräumen musste:

„Die Dringlichkeit Ihrer Zulassung ist – da Sie Flüchtling sind – sehr schwer festzustellen, das werden Sie selbst zugeben müssen. Zwar haben Sie persönliche Befürwortungen, aber in der neuen demokratischen Bewegung sind Sie anscheinend noch sehr wenig bekannt, sodass von dieser Seite, auch von den überparteilichen Organisationen, FDJ und FDGB, keine besonderen Befürwortungen vorliegen. Sie sind wohl mit in die vordringliche Liste aufgenommen worden. Die Immatrikulationskommission hatte aber entschieden, dass eine besondere Vordringlichkeit in Ihrem Falle nicht besteht.“<sup>70</sup>

Auch heimkehrenden Kriegsgefangenen fiel es schwer, die für die Zulassung notwendigen Bescheinigungen zu erbringen. Davon betroffen waren auch Männer ohne unmittelbare Vertreibungserfahrung, die aber nicht mehr an den Heimatort östlich von Oder und Neiße zurückkehren konnten.<sup>71</sup> Immerhin konnten

---

<sup>70</sup> Hellmuth Häntzsche, Sächsisches Ministerium für Volksbildung, an Konrad Schreiber vom 12. März 1947 (SächsHStA, LRS, MfV 1298, unpag.).

<sup>71</sup> Vgl. Alexander von PLATO / Wolfgang MEINICKE, Alte Heimat, neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1991, S. 101.

manche von ihnen die Mitgliedschaft im Antifa-Aktiv des Kriegsgefangenenlagers zu ihren Gunsten anführen.<sup>72</sup>

## **4.2 „Umsiedlerstudenten“ im Blick der Hochschulverwaltungen**

Die in den Bewerbungsfragebögen ermittelten Kriterien – v. a. zur sozialen Herkunft sowie der früheren und gegenwärtigen politischen Betätigung – wurden von den Landeshochschulverwaltungen systematisiert, um überprüfen zu können, ob die Zulassungspraxis den politischen Zielvorgaben entsprach. Wiederholt ergingen deshalb Ersuche an die Hochschulen, statistische Angaben zu liefern. Dazu zählten auch Nachfragen zur geographischen Herkunft der Studierenden.

So forderte das Ministerium für Volksbildung der Provinz Sachsen im Frühjahr 1946 den Rektor der Universität Halle auf, ein „Verzeichnis aller zum Studium zugelassenen Studenten und zwar getrennt nach Herkunftsgebieten mit voller Heimatanschrift der Studenten“ zu erstellen. Drei Kategorien sollten dabei erfasst werden: „1) Heimat der Studenten außerhalb der SBZ 2.) SBZ, aber außerhalb Provinz Sachsen 3.) Provinz Sachsen.“<sup>73</sup> Dadurch tauchte in der Auflistung auch eine Vielzahl von Ortsnamen auf, die vormals zum Deutschen Reich gezählt hatten: Troppau/Mähren; Schöneck/Ostpr., Stettin, Rengersdorf b. Glatz, Kreuzburg O./S., Saaz/Sud., Schönfeld O./S., Nieder-

---

<sup>72</sup> Vgl. Wolf-Dieter Wagner an das Sächsische Ministerium für Volksbildung vom 10. Juli 1946 (SächsHStA, LRS, MfV 1319, unpag.).

<sup>73</sup> Ministerium für Volksbildung der Provinz Sachsen an den Rektor der Universität Halle vom 17. April 1946 (UAH, Rep. 4/1351, unpag.).

Rochlitz/Sud., Oderberg/Sud., Reichenberg, Breslau, Liegnitz, Gleiwitz.<sup>74</sup>

Grundsätzlich stellte sich das Problem, welcher Ort unter der Rubrik „Heimat“ erfasst werden sollte. War damit der Geburtsort des Studenten bzw. sein langjähriger Wohnort gemeint? Die Deutsche Verwaltung für Volksbildung vertrat den Standpunkt, dass für die Kategorie Heimat der jetzige Aufenthalt der Eltern maßgeblich sei, wonach nur diejenigen Studenten, deren Eltern noch in den alten Wohnorten jenseits von Oder und Neiße lebten, gesondert in der Spalte „Ausland“ erfasst worden wären.<sup>75</sup> Dagegen bot die Spalte „Sind Sie Ostflüchtling?“ in Fragebögen der Universität Greifswald Studienbewerbern zumindest die Möglichkeit, sich dem eigenen Verständnis gemäß dieser Gruppe zuzurechnen.<sup>76</sup> Die Universität Berlin meldete für das Wintersemester 1946/47 82 männliche und 55 weibliche „Ostflüchtlinge“. Bei einer Gesamtstudierendenzahl von 4 312 entsprach dies einem Anteil von 3,2 Prozent.<sup>77</sup>

Insgesamt spielte das Herkunftskriterium „Umsiedler“ für die hochschulpolitischen Zielvorstellungen der Kultusbürokratie und der SED-Politik zunächst jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Erst im April 1947 sind ernsthafte Bemühungen der Berliner Bildungszentrale und der Landeshochschulverwaltungen festzustellen, die Anzahl der „Umsiedlerstudenten“ zu erfassen.

<sup>74</sup> Vgl. Rektor der Universität Halle an das Ministerium für Volksbildung der Provinz Sachsen vom 5. Mai 1946 (UAH, Rep. 4/1351, unpag.)

<sup>75</sup> Vgl. Deutsche Verwaltung für Volksbildung an den Rektor der Universität Halle betr. Hochschulstatistik vom 10.07.1946 (UAH, Rep. 4/1351, unpag.).

<sup>76</sup> Vgl. Fragebogen für Studenten für das SS 1947 (UAG, R 149, Bl. 270-271).

<sup>77</sup> Vgl. Akademische Auskunftsstelle der Universität Berlin betr. Statistik der im WS 1946/47 immatrikulierten Studenten (BArchB, DR 2/044, Bl. 79; 82; 96-96).

Ein Schreiben der Deutschen Verwaltung für Volksbildung ersuchte die Rektoren der Universitäten, folgende Auskünfte nach Berlin zu übermitteln: „1. Zahl Umsiedler-Studenten 2. Kurze Skizzierung ihrer Lage 3. Fälle, wo Umsiedler-Studenten aus finanziellen Gründen Studium nicht aufnehmen konnten 4. Fälle Studienabbruch Umsiedler-Studenten aus finanziellen Gründen.“<sup>78</sup>

Die Antwortschreiben zeugen mehr von einem unterschiedlich ausgeprägten Problembewusstsein als von der tatsächlichen Lage der „Umsiedler-Studenten“. Die Technische Hochschule Dresden meldete 13 Studenten, die Bergakademie Freiberg 10 Personen.<sup>79</sup> Laut Angabe der Universität Leipzig hätten sich 30 „Umsiedler-Studenten“ auf einen Anschlag am Schwarzen Brett gemeldet – was zeigt, dass nicht die Spalte der „Ostflüchtlinge“ der Studentenkartei ausgewertet wurde, sondern Studenten innerhalb eines kurzen Zeitraumes auf den Aufruf zu reagieren hatten.<sup>80</sup>

---

<sup>78</sup> Vgl. Deutsche Verwaltung für Volksbildung an die Universität Leipzig, Technische Hochschule Dresden und Bergakademie Freiberg betr. Unterstützung von Umsiedler-Studenten vom 18. April 1947 (SächsHStA, LRS, MfV 1221, Bl. 92); Deutsche Verwaltung für Volksbildung an die Universität Greifswald vom 18. April 1947 (UAG, R 501, Bl. 125). Die Volksbildungsministerien der Länder stellten ihrerseits Anfragen ähnlichen Inhalts an die Universitäten. Vgl. Sächsisches Ministerium für Volksbildung an den Rektor der Universität Leipzig vom 28. April 1947 (SächsHStA, LRS, MfV 1221, Bl. 84).

<sup>79</sup> Vgl. Rektor der Technischen Hochschule Dresden an die Deutsche Verwaltung für Volksbildung betr. Unterstützung von Umsiedler-Studenten vom 26.4.1947 (SächsHStA, LRS, MfV 1221, Bl. 86); Rektor der Bergakademie Freiberg an die Deutsche Verwaltung für Volksbildung betr. Unterstützung von Umsiedler-Studenten vom 2.5.1947 (SächsHStA, LRS, MfV 1221, Bl. 90).

<sup>80</sup> Vgl. Prorektor der Universität Leipzig an das an Sächsisches Ministerium für Volksbildung betr. Umsiedlerstudenten vom 18. Juli 1947 (SächsHStA, LRS, MfV 1221, Bl. 81).

---

Die Aufforderung, die Lage der Studenten zu skizzieren, konnte unter hochschulfiskalischen Gesichtspunkten beantwortet werden, wie es Dresden tat: „6 haben nichts beantragt; übrige 7 Studenten: 1428 RM Gebühren-Erlass, 2977,50 RM Stipendiengelder im WS 46/47 zur Auszahlung gekommen.“ Leipzig konstatierte eine äußerst schlechte finanzielle Lage der „Umsiedler-Studenten“, obwohl diese z. T. Stipendien und Gebührenerlass erhalten würden. „Darüber hinaus gibt es einige, die kaum das Nötigste anzuziehen haben, denn sie sind nicht nur Umsiedler, sondern zur gleichen Zeit Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft und haben als einzige Kleidungsstücke die Kriegsgefangenenkluft.“ Der Freiburger Rektor bemühte sich hingegen, stärker die familiäre Situation der Betroffenen darzustellen: „Lage ist schwer auszusprechen. Hab und Gut größtenteils verloren; in drei Fällen wissen Umsiedler-Studenten nichts von Angehörigen; 2 fanden bei Verwandten Unterkunft und fallen diesen, da sie vollkommen mittellos sind, zur Last; 3 wohnen bei ihren Eltern; 3 sind verheiratet; davon hat 1 ein Kind.“

Bis auf Freiberg, wo ein Student, der infolge der Erkrankung seines Vaters für die Familie sorgen musste, sein Studium nicht antreten konnte, wurden keine Fälle gemeldet, wonach „Umsiedler-Studenten“ ihr Studium aus Mangel an Mitteln nicht hatten beginnen können. Gleichermäßen erstatteten die Rektoren Fehlanzeige auf die Frage nach Studienabbrechern aus diesem Personenkreis.

Das Beispiel Greifswald zeigt, dass der Ermittlung der „Umsiedler-Studenten“ eine weitaus größere Priorität und Sorgfalt eingeräumt werden konnte. Die Dekane wurden durch den Rektor angewiesen, dafür Sorge zu tragen, dass in den Vorlesungen „Umsiedler-Studenten“ dazu aufgerufen wurden, sich beim Stu-



dentennrat zu melden.<sup>81</sup> Dieser erstellte eine Liste mit 190 Personen, die einen kollektivbiographischen Zugriff ermöglicht – wie im Folgenden noch dargelegt werden wird.<sup>82</sup> Ein Schreiben des Sozialreferates des Studentennrates gehört zu den umfangreichsten Zeugnissen, die über die Lage der „Umsiedlerstudenten“ berichten:

„Die Mehrzahl der Umsiedlerstudenten ist zur Fortführung des Studiums auf Gewährung von Stipendien und Gebührenerlass angewiesen, da sie von zu Hause keinerlei Unterstützung erwarten können. Nur in wenigen Fällen sind die Väter in ihren alten Berufen tätig und haben festes Gehalt, die meisten sind ohne einen Erwerb und auf soziale Unterstützung angewiesen. Viele Kommilitonen müssen in den Ferien oder neben dem Studium z.Bsp. als Musiker, Graphiker oder Reinmachefrau arbeiten, um für sich und die Eltern das nötige Geld zu verdienen. Neben den wirtschaftlichen Sorgen haben die Umsiedlerstudenten z. T. große seelische Belastungen. Viele Familienangehörige sind im Osten vermisst, auf der Flucht gestorben oder haben sich langwierige Krankheiten zugezogen. Auf unseren Anschlag haben sich bei uns 190 Umsiedlerstudenten gemeldet. Aus den einzelnen Berichten geht hervor, dass die meisten Studenten fast ihre ganze Habe verloren haben und bis auf wenige Bekleidungsstücke, die auf der Flucht und in den zwei Jahren danach stark abgetragen sind. Zum Ausbessern und Stopfen fehlt es an dem nötigen Material.“<sup>83</sup>

---

<sup>81</sup> Vgl. Rektor der Universität Greifswald an die Dekane der Universität Greifswald vom 29. April 1947 (UAG, R 501, Bl. 126).

<sup>82</sup> Vgl. Liste der Umsiedlerstudenten der Universität Greifswald, erstellt vom Studentennrat der Universität Greifswald, vom 16. Mai 1947 (UAG, R 501, Bl. 120-124).

<sup>83</sup> Sozialreferat des Studentennrates der Universität Greifswald an das Sekretariat der Universität Greifswald betr. kurze Skizzierung der Lage der

---

In seinem Antwortschreiben an die Deutsche Verwaltung für Volksbildung übernahm der Greifswalder Rektor diese Ausführungen fast wörtlich – mit einem einzigen Unterschied: Die Zahl der „Umsiedlerstudenten“ wird mit ungefähr 500 beziffert.<sup>84</sup> Leider kann anhand des vorliegenden Aktenmaterials nicht nachvollzogen werden, welche Gründe den Rektor veranlassten, deutlich mehr Personen anzugeben, als vom Studentenrat benannt worden waren. Möglicherweise ging er davon aus, dass sich nicht alle „Umsiedlerstudenten“ auf den Aufruf gemeldet hatten. Stichproben in der Matrikel der Universität Greifswald zeigen zwar, dass die Geburtsorte einiger Studenten, deren Namen nicht in der Liste des Studentenrates enthalten waren, in den ehemaligen deutschen Ostgebieten lagen. Eine Korrektur der Zahlenangaben in diesem Ausmaß rechtfertigt dies jedoch nicht. Alles in allem waren an der Universität Greifswald mehr „Umsiedlerstudenten“ als an anderen Hochschulen der Sowjetischen Besatzungszone eingeschrieben. Schon die namentlich bekannten 190 Flüchtlinge und Vertriebenen bedeuteten im Sommersemester einen Anteil von mindestens 17,6 Prozent an der Gesamtstudierendenzahl.<sup>85</sup>

---

Umsiedlerstudenten unserer Universität vom 19. Mai 1947 (UAG, R 501, Bl. 117). Vgl. zur sozialen Betreuung der Studenten durch das Sozialreferat auch Marianne VIERKE, Die Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Studentenvertretung an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Diplomarbeit masch., Greifswald 1974, S. 31 (UAG).

<sup>84</sup> Vgl. Rektor der Universität Greifswald an die Deutsche Verwaltung für Volksbildung betr. Unterstützung von Umsiedler-Studenten vom 21. Mai 1947 (UAG, R 501, Bl. 117).

<sup>85</sup> Zur Zahl der Studenten insgesamt vgl. Carsten WOIGK, Die Studierenden der Universität zu Greifswald 1808-2006. Eine statistische Übersicht, in: Dirk ALVERMANN / Karl-Heinz SPIEB (Hrsg.), Universität und Gesellschaft. Festschrift zur 550-Jahrfeier der Universität Greifswald. Band 2: Stadt, Region, Staat, Rostock 2006, S. 561-583, hier S. 574.

Soweit in den Quellen nachweisbar, versuchten die Hochschulverwaltungen nur 1947, sich gezielt einen Überblick über die Anzahl der „Umsiedlerstudenten“ zu verschaffen. Praktische Auswirkungen für die Studentenpolitik sollte die Datenerhebung allerdings nicht haben. Zwar erhielten „Umsiedlerstudenten“ Stipendien und Gebührenermäßigungen. Dies allerdings nicht im Rahmen gesonderter Förderprogramme, sondern im Zuge der allgemeinen Stipendienpolitik, bei der die soziale Herkunft und die aktuelle politische Betätigung eine maßgebliche Rolle spielten.

Auch blieb die Datenlage, auf der die Hochschulverwaltungen bauen konnten, weiterhin problematisch. Ein Schreiben des Leipziger Studentenreferats verdeutlicht, dass die umfangreichen Fragebögen missverständlich und deshalb in einigen Punkten unpraktikabel waren.<sup>86</sup> Bis zu Beginn der fünfziger Jahre enthielten die Aufnahmeanträge der Studienbewerber weiterhin die Spalte „Umsiedler (von wo?)“.<sup>87</sup> Anhand des eingesehenen Quellenmaterials liegen keine Erkenntnisse dafür vor, dass eine zentrale Auswertung oder Veröffentlichung seitens der Deutschen Verwaltung für Volksbildung bzw. des Staatssekretariats für Hochschulwesen erfolgt wäre. Der genaue Anteil der „Umsiedlerstudenten“ an der gesamten Studentenschaft der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR ist deshalb aus zentralen Unterlagen nicht zu ermitteln.<sup>88</sup>

---

<sup>86</sup> Vgl. Studentenreferat der Immatrikulationsabteilung der Universität Leipzig, Erfahrungsbericht über die Arbeiten der Immatrikulationsabteilung vom 29. Januar 1949 (SächsHStA, LRS, MfV 1321, unpag.).

<sup>87</sup> Vgl. Fragebogen für Studenten zur Immatrikulation 1948/49 (SächsHStA, LRS, MfV 1321, unpag.).

<sup>88</sup> In der Bundesrepublik waren im Wintersemester 1951/52 13,6% der Studierenden an Universitäten Flüchtlinge und Vertriebene (12,5% an Technischen Hochschulen, 16,2% an Sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen). Vgl. STATISTISCHES TASCHENBUCH ÜBER DIE

---

### 4.3 Fallbeispiel: „Umsiedlerstudenten“ an der Universität Greifswald

Unter den Studierenden der ersten Nachkriegsjahre waren Frauen stark vertreten.<sup>89</sup> Dies galt auch für die Umsiedlerstudenten in Greifswald, wo 101 Frauen (53,2 Prozent) 89 Männern (46,8 Prozent) gegenüberstanden.<sup>90</sup> Das Durchschnittsalter der Untersuchungsgruppe betrug rund 24 Jahre (Geburtsjahrgang 1923), wobei der älteste Student schon 1906 geboren worden war. Die überwiegende Anzahl gehörte jedoch den Geburtsjahrgängen von 1919 bis 1928 an.

Als traditionsreiche Universität im Ostseeraum lag das Einzugsgebiet von Greifswald vor allem in Pommern, Westpreußen und Brandenburg.<sup>91</sup> Infolge der Grenzziehung nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte der überwiegende Teil der bisherigen Herkunftsorte der Studenten nicht mehr zum Deutschen Reich. Aus der Provinz Pommern lagen nur Kreise aus dem Regierungsbezirk Stettin in der Sowjetischen Besatzungszone; die restlichen Kreise sowie die Regierungsbezirke Grenzmark Po-

---

HEIMATVERTRIEBENEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND IN WEST-BERLIN, hrsg. v. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1953, S. 43

<sup>89</sup> 37,2 % aller Studierenden des ersten Nachkriegssemesters waren Frauen. Allerdings sank deren Anteil bis 1951 kontinuierlich ab und erreichte mit 23,4 % den niedrigsten Stand in der DDR-Geschichte. Vgl. Ilko-Sascha KOWALCZUK, *Geist im Dienste der Macht*. S. 298.

<sup>90</sup> Die folgenden Angaben basieren auf einer Auswertung einer Liste mit 190 Namen von „Umsiedlerstudenten“ im Sommersemester 1947, von studentischen Personalakten und dem Matrikelbuch der Universität Greifswald.

<sup>91</sup> Vgl. insgesamt Dirk ALVERMANN u. a. (Hrsg.), *Die Universität Greifswald in der Bildungslandschaft des Ostseeraums* (= *Nordische Geschichte*, Bd. 5), Berlin 2007.

sen-Westpreußen<sup>92</sup> (Verwaltungssitz Schneidemühl) sowie Köslin standen unter polnischer Verwaltung.<sup>93</sup> Im Sommer 1945 hielten sich in Mecklenburg-Vorpommern – 1947 wurde Vorpommern und damit auch die Erinnerung, dass es ein Hinterpommern gegeben hatte, aus politischen Gründen aus dem Namen des Landes gelöscht – etwa 800 000 Flüchtlinge und Vertriebene auf, 1946 waren es fast 1 Million Menschen.<sup>94</sup> Nicht nur in der DDR – sondern auch im Vergleich zu den Ländern der Bundesrepublik – verzeichnete Mecklenburg mit 40,7 Prozent den höchsten Bevölkerungsanteil an Flüchtlingen und Vertriebenen im Nachkriegsdeutschland.

Pommern, die ihre früheren Wohnorte hatten verlassen müssen, stellten denn auch die größte landsmannschaftliche Gruppe unter den „Umsiedlerstudenten“. Darunter befanden sich beson-

---

<sup>92</sup> Am 1. Oktober 1938 war die Provinz Pommern territorial um rund ein Viertel, bevölkerungsmäßig um knapp ein Sechstel vergrößert worden. So wurde der Hauptteil der nach dem Ersten Weltkrieg aus den bei Deutschland verbliebenen Teilen der Provinzen Posen und Westpreußen bestehenden Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen an Pommern angegliedert und der Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen mit Sitz in Schneidemühl eingerichtet. Vgl. Werner BUCHHOLZ (Hrsg.), *Deutsche Geschichte im Osten Europas: Pommern*, Berlin 2002, S. 510-511.

<sup>93</sup> Zur territorialen Neuordnung und Ansiedlung von Polen in der Region vgl. Vgl. Janusz ŚNIADECKI, *Die Aussiedlung der Deutschen aus Mittel- und Ostpommern in den Jahren 1945-1946 und die polnische Besiedlungspolitik in den ersten Nachkriegsjahren*, in: *DEUTSCHE STUDIEN* 32 (1995), S. 201-214; Włodzimierz BORODZIEJ / Hans LEMBERG (Hrsg.), „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“ *Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven. Wojewodschaft Posen, Wojewodschaft Stettin (Hinterpommern) (=Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas, Bd. 2)*, Marburg 2003.

<sup>94</sup> Vgl. Michael SCHWARTZ, *Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 61)*, München 2004, S. 55.

ders viele ehemalige Einwohner von Stettin (35), das als einzige Großstadt Pommerns Mittelpunkt des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Provinz gewesen war.<sup>95</sup> Auch Schneidemühl (8), Köslin, Stolp und Stargard (jeweils 5) waren stark vertreten.

---

<sup>95</sup> Hans-Werner RAUTENBERG, *Zeit der großen Hoffnungen und der Niederlage. Pommern im Dritten Reich (bis 1945)*, in: Jan M. PISKORSKI (Hrsg.), *Pommern im Wandel der Zeiten*, Szczecin 1999, S. 305-339, hier S. 322. Zur Situation in Stettin und der westlich der Oder gelegenen Gebiete im Sommer 1945 vgl. Jörg HACKMANN, *Pommern nach dem Zeiten Weltkrieg (bis 1995)*, in: Jan M. PISKORSKI (Hrsg.), *Pommern im Wandel der Zeiten*, Szczecin 1999, S. 305-339, hier S. 348.

## Herkunft der „Umsiedlerstudenten“ an der Universität Greifswald im Sommersemester 1947<sup>96</sup>

Preußische Provinzen bzw. Verwaltungsregionen des Deutschen Reiches und der im Zweiten Weltkrieg besetzten Gebiete	Anzahl
Pommern	91
Ostpreußen	19
Niederschlesien	19
Sudetenland	18
Danzig-Westpreußen	12
Oberschlesien	11
Mark Brandenburg	8
Wartheland	7
Böhmen und Mähren	3
Generalgouvernement	1
Ohne Angabe	1
<b>Gesamt</b>	<b>190</b>

Für manche Studenten aus Ostpreußen, Danzig-Westpreußen, Niederschlesien und dem Wartheland mag schon vor dem Zweiten Weltkrieg Greifswald als Studienort in die engere Auswahl gekommen sein. Ihre Gesamtzahl ist aber nur durch die kriegsbedingten Migrationsbewegungen zu erklären.

Dies gilt im besonderen Maße für Studenten, die ihren letzten Wohnsitz im Sudetenland und im Reichsprotectorat Böhmen und Mähren hatten. Erst Flucht und Vertreibung führten sie nach Mecklenburg, wie in den Studentenakten befindliche Lebensläufe bezeugen: „Nach dem Zusammenbruch kehrte ich in unsere

<sup>96</sup> Vgl. Liste der Umsiedlerstudenten der Universität Greifswald, erstellt vom Studentenrat der Universität Greifswald, vom 16. Mai 1947 (UAG, R 501, Bl. 120-124).

---

Heimat, nach Libachowau in der CSR zurück. Durch Staatsdekret wurde der Besitz der Deutschen im Gebiet der Tschechoslowakischen Republik konfisziert, unser Vermögen ging so verloren. Im August dieses Jahres wurden wir im Rahmen der Aussiedlung der Sudetendeutschen aus der CSR ausgewiesen. Mein Ziel ist nun, das begonnene Studium zu einem erfolgreichen Abschluss bringen zu können.“<sup>97</sup> Gerade die Ansiedlungspolitik von Flüchtlingen und Vertriebenen innerhalb der Sowjetischen Besatzungszone sorgte dafür, dass Sammeltransporte mit Sudetendeutschen zunehmend auch in den Norden geleitet wurden.<sup>98</sup>

Viele „Umsiedlerstudenten“ waren in den letzten Kriegsjahren beim Reichsarbeitsdienst eingesetzt bzw. zum Wehrdienst eingezogen gewesen. Den aus der Kriegsgefangenschaft Zurückkehrenden blieb der Weg in das Elternhaus verschlossen: „Eine Rückkehr in die Heimat war nicht mehr möglich, da Oberschlesien bereits wieder von den Polen besetzt worden war. Von Bekannten hatte ich erfahren, dass meine Eltern von den polnischen Behörden ausgewiesen worden waren und sich nun in Greifswald aufhalten sollten. Meine Reise dorthin bestätigte mir dies, und ich lebe nun wieder mit ihnen zusammen.“<sup>99</sup>

---

<sup>97</sup> UAG, Studentenakte 1230.

<sup>98</sup> Von Juli bis Oktober 1946 wurden 600 000 Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei ausgewiesen. Diese sollten im ganzen Gebiet der SBZ aufgenommen werden, wobei Mecklenburg-Vorpommern ein Kontingent von 150 000 Personen zugewiesen wurde. Vgl. Michael RUSCHE, Die Integration der Vertriebenen in Mecklenburg-Vorpommern unter besonderer Berücksichtigung der Wohnraumproblematik, in: Manfred WILLE (Hrsg.), 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR, Magdeburg 1997, S. 376-390, hier S. 378.

<sup>99</sup> UAG, Studentenakte 93. Ein Rostocker „Umsiedlerstudent“ berichtet davon, dass unter den ehemaligen Wehrmachtangehörigen ein enges Zusammengehörigkeitsgefühl geherrscht habe: „In Rostock überwog die



Nur wenige „Umsiedlerstudenten“, die noch kein Zeugnis der Hochschulreife erlangt hatten, wurden an der Universität Greifswald immatrikuliert.<sup>100</sup> Dies betraf besonders Studenten der Pädagogischen Fakultät, die einen Lehrgang für Lehrerbildung des Landes absolviert hatten bzw. eine Sonderprüfung vor der Prüfungskommission der Fakultät ablegten. Da die Lehrerausbildung unter den hochschulpolitischen Zielsetzungen der KPD/SED eine besondere Rolle einnahm, wurde an den neugegründeten Pädagogischen Fakultäten in weit stärkerem Maße als an anderen Fakultäten auf das Abitur als Zugangsvoraussetzung verzichtet.<sup>101</sup>

Für 51 Studenten bedeutete die Zulassung in Greifswald die Möglichkeit, ihre unterbrochene Hochschulausbildung fortzusetzen, die kriegsbedingt hatte unterbrochen werden müssen: „Am 15. Oktober 1943 begann ich mein Medizinstudium an der Universität Posen, das ich Dezember 1944 abbrechen musste. Am 20. Januar mussten wir flüchten, der Einmarsch begann. 15 Tage waren wir mit dem Planwagen unterwegs, dann wurde meine Mutter krank, und wir blieben in Zingst/Darß bei meiner Großmutter. Nachdem wir im Sommer 1945 in Zingst gewohnt

---

Zahl der Kriegsteilnehmer. Unter ihnen herrschte – soweit nicht offenkundige politische Gegensätze hervortraten – eine engere Verbundenheit, ohne dass jedoch Jüngere ausgegrenzt wurden.“: Herr V (\* 1927 in Stifelsberg/Pommern).

<sup>100</sup> Die Vorstudienchule in Greifswald nahm 1946 den Betrieb auf und wurde 1949 zur „Arbeiter- und Bauern-Fakultät“ umgewandelt. Vgl. Ingrid MIETHE / Enrico LIPPMANN, „So mochte es gehen, aber nur so, im Sturm“. Die Geschichte der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät (ABF) der Universität Greifswald, in: Dirk ALVERMANN / Karl-Heinz SPIEB (Hrsg.), Universität und Gesellschaft. Festschrift zur 550-Jahrfeier der Universität Greifswald. Band 2: Stadt, Region, Staat, Rostock 2006, S. 331-363.

<sup>101</sup> Vgl. insgesamt zu den Pädagogischen Fakultäten Ilko-Sascha KOWALCZUK, Geist im Dienste der Macht. S. 175-182.

hatten, erhielten wir durch die Bodenreform auf dem Gelände des Luftwaffenübungsplatzes eine Neusiedlerstelle. Im September 1945 zogen wir nach Sundische Wiese und begannen mit dem Aufbau. Es war alles sehr zerstört und seit 1937 nicht beackert.“<sup>102</sup> Neben ähnlichen Schilderungen, die auf die schwierige persönliche Lage in letzten Kriegsjahren und in der unmittelbaren Nachkriegszeit hinweisen, schwingt in vielen Lebensläufen, die die Studenten einreichten, aber auch die Hoffnung auf eine Normalisierung des Alltags und eine bessere Zukunft mit.

Bei der Wahl ihrer Studienfächer folgten die „Umsiedlerstudenten“ ähnlichen Mustern wie die anderen Greifswalder Studenten.<sup>103</sup> Die überwiegende Anzahl von ihnen entschied sich für ein Studium an der Medizinischen Fakultät (37,9 Prozent). Daneben erschien vor allem die Ausbildung zum Lehrer an der neugegründeten Pädagogischen Fakultät besonders attraktiv (22,6 Prozent). An der Philosophischen Fakultät waren 21,1 Prozent, an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät 11,1 Prozent der Studenten immatrikuliert. Nur wenige hatten sich für ein Studium an der Agrarwissenschaftlichen (4,7 Prozent) und der Theologischen Fakultät (2,1 Prozent) entschlossen. Allerdings glaubten Flüchtlinge und Vertriebene in stärkerem

---

<sup>102</sup> UAG, Studentenakte 1926

<sup>103</sup> Zusammensetzung der Studentenschaft der Universität Greifswald nach Fakultäten im Sommersemester 1947: Medizinische Fakultät 39,3 %, Philosophische Fakultät (darin Pädagogische Fakultät enthalten) 34,4 %, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät 16,1 %, Agrarwissenschaftliche Fakultät 7,6 %, Theologische Fakultät 2,6 %. Die Berechnungen basieren auf den Angaben von Carsten WOIGK, Die Studierenden der Universität zu Greifswald 1808-2006. Eine statistische Übersicht, in: Dirk ALVERMANN / Karl-Heinz SPIEB (Hrsg.), Universität und Gesellschaft. Festschrift zur 550-Jahrfeier der Universität Greifswald. Band 2: Stadt, Region, Staat, Rostock 2006, S. 561-583, hier S. 574.

Maße als die anderen Studenten, eine berufliche Perspektive als Lehrer zu finden.<sup>104</sup>

Der enorme Bedarf an Lehrkräften ermöglichte ihnen den Eintritt in einen (neuen) Beruf. So hatten 71,7 Prozent der Volksschullehrer auf dem Gebiet der späteren DDR der NSDAP angehört und wurden zum überwiegenden Teil aus dem Lehramt entfernt. Zudem änderte sich die Lehrer-Schüler-Relation durch die geburtenstarken Jahrgänge 1933-39 sowie durch den Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen, die – da ihre Heimatgebiete stärker agrarisch geprägt waren – kinderreicher waren.<sup>105</sup>

Dabei bestimmten drei Faktoren das Spannungsfeld von Entnazifizierung und Neuausbildung, in dem sich der Personalaustausch in der Sowjetischen Besatzungszone vollzog: Vollausbildete Altlehrer wurden nur zögerlich eingestellt, da sich die Einstellungsprämissen zugunsten politischer Kriterien verschoben. Die entnazifizierungsbedingte Entlassung bereits beschäftigter Altlehrer sorgte für eine große Nachfrage an „unbelasteten“ Lehrkräften. Dieser Bedarf sollte durch die Einstellung kurzausgebildeter Neulehrer – auch aus dem Kreis der Flüchtlinge und Vertriebenen – gedeckt werden.<sup>106</sup>

---

<sup>104</sup> Zusammenhänge mit der materiellen Situation der Studenten und der Dauer der universitären Ausbildung finden sich in lebensgeschichtlichen Äußerungen: „Der Tod meines Vaters im Jahre 1949 stellte mich vor die Frage – studieren, ja oder nein. Mutter hat mir ein Studium unter großen Entbehungen ermöglicht [...] Da die Lehrerausbildung zu den kürzesten Studien gehörte, entschied ich mich dafür.“ Herr N. (\* 1932 in Tiefenfurt, Kr. Bunzlau). Vgl. dazu auch Kapitel 5.2.

<sup>105</sup> Vgl. Lothar MERTENS, Der Austausch einer Funktionselite. Die sogenannten Neulehrer in der SBZ/DDR, in: Stefan HORNBOSTEL (Hrsg.), Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR, Opladen, 1999, S. 31-43, hier S. 32.

<sup>106</sup> Vgl. Saskia HANDRO, Geschichtsunterricht und historisch-politische Sozialisation in der SBZ und DDR (1945-1961). Eine Studie zur Region

---

Mit der Wahl des Lehrberufs beschränkten viele von ihnen „den kürzesten Weg zu einer festen Stellung“<sup>107</sup>, orientierten sich beruflich neu.<sup>108</sup> Eine Lehrerstelle bot Flüchtlingen und Vertriebenen eine finanzielle Absicherung, oft verbunden mit Wohnraum. Neulehrer konnten ihre Erwerbstätigkeit mit einer begleitenden Aus- und Weiterbildung verbinden, so dass die Möglichkeit bestand, trotz des Zwangs zum Geldverdienen in der Nachkriegszeit die Perspektive eines sozialen Aufstiegs offenzuhalten.<sup>109</sup>

Ein Eintrittshindernis in den Lehrberuf bildete zunächst eine frühere Mitgliedschaft in der NSDAP. Ab Ende der vierziger Jahre spielte dieses Kriterium keine Rolle mehr: Entscheidend wurde eine „positive“ Einstellung zur DDR und zu ihrer Staatspartei. Beispielsweise kann für Sachsen-Anhalt gezeigt werden, dass 1948 43 Prozent der Flüchtlingslehrer Mitglieder der SED waren, 12 Prozent gehörten der CDU, 12 der LDP an, während nur ein Drittel von ihnen parteilos waren.<sup>110</sup>

---

Sachsen-Anhalt (= Schriften zur Geschichtsdidaktik, Bd. 13), Weinheim 2002, S. 331.

<sup>107</sup> Peter-Heinz SERAPHIM, Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone (= Untersuchungen zum deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem), Berlin 1954, S. 111-112.

<sup>108</sup> Vgl. dazu auch die Aussage „Der Aufruf an die Bevölkerung, sich als Lehramtsanwärter zu bewerben, war täglich im Rundfunk und in den Zeitungen bekanntgegeben. Meine ältere Schwester und einige Bekannte bearbeiteten mich, doch diese Ausbildung zu einem neuen Beruf anzunehmen. Mein Beruf, ich war in Breslau bei der Firma Wertheim 13 Jahre als Möbelverkäuferin tätig gewesen, war nicht mehr gefragt.“ Frau J. (\* 1917 Breslau), in: Astrid von FRIESEN / Wendelin SZALAI (Hrsg.), Heimat verlieren, Heimat finden. Geschichten von Krieg, Flucht und Vertreibung, Dresden 2002, S. 89.

<sup>109</sup> Vgl. Saskia HANDRO, Geschichtsunterricht und historisch-politische Sozialisation in der SBZ und DDR (1945-1961), S. 331.

<sup>110</sup> Vgl. Saskia HANDRO, Geschichtsunterricht und historisch-politische Sozialisation in der SBZ und DDR (1945-1961), S. 338-339.

Obwohl das Sample der Greifswalder „Umsiedlerstudenten“ tiefgehende Auskünfte über diejenigen Personen, die infolge von Flucht und Vertreibung besonders von den Kriegsfolgen betroffen waren, geben kann, müssen auch Grenzen der Aussagefähigkeit eingeräumt werden. So geben die Studentenakten kaum Auskünfte über den weiteren Werdegang der Studenten. Nur schlaglichtartig erfährt man, warum manche „Umsiedlerstudenten“ kein Examen ablegten. So verstarb eine Kommilitonin 1948 an Tuberkulose – ein Beispiel dafür, dass die körperliche Verfassung vieler Deutscher noch immer prekär war.<sup>111</sup> Nur vereinzelt finden sich Vermerke über Abgänge, darunter vor allem Wechsel der Studienorte an andere Universitäten der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR. Einige Studenten setzten ihre Studien auch in Westdeutschland bzw. West-Berlin fort, ohne dass in den Akten etwas über politische Motive für diesen Entschluss zu finden ist<sup>112</sup>

Ein „Umsiedlerstudent“ wurde relegiert, wobei seine Einstellung – wie Ausführungen, die er anstatt einer schriftlichen Seminararbeit einreichte – nur schwer mit den Anforderungen des universitären Lehrbetriebs, aber auch mit dem politischen Alltag in der Sowjetischen Besatzungszone in Einklang zu bringen waren.<sup>113</sup>

---

<sup>111</sup> Vgl. UAG, Studentenakte 243.

<sup>112</sup> Vgl. z. B. UAG, Studentenakte 1542. Lebenszeugnisse eines ehemaligen Rostocker „Umsiedlerstudenten“ zeigen, dass der Weggang nach West-Berlin, um an der neugegründeten Freien Universität zu studieren, auch den Charakter einer politischen Flucht annehmen konnte. So war das Mitglied des Studentenrates 1948/49 auf Betreiben der SED aus seinem Amt entfernt und zum sowjetischen Hochschuloffizier einbestellt worden. Herr V (\* 1927 in Stifelsberg/Pommern).

<sup>113</sup> „Mich jedoch nur durch äußere Nötigung in einen wissenschaftlichen Arbeiter oder zurückgebliebenen Pennäler zu verwandeln, lehne ich ab. Schematisierte Fachbildung mag ein Gebot der Not sein – überzeugt bin ich nicht, trotz der drakonischen Forderungen des Landtagsvorsitzenden

---

Schließlich geriet auch einer der „Umsiedlerstudenten“ in das Visier der Geheimpolizei. Im März 1950 verhaftet, wurde er erst 1956 wieder entlassen.<sup>114</sup> Es gibt jedoch keine Anhaltspunkte, dass Flüchtlinge und Vertriebene aus dem Kreis der Studenten stärker in Konflikt mit der Politik der Sowjetischen Militäradministration und der SED geraten wären, als ihre Kommilitonen.<sup>115</sup> Die Mehrzahl der „Umsiedlerstudenten“, die sich in den ersten Nachkriegsjahren in Greifswald eingeschrieben hatten, konnten ihre Studien erfolgreich absolvieren und mit einem Examen abschließen.

---

Moltmann anlässlich seiner Ansprache vor den Vorstudenschülern unserer Universität – spirituelles Wachstum fördert sie nicht. Geist als Fabrikware ist undankbar – allenfalls Ungeist oder blinde Hörigkeit, was sich in verantwortungsreichen Situationen noch immer als identisch erwiesen hat. Ein Student mit meiner Auffassung mag in einer Zeit und in einem Raum, in denen die Ansicht vorherrscht, dass von der Höhe der Geschwindigkeit materieller und geistiger Produktion das Seelenheil der Menschheit abhängt, als „untragbar“ angesehen werden. Stille und Besinnlichkeit sind die Voraussetzung jeder wahren geistigen Produktivität und können nur in Freiheit und Vertrauen fruchtbar werden. Davon werden auch Fanatismus, Einsichtslosigkeit und mangelndes Verständnis einiger Politiker uns nicht wieder abbringen können.“. Vgl. UAG, Studentenakte 1846.

<sup>114</sup> Hartwig BERNITT (Hrsg.), Namen und Schicksale der von 1945 bis 1962 in der SBZ/DDR verhafteten und verschleppten Professoren und Studenten, Rostock 1994, S. 91.

<sup>115</sup> Unter 35 namentlich bekannten Studenten, die Ende der 1940er- bis Mitte der 1950er-Jahre verhaftet wurden, finden sich nur bei 5 Personen Geburtsorte östlich von Oder und Neiße. Vgl. Hartwig BERNITT (Hrsg.), Namen und Schicksale der von 1945 bis 1962 in der SBZ/DDR verhafteten und verschleppten Professoren und Studenten, S. 87-91.

#### 4.4 Stipendienpolitik im Kontext veränderter politischer Rahmenbedingungen

Unter den politischen Gegebenheiten der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR konnte eine „Umsiedlerpolitik“ allenfalls soziale Ansätze verfolgen. Dass „studierende Heimkehrer und Umsiedler“ mit besonders schwierigen materiellen Bedingungen zu kämpfen hatten, wurde zuweilen artikuliert. So forderte eine Resolution des Sonderausschusses für soziale Fragen beim Ersten Studentenkongress in der Sowjetischen Besatzungszone, sich für eine angemessene Zivilkleidung der betroffenen Studenten einzusetzen.<sup>116</sup> Auch Lebenszeugnisse von Studenten belegen, dass eine materielle Förderung der Studenten weiterhin nötig war: „Gesund war ich zu dieser Zeit, wenn auch durch die Hungerjahre vorher körperlich sehr zierlich, fast zu dünn und daher auch nicht kräftig genug, um ohne große Anstrengung ein Studium zu bewältigen. Die Ernährung war noch unzureichend, gleichermaßen die Beschaffung von notwendiger Garderobe.“<sup>117</sup>

Wie zuvor gezeigt werden konnte, resultierte aus ähnlichen Forderungen kein gesondertes Maßnahmenpaket für die „Umsiedlerstudenten“. Hierbei verwiesen die Landeshochschulverwaltungen – bis 1950 existierte in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR kein einheitliches Stipendienwesen – auf allgemeine Förderprogramme, von denen auch Umsiedler profitieren konnten. Allerdings war das Stipendienwesen für Hochschulstudenten durch klare Auswahlkriterien gekennzeichnet. Die soziale Herkunft und politische Betätigung privilegierte einen Teil der Studenten, wie andere dadurch diskriminiert wur-

---

<sup>116</sup> FORUM. Zeitschrift der demokratischen Studenten Deutschlands. Organ des Zentralrats der FDJ für die deutschen Studenten 1 (1947), S. 229.

<sup>117</sup> Frau S. (\* 1930 Breslau).

den. Die Stipendienvergabe wurde auch als politisches und soziales Druckmittel eingesetzt und bot die Möglichkeit, die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft zu verändern.<sup>118</sup>

Ende der vierziger Jahre erhielten rund ein Drittel aller Studenten in der Sowjetischen Besatzungszone ein Stipendium. Damit wurden – und dies unter den Bedingungen der Nachkriegszeit – vergleichsweise vielen Studenten materielle Lasten abgenommen. In der Weimarer Republik hatten nur etwa drei Prozent aller Studierenden ein staatliches Stipendium erhalten.<sup>119</sup>

Vor diesem Hintergrund einer relativ hohen Stipendiatenanzahl sind auch Polemiken zu verstehen, mit denen in der offiziellen Studentenzeitschrift der DDR<sup>120</sup> die Lebensbedingungen vertriebener Studenten in den Westzonen bedacht wurden. Ausbildungsbeihilfen, wie sie im Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände (Soforthilfegesetz) vom 8. August 1950 vorgesehen waren, wurden als bedeutungslos abgetan: „Wenige Anträge auf Ausbildungsbeihilfe können befriedigt werden. Unter diesen wird der Anteil der Studenten wiederum nur einen geringen Teil ausmachen [...] Im Endeffekt wird es so sein, dass der Student weiter Zeitungen verkaufen, Kinder hüten oder Trümmer beseitigen muss, wenn er sein Studium finanzieren will, während Kriegs- und Nachkriegsgewinnler Bürohäuser,

---

<sup>118</sup> „Zur SED gelangte ich auf höchst praktizistische Weise. Ein Lehrer an der Fachschule Rostock, der mich bald als Verwalter der Institutsbibliothek eingesetzt hatte und so engeren Kontakt zu mir fand, stellte die Frage, wie ich eigentlich ohne eigene Geldquelle das Studium bewältige. Wegen des zu großen elterlichen Hofes in den Sudeten bekam ich zunächst keinerlei Stipendium. Er empfahl mir, doch in die Partei einzutreten, worauf er sich für mich zu einem Stipendium bemühen würde.“ Herr T. (\* 1925, Postrum, Kr. Deutsch-Gabel).

<sup>119</sup> Vgl. Ilko-Sascha KOWALCZUK, *Geist im Dienste der Macht*, S. 274.

<sup>120</sup> Vgl. hierzu Ulrike SCHUSTER, *Wissen ist Macht*.



Luxusgeschäfte und Protzvillen bauen, um ihre Gelder der Erfassung zu entziehen.“<sup>121</sup>

Mit der Staatsgründung der DDR suchte die Berliner Hochschulverwaltung die bisher durch die Länder verantwortete Praxis der Stipendienvergabe zu vereinheitlichen. Am 19. Januar 1950 trat eine einheitliche Verordnung in Kraft.<sup>122</sup>

In diesem Zusammenhang wurde die bisherige Zulassungspolitik hervorgehoben, die entscheidend zu einer Veränderung des Anteils der Arbeiter- und Bauern-Studenten beigetragen habe. Allerdings wurde auch eine stärkere Beteiligung der Landarbeiter und Kleinbauern angemahnt. „Auch für die Umsiedler muss unter Umständen durch erhöhte Stipendienzuteilung bessere Möglichkeit geschaffen werden.“<sup>123</sup>

Nunmehr sollten auch Vertriebene zum privilegierten Personenkreis gehören, dem ein Grundstipendium in Höhe von 130 Mark monatlich gewährt werden sollte: „Arbeiter, werktätige Bauern, Angehörige der schaffenden Intelligenz, anerkannte Aktivisten nach den Richtlinien des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, anerkannte Opfer des Faschismus, Umsiedler und deren Kinder, sowie Kinder von Nationalpreisträgern, Helden der Arbeit, verdienten Aktivisten und Erfindern, verdienten Lehrern und Ärzten des Volkes wie auch Inhabern von Diplo-

---

<sup>121</sup> Hans Heinz Holz (Frankfurt): Lastenausgleich und Studium, in: FORUM. Zeitschrift der demokratischen Studenten Deutschlands. Organ des Zentralrats der FDJ für die deutschen Studenten 3 (1949), Bl. 402-403

<sup>122</sup> Vgl. Verordnung über die Regelung des Stipendienwesens an Hoch- und Fachschulen vom 19. Januar 1950, in: GESETZBLATT DER DDR 1950, S. 17.

<sup>123</sup> Kurze Notiz der DVV über Hochschulfragen für Referat Oelsner [1950] (BArchB, DR 2/1371, Bl. 18-20). Bisherige Entwürfe führten die Umsiedler nicht als gesonderte Gruppe auf. Vgl. 6. Entwurf der Stipendienrichtsätze für die Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone vom 16. September 1949 (BArchB, DR 2/1224, Bl. 77-79).

---

men nach dem Gesetz zur Förderung der Jugend, Sieger in Berufswettbewerben, Vollwaisen und Zöglinge staatlicher Kinderheime.“<sup>124</sup> Andere Stipendiaten sollten lediglich eine monatliche Unterstützung in Höhe von 30 Mark erhalten.

Flüchtlinge und Vertriebenen, die rund ein Viertel der Bevölkerung der DDR ausmachten, bildeten ein wichtiges Wählerpotential, das die SED bei der Volkskammerwahl am 15. Oktober 1950 zu gewinnen suchte. Das eindeutig im Hinblick auf die bevorstehende Wahl verabschiedete „Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik“ sollte die Haltung Vertriebener gegenüber der DDR positiv beeinflussen und eine entsprechende Wahlbeteiligung sichern.<sup>125</sup> Das „Umsiedlergesetz“ suggerierte den Vertriebenen, dass sich die SED weiterhin als Sachwalterin ihrer sozialen Belange verstand – dies allerdings im scharfen Kontrast zu einer Politik, die selbst den Begriff des „Umsiedlers“ aus dem öffentlichen Leben verdrängte. Als die SED mit Propagandamitteln darauf abzielte, auch Flüchtlinge und Vertriebene zur Einsicht zu bewegen, dass die Oder-Neisse-Grenze unveränderlicher Bestandteil der Nachkriegsordnung sei, ließ sie in der Öffentlichkeit gerne „Umsiedler“ zu Wort kommen, die für den Status-quo warben.<sup>126</sup>

---

<sup>124</sup> Entwurf der Verordnung über die Regelung der Stipendien für Schüler an Hoch- und Fachschulen des Ministeriums für Volksbildung der DDR vom 25.9.1950 (BArchB, DR 2/1224, Bl. 91-96).

<sup>125</sup> Vgl. Irina Schwab, Flüchtlinge und Vertriebene in Sachsen 1945-1952. Die Rolle der Kreis- und Stadtverwaltungen bei Aufnahme und Integration (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 927), Frankfurt-Berlin-Bern 2001, S. 250; Michael SCHWARTZ, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. S. 382-386.

<sup>126</sup> Es wurden auch „studentische Agitationsgruppen“ an den Hochschulen eingesetzt, denen Flüchtlinge und Vertriebene angehörten. Vgl. Agitationsgruppen an den Hochschulen, in: FORUM. Zeitschrift der demokrati-

Im Gesetzespaket waren „Ausbildungsbeihilfen für Umsiedlerkinder“ vorgesehen. Kinder, die durch Flucht und Vertreibung Ausbildungsjahre verloren hatten und dadurch gegenüber gleichaltrigen ortsansässigen Kindern benachteiligt waren, sollten eine besondere Förderung erfahren. Schüler aus den Reihen der Umsiedler, „die sich durch gutes Wissen auszeichnen“ sollten in ihrer weiteren Ausbildung in Berufsschulen und Hochschulen durch Stipendien gefördert werden.<sup>127</sup>

Im Hinblick auf die „Umsiedlerstudenten“ fallen die tatsächlichen Ergebnisse allerdings gegenüber dem Referentenentwurf, der noch drei Monate zuvor zur Debatte stand, deutlich ab: „Die zweite Durchführungsbestimmung zum Umsiedlergesetz vom 11.10.1950 sieht keine generelle Gleichstellung der Umsiedler den Arbeiter und Bauern und deren Kinder vor.“<sup>128</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt war beispielsweise die „Stipendienkommission der Universität Leipzig vom Amt für Jugendfragen beim Stellvertreter des Ministerpräsidenten der DDR ermächtigt worden, bei Neuimmatrikulationen fachlich und gesellschaftlich wertvolle Kräfte aus Umsiedlerkreisen von vornherein in die Gruppe I (monatliches Stipendium) einzustufen, auch wenn es sich nicht um Arbeiter- und Bauernkinder handelt.“<sup>129</sup> Solche Kann-Bestimmungen wurden – selbst unter der besonderen Situation des „Umsiedlergesetzes“ – letztlich nicht in generelle Bestimmungen überführt.

---

schen Studenten Deutschlands. Organ des Zentralrats der FDJ für die deutschen Studenten 4 (1950), Nr. 9, S. 7.

<sup>127</sup> Vgl. § 11 des Gesetzes über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik vom 8. September 1950, in: GESETZBLATT DER DDR 1950, S. 971-973.

<sup>128</sup> Wehrmann, MfV (Ministerium für Volksbildung), an Landeskommission für Staatliche Kontrolle, betr. Realisierung des Umsiedlergesetzes vom 20.12.1950 (SächsHStA, LRS, Mdl/2303, unpag.).

<sup>129</sup> Ebda.

---

In der Neuregelung des Stipendienwesens an Universitäten und Hochschulen vom 20. September 1951 wurden bestimmte Personenkreise aufgeführt, die bei vorbildlicher Studienleistung generell ein Stipendium erhalten sollten und damit „Arbeitern, Bauern, Angehörigen der Intelligenz oder deren Kindern“ gleichgestellt waren.<sup>130</sup> Umsiedler wurden hier nicht mehr erwähnt.

Im Rahmen allgemeiner Stipendien wurden sie jedoch im gleichen Maße wie ihre Kommilitonen, die auf dem Gebiet der späteren Sowjetischen Besatzungszone geboren worden waren, von sozialpolitischen Maßnahmen angesprochen – sofern nicht politische oder soziale Gründe entgegenstanden. Ein Stipendium bildete aus Sicht der überwiegenden Anzahl der Studenten in der DDR eine Selbstverständlichkeit, die nicht näher hervorgehoben werden musste. „Keine Vergünstigungen, keine besondere Unterstützung“<sup>131</sup>, ist eine typische Antwort auf die Frage, inwieweit das Studium durch Staat und Partei gefördert wurde, auch wenn die betreffende Person ein Stipendium erhalten hatte. 1951 kamen 88 Prozent der Studenten in der DDR in den Genuss eines Stipendiums. Dagegen konnte in der Bundesrepublik nur ein geringer Teil der Studenten von einer solchen Förderung profitieren. Allerdings wurden Flüchtlinge und Vertriebene aus anderen öffentlichen Quellen wie z. B. dem Soforthilfegesetz und dem späteren Lastenausgleich unterstützt, erhielten also im Gegensatz zu den „Umsiedlerstudenten“ der DDR eine Förderung

---

<sup>130</sup> Dazu zählten Kinder von verdienten Lehrern und verdienten Ärzten des Volkes und Kinder von Nationalpreisträgern. Vgl. Verordnung über die Regelung des Stipendienwesens an Universitäten und Hochschulen vom 20. September 1951, in: GESETZBLATT DER DDR 1951, S. 868.

<sup>131</sup> Frau S. (\* 1930 in Breslau).

in ihrer Eigenschaft als Vertreibungsoffer, die für die SED längst nicht mehr in Frage kam.<sup>132</sup>

## **5 Von der Schule bis zur Universität. Der Weg der „Umsiedlerkinder“ durch die Bildungseinrichtungen der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR**

Studenten der fünfziger Jahre unterschieden sich in ihren Lebenserfahrungen deutlich von der Generation der Nachkriegsstudenten. Während diese z. T. als Soldaten oder Flakhelfer den Zweiten Weltkrieg miterlebt haben, waren die ab 1930 geborenen in der Zeit des Dritten Reiches, aber auch in der Zeit von Flucht und Vertreibung noch Kinder und Jugendliche. So nahmen sie auch die „Umsiedlerpolitik“ in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR unter anderen – altersspezifischen – Vorzeichen wahr. Der Begriff „Umsiedlerstudenten“ war der Studentengeneration der fünfziger Jahre nicht mehr geläufig.<sup>133</sup> Für viele der Befragten war zu diesem Zeitpunkt schon die

---

<sup>132</sup> Im Wintersemester 1951/52 finanzierten 34,9% der Heimatvertriebenen an bundesdeutschen Universitäten ihren Lebensunterhalt durch Unterstützungen der Eltern. 31,7 % mussten vor, während oder zwischen den Semestern arbeiten, 22,7 % erhielten Stipendien, Ausbildungsbeihilfen und andere Zuschüsse. Vgl. STATISTISCHES TASCHENBUCH ÜBER DIE HEIMATVERTRIEBENEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND IN WEST-BERLIN, hrsg. v. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1953, S. 44 sowie Waldemar KRÖNIG, / Klaus-Dieter MÜLLER, Anpassung, Widerstand, Verfolgung, Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994, S. 88.

<sup>133</sup> Vgl. z. B. „Der Begriff ‚Umsiedlerstudent‘ begegnet mir hier zum ersten Mal; er wurde wohl von den Verfassern des Fragebogens lediglich als Kurzbezeichnung erfunden“. Herr S. (\* 1939 in Breslau).

„Normalität“ eingekehrt, nach der sich viele in der unmittelbaren Nachkriegszeit gesehnt hatten.<sup>134</sup>

Die Erinnerungsberichte zeigen aber, dass die Herkunft auch weiterhin eine Rolle für den Lebensweg in der DDR spielte. Dies gilt im besonderen Maße für die Schulzeit und den Raum der Familie. Auskunft darüber, wie sie es empfunden haben, als „Umsiedlerkind“ neben Einheimischen in der Schulbank zu sitzen, können und wollten fast alle Befragten geben. Auch für diesen Personenkreis gilt, dass spätestens zu Beginn der fünfziger Jahre das Schicksal, im Kindheitsalter geflohen oder vertrieben worden zu sein, nicht mehr öffentlich besprochen wurde. So gibt es – anders als für die Bundesrepublik<sup>135</sup> – keine soziologi-

---

<sup>134</sup> „Ich würde den Zustand als DDR-normal bezeichnen, denn ich kannte nichts anderes und kenne auch heute noch nichts anderes.“ Herr P. (\* 1938 in Pölitz b. Stettin).

<sup>135</sup> Publikationen und öffentliche Äußerungen über „Flüchtlingskinder“ in Westdeutschland müssen auch unter den politischen Bedingungen der Nachkriegszeit betrachtet werden. Das Schicksal dieses „unschuldigen“ Personenkreises konnte auch dazu instrumentalisiert werden, von den Verbrechen des Nationalsozialismus abzulenken. Soziologische Arbeiten dieser Zeit erfolgten z. T. unter spezifischen Vorgaben, die entweder eine Benachteiligung der „Flüchtlingskinder“ oder ihre gelungene Integration hervorheben sollten. Zu den bekanntesten Studien zählen die Untersuchungen Elisabeth PFEIL, *Flüchtlingskinder in neuer Heimat*, Stuttgart 1951 sowie Karl Valentin MÜLLER, *Heimatvertriebene Jugend*. Eine soziologische Studie zum Problem der Sozialtätigkeit des Nachwuchses der heimatvertriebenen Bevölkerung (= Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg, Beih. 2), Kitzingen 1953. Zu einer kritischen Würdigung dieser Arbeiten vgl. Volker ACKERMANN, *Deutsche Flüchtlingskinder nach 1945*, in: Dittmar DAHLMANN (Hrsg.), *Kinder und Jugendliche in Krieg und Revolution. Vom Dreißigjährigen Krieg bis zu den Kindersoldaten Afrikas* (= Krieg in der Geschichte, Bd. 4), Paderborn 2000, S. 145-167; Volker ACKERMANN, *Das Schweigen der Flüchtlingskinder. Psychische Folgen von Krieg, Flucht und Vertreibung bei den Deutschen nach 1945*, in: *GESCHICHTE UND GESELLSCHAFT* 30 (2004), S. 434-464. Ein Fallbeispiel zum Umgang mit Flüchtlingskindern in der Britischen Besatzungszone findet sich bei

schen Untersuchungen darüber, wie Kinder die Erfahrungen von Krieg, Flucht und Vertreibung verarbeiteten. Allein in der fiktionalen Literatur werden in der DDR Vertreibungserfahrungen thematisiert. Der dokumentarisch angelegte Roman „Wir Flüchtlingskinder“ von Ursula Höntsch-Harendt, der 1985 im Mitteldeutschen Verlag in Halle und Leipzig veröffentlicht wurde, geht dabei in besonderer Weise auch auf das Schicksal von Kindern ein.<sup>136</sup>

## 5.1 Schule

Nachwirkungen des Zweiten Weltkriegs konnten in den ersten Jahren deutlich in den Schulen beobachtet werden. Manche Kinder hatten über mehrere Jahre keinen regulären Schulunterricht erhalten; dies galt im besonderen Maße für diejenigen von ihnen, die von Flucht und Vertreibung betroffen waren. „Nach 2 Jahren Schulausfall bestanden große Lücken im Lehrstoff. Entsprechend waren in der Anfangszeit die Noten, somit war man

---

Ulrike JORDAN, Operation Stork. Kinder im Kontext britischer Flüchtlingspolitik, in: Sylvia SCHRAUT / Thomas GROSSER (Hrsg.), Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft (= Mannheimer historische Forschungen, Bd. 11), Mannheim 1996, S. 141-160.

<sup>136</sup> Vgl. Ursula HÖNTSCH-HARENDT, Wir Flüchtlingskinder, Halle-Leipzig 1985. Vgl. dazu Elke MEHNERT, Ursula Höntsch-Harendt. Wir Flüchtlingskinder, in: WEIMARER BEITRÄGE. Zeitschrift für Literaturwissenschaft, Ästhetik und Kulturwissenschaften 32 (1986), S. 2071-2079; Elke MEHNERT: Ursula Höntsch. Vom verlorenen Vaterland, in: Elke MEHNERT (Hrsg.), Brücke zum Nachbarn. Polen-Bilder in der deutschen Literatur. Zwickau 1992, S. 105-112; Elke MEHNERT, Vertriebene versus Umsiedler. Der ostdeutsche Blick auf die Nachkriegsgeschichte, in: Elke MEHNERT (Hrsg.), Landschaften der Erinnerung. Flucht und Vertreibung aus deutscher, polnischer und tschechischer Sicht, Frankfurt 2001, S. 133-157, hier S. 152-153.

der Dummste. Es wurde natürlich gehänselt, aber keiner fragte nach dem Warum.“<sup>137</sup> Dieser individuelle Befund ist zu verallgemeinern. Manche Kinder, die erst Ende der vierziger Jahre mit Sammeltransporten in die Sowjetischen Besatzungszone und der DDR kamen, hatten z. T. noch länger auf geregelten muttersprachlichen Unterricht verzichten müssen.<sup>138</sup>

Dementsprechend waren unter den „Umsiedlerkindern“ teils mangelhafte Leistungen im schulischen Bereich zu beobachten. Beispielsweise konnte etwa ein Drittel aller Umsiedlerkinder einer Grundschule in Frankfurt/Oder nicht dem Lerntempo ihrer Klassen folgen.<sup>139</sup> Aber auch hinsichtlich der materiellen Situation der Familie, Erziehungsbeihilfen, Schulgeldfreiheit, der Vermittlung von Schulbüchern, Schuhbezugsscheinen oder einer

---

<sup>137</sup> Herr U. (\* 1934 in Breslau). Ein Beispiel aus dem sachsen-anhaltinischen Kreis Oschersleben zeigt, dass bei 95 Prozent der Flüchtlings- und Vertriebenenkinder der letzte Schulbesuch zwei oder drei Jahre zurück lag. Vgl. Saskia HANDRO, *Geschichtsunterricht und historisch-politische Sozialisation in der SBZ und DDR (1945-1961)*, S. 344.

<sup>138</sup> Geschichtswissenschaftliche Studien liegen nur für Kindertransporte in die SBZ in den vierziger Jahren vor. Vgl. Martina PIETSCH, *Kinderlager in Sachsen. Eine Durchgangsstation auf dem Lebensweg anhangloser Kinder und Jugendlicher aus Königsberg 1947/48*, in: Manfred WILLE (Hrsg.), *50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR*, Magdeburg 1997, S. 312-322; Steffi KALTENBORN, *Die Aufnahme elternloser ostpreußischer Kinder im Jahr 1947 in Thüringen*, in: Manfred WILLE (Hrsg.), *50 Jahre Flucht und Vertreibung*, S. 323-335.

<sup>139</sup> Vgl. Bericht der 8. Grundschule der Stadt Frankfurt/Oder an das Kreis schulamt betreffs Förderung der Umsiedlerkinder vom 30. September 1950, in: Manfred WILLE (Hrsg.), *Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Bd. 3: Parteien, Organisationen, Institutionen und die „Umsiedler“ 1945-1953 (= Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, Bd. 19,3)*, Wiesbaden 2003, S. 420-421.



Schulspeisung mussten Maßnahmen getroffen werden, um die Situation der „Umsiedlerkinder“ vor Ort zu verbessern.<sup>140</sup>

Den Schulbehörden stellte sich vor allem die Frage, in welche Klassen Flüchtlinge und Vertriebene ihrem Kenntnisstand gemäß eingeschult werden sollten. Zwar erkannten die Schulverwaltungen dieses Problem und auch die möglicherweise dadurch entstehenden Nachwirkungen. Förderklassen sollten Jugendliche, die in ihren schulischen Leistungen zurückblieben, unterstützen.<sup>141</sup> Von einer systematischen Förderpolitik – gerade hinsichtlich der Umsiedlerkinder – war man jedoch auch vier Jahre nach dem Kriegsende noch weit entfernt.<sup>142</sup>

---

<sup>140</sup> Vgl. Berichte von Schulen der Stadt Cottbus an das Städtische Schulamt betreffs der Förderung von Umsiedlerkindern vom Juli 1950, in: Manfred WILLE (Hrsg.), Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Bd. 3: Parteien, Organisationen, Institutionen und die „Umsiedler“ 1945-1953, S. 420-421.

<sup>141</sup> „Ich bin in Erfurt zur Schule gegangen. 1947/48 in eine Förderklasse, in der Umsiedlerkinder verlorenen Unterricht aufholen konnten und nach der sie eine oder zwei Klassen höher eingestuft wurden. Abitur 1956; Studium der evangelischen Theologie 1956 bis 1963; Ordination; zum Pastor 1971“ Herr L. (\* 1937 in Schadewalde bei Marklissa, Kr. Lauenburg). Für Westdeutschland liegt eine ausführliche Skizze über die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen im Schulwesen der schleswig-holsteinischen Stadt Neumünster vor. Vgl. Carsten OBST, Zur Flüchtlings- und Vertriebenenproblematik in der schleswig-holsteinischen Stadt Neumünster. Ihre Auswirkungen auf das städtische Schulwesen 1945 bis 1954, in: JAHRBUCH FÜR DEUTSCHE UND OSTEUROPAISCHE VOLKSKUNDE 38 (1995), S. 103-132.

<sup>142</sup> Vgl. Protokoll einer Sitzung des Ausschusses für Volksbildung im Landtag des Landes Sachsen über die Aussprache zum Antrag der Fraktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands betreffs der Einrichtung von Fortbildungslehrgängen für jugendliche Umsiedler, die infolge der Kriegsfolgen nur eine unvollständige Grundschulausbildung erhalten haben (Auszüge) vom 24. Februar 1950, in: Manfred WILLE (Hrsg.), Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Bd. 3: Parteien, Organisationen, Institutionen und die „Umsiedler“ 1945-1953, S. 420-421.

---

Einer abgeschlossenen Grundschulbildung wurde die höchste Priorität eingeräumt. Erst danach sollten die „Umsiedlerkinder“ in Lehr- und Ausbildungsverhältnisse überführt werden. Als Begründung führte das Ministerium für Volksbildung an, dass nur dadurch „der Wirtschaft der DDR ein qualifizierter Facharbeiternachwuchs garantiert wird und außerdem die ohne Schuld benachteiligten Umsiedlerkinder keine besondere Härte in der Berufsausbildung erleiden.“<sup>143</sup>

Viele der Befragten bewerten ihre Schulzeit im Rückblick positiv. Dabei wird vor allem hervorgehoben, dass es gelang, den versäumten Stoff nachzuholen und somit die Grundlage für die spätere berufliche Tätigkeit zu legen:

„Da wir im Nov. 1946 in Sachsen ankamen, wurde ich als 8,5jährige in Tanneberg, Kr. Meißen, in die 2-klassige(!) Grundschule eingeschult. Zum Zeitpunkt meiner gesetzlich fälligen Einschulung (Ostern 1944) waren Schulen und größere Räume wie Gaststätten belegt mit jungen Menschen des „Unternehmens Berthold“, die Lauf- und Panzergräben schachten mussten. Danach gingen wir einen Monat zur Schule und der Lehrer wurde eingezogen. So kam ich also im Nov. 1946 offiziell in die Schule. Einer Lehrerin verdanken wir Umsiedlerkinder, dass wir das für unser Alter Versäumte nach- oder aufholen konnten. Sie gab uns Nachhilfeunterricht. So konnte ich 1952 (nach 6 Jahren Grundschule) bis 1956 die Oberschule in Nossen, Kr. Meißen besuchen (Abitur im Mai 56.). Danach begann ich im Sept. 56 das Medizinstudium an der Friedrich-Schiller Universität in Je-

---

<sup>143</sup> Ministerium für Volksbildung der DDR, Hauptabteilung Unterricht und Erziehung, an das Ministerium des Innern der DDR, Abteilung Bevölkerungspolitik, betr. Betreuung der durch außergewöhnliche Unterrichtsverluste zurückgebliebenen Kinder und Jugendlichen, insbesondere der Umsiedlerkinder, durch pädagogische Sondermaßnahmen vom 22. März 1950 (SächsHStA, LRS, Mdl/2260, unpag).

na. Im Juli 1962 beendete ich das Studium mit dem medizinischen Staatsexamen, war also mit 24 Jahren Ärztin.“<sup>144</sup>

Die landesweit unterschiedlich gehandhabte Förderung für Schulkinder wurde 1950 im „Umsiedlergesetz“<sup>145</sup> bekräftigt. Eltern von Kindern, die das schulpflichtige Alter überschritten hatten, ohne einen Abschluss zu erlangen, sollten bei materieller Bedürftigkeit eine monatliche Erziehungsbeihilfe in Höhe von 25 Mark erhalten.<sup>146</sup> Die mit der Gesetzgebung befasste Abteilung Bevölkerungspolitik im Innenministerium der DDR ging dabei davon aus, dass noch etwa 30 000 Umsiedlerkinder auf eine Förderung angewiesen waren.<sup>147</sup>

Die Umsetzung der pädagogischen Sofortmaßnahmen differierte von Land zu Land, von Ort zu Ort. Ein besonderes Augenmerk wurde auf Schulabgänger aus dem Kreis der „Umsiedlerkinder“ gelegt, die noch nicht den nötigen Wissensstand erreicht hatten. Förderklassen sowie gegebenenfalls ein zusätzliches 9. oder 10. Schuljahr sollten hierbei Abhilfe schaffen. Zudem war es vorgesehen, dass Kinder, die das 9. Lebensjahr überschritten hatten, aber wegen mangelhafter Kenntnisse der deutschen Sprache als Schulanfänger einzustufen waren, beson-

---

<sup>144</sup> Frau P. (\* 1938 in Breslau).

<sup>145</sup> Vgl. Michael SCHWARTZ, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, S. 628.

<sup>146</sup> Vgl. § 9 des Gesetzes über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik vom 8. September 1950, in: GESETZBLATT DER DDR 1950, S. 971-973.

<sup>147</sup> Vgl. Vermerk über eine im Ministerium des Innern, Abteilung Bevölkerungspolitik, am 13. September 1950 durchgeführte Besprechung betreffs der zu erstellenden Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler vom 8. September 1950, in: Manfred WILLE (Hrsg.), Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Bd. 3: Parteien, Organisationen, Institutionen und die „Umsiedler“ 1945-1953, S. 426-427.

ders geschult wurden. Dieses Angebot richtete sich vor allem an Umsiedlerkinder, die Ende der vierziger bzw. Anfang der fünfziger Jahre in der DDR eintrafen.<sup>148</sup> Sie hatten ihre Muttersprache an ihren Wohnorten, die nun in Polen, der Tschechoslowakei oder Ungarn lagen, nur unzureichend entwickeln können, da das Deutsche im öffentlichen Sprachgebrauch zurückgedrängt worden war. Diese Sprachbarriere erzeugte bei den Betroffenen ein tiefes Fremdheitsgefühl, das durch verschiedene bedrückende Erlebnisse – zum Synonym für solche Erfahrungen wurde der Begriff „Zigeunerkinder“ – verstärkt wurde: „Ich war ‚sprachlos‘ und vielleicht gerade deshalb ‚heimatlos‘.“<sup>149</sup>

In Sachsen meldeten die zuständigen Behörden am Jahresbeginn 1952, dass derzeit 36 Förderklassen – davon allein 19 in der Stadt Leipzig – beständen. Lehrer oder Lernaktive aus dem Schülerkreis erteilten Nachhilfeunterricht.<sup>150</sup> Insgesamt verbreiteten die angeforderten Berichte vor allem Erfolgsmeldungen. „Bei normaler Begabung der Umsiedlerkinder war es in der Regel möglich, Schüler mit 2 und 3 Jahren Leistungsrückstand in 1 bis 1 ½ Jahren, Schüler mit 4-5 Jahren Rückstand in 2-2 ½ Jah-

---

<sup>148</sup> Vgl. Bericht über die Durchführung pädagogischer Sondermaßnahmen für Kinder und Jugendliche, die durch Unterbrechung des Schulbesuchs im Leistungsstand zurückgeblieben sind, von 1950 (SächsHStA, LRS, MdI/2303, unpag).

<sup>149</sup> Herr S. (\* 1939 in Ganna/Ungarn), in: Astrid von FRIESEN / Wendelin SZALAI (Hrsg.), Heimat verlieren, Heimat finden. Geschichten von Krieg, Flucht und Vertreibung, Dresden 2002, S. 44. Vgl. auch die Äußerung „Die Thüringer Kinder waren erstaunt, dass die Umsiedler auch Deutsch sprachen.“ Frau K. (\* 1936 in Schluckenau). Dieses Phänomen ging auch in den Roman „Landnahme“ des 1944 in Schlesien geborenen Schriftstellers Christoph Hein ein. Vgl. Christoph HEIN, Landnahme. Roman, Frankfurt 2004, S. 16.

<sup>150</sup> Vgl. Irina Schwab, Flüchtlinge und Vertriebene in Sachsen 1945-1952. Die Rolle der Kreis- und Stadtverwaltungen bei Aufnahme und Integration (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 927), Frankfurt-Berlin-Bern 2001, S. 268-269

ren zur normalen Altersleistung zu bringen.“<sup>151</sup> Sowohl Stil als auch Auswahlkriterien der Fragen, mit denen bei untergeordneten Behörden Auskünfte über die Umsetzung des „Umsiedlergesetzes“ eingeholt wurden<sup>152</sup>, zeugten davon, dass resümierend die positiven Auswirkungen in den Vordergrund gestellt werden sollten.

Die Erfahrungen, die „Umsiedlerkinder“ in ihrer Schulzeit machten, differierten von Ort zu Ort, aber auch von Schule zu Schule. Insgesamt werden jedoch die ländlichen Grundschulen, wo eine relativ homogene Altbevölkerung dominierte, kritischer beurteilt als Oberschulen, die in den nächst größeren Städten aufgesucht wurden: „Ich habe in der achtklassigen Grundschule in Großfurra stets das Gefühl gehabt, nicht wirklich dazu zu gehören. Gelegentlich erhielt ich ein gut belegtes Frühstücksbrot von einem einheimischen Schulkameraden in Austausch gegen

---

<sup>151</sup> Vgl. Bericht über die Durchführung pädagogischer Sondermaßnahmen für Kinder und Jugendliche, die durch Unterbrechung des Schulbesuchs im Leistungsstand zurückgeblieben sind, von 1950 (SächsHStA, LRS, MdI/2303, unpag).

<sup>152</sup> „Um uns eine Übersicht über die Förderung von Umsiedlerkindern verschaffen zu können, benötigen wir von einem Kreis ihres Landes folgende Angaben bis 21.1.1952, a) Nach welcher Zeit konnten durchschnittlich die in den Elementarlehrgängen erfassten Kinder den übrigen Klassen eingegliedert werden? b) Wie konnten die Kinder nach Besuch der Elementarklassen in die Normalklassen eingestuft werden? (ihrem Alter entsprechend oder in niedrigeren Klassen). Nach Möglichkeit Prozentpunkte nennen. c) Wieviel Prozent der in Förderklassen zusammengefassten Kinder konnten spätestens nach Anlauf eines Jahres in die ihrem Alter entsprechende Klasse eingestuft werden? d) Wieviel Prozent der in besonderen Abschlussklassen erfassten Kinder konnten die Abschlussprüfung bestehen?“ Schreiben des Ministeriums für Volksbildung der DDR an das Ministerium für Volksbildung der Landesregierung Brandenburg betr. Förderung von Umsiedlerkindern vom 4. Dezember 1951, Manfred WILLE (Hrsg.), Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Bd. 3: Parteien, Organisationen, Institutionen und die „Umsiedler“ 1945-1953, S. 453.

die Hausaufgaben, die er von mir abschrieb“, äußerte ein gebürtiger Breslauer. Die vierjährige Oberschulzeit in Sonderhausen blieb dem aus der Großstadt Stammenden dagegen in besserer Erinnerung. „Dort zählten schulische Leistungen etwas, und meine waren gut.“<sup>153</sup> Auf jeden Fall bildeten die Schule eine wichtige – und zum Teil erste<sup>154</sup> – Integrationsinstanz: Die Aussage „Man ist in der Allgemeinheit zusammengeschweißt worden“<sup>155</sup> gilt vor allem für „Umsiedlerkinder“ und deren Schulbesuch. Die Generation der Eltern und Großeltern machte andere Erfahrungen.

Auch scheinen sich bei vielen Schülern in diesen Jahren bestimmte Strategien herausgebildet zu haben, mit denen das Vertriebenenschicksal gemeistert werden sollte. Dazu zählte eine gewisse Anpassung an gegebene Verhältnisse, die als möglicher Weg der Eingliederung beschritten wurde; zudem die Bereitschaft, durch besondere Leistungen den eigenen Wert gegenüber der fremden Umwelt hervorzuheben.<sup>156</sup> Die Schule bot die Möglichkeit, Versäumtes nachzuholen, aber auch manche Schwächen hinter unbestreitbaren Leistungen hinten antreten zu lassen.

---

<sup>153</sup> Herr S. (\* 1939 in Breslau).

<sup>154</sup> „Die Eingliederung in den Schulbetrieb zwang einfach dazu sich auch schnell mit einheimischen Mitschülern zu identifizieren. Trotzdem waren die meisten Kontakte in der ersten Zeit zu denen, die als Leidensleute bekannt waren, enger. Die Eingliederung in den Arbeitsprozess und das Kennenlernen meiner Frau und damit schließlich die Gründung der eigenen Familie löste dieses Problem dann jedoch immer weiter zu Gunsten der Einheimischen.“ Herr H. (\* 1933 in Aslau, Kr. Bunzlau).

<sup>155</sup> Frau G. (\* 1918 in Gimmel, Kr. Oels).

<sup>156</sup> „Als ich merkte, dass es ein Makel war, ein Umsiedlerkind zu sein, die für arm und dümmer gehalten wurden, richtete ich mich mehr und mehr nach den guten Schülern und auch nach den einheimischen Kindern aus. Ich war lebhaft und kameradschaftlich und hatte keine Probleme in der Schule.“ Brigitta Tottewitz (\* 1938 in Cosel), in: Astrid von FRIESEN / Wendelin SZALAI (Hrsg.), Heimat verlieren, Heimat finden. Geschichten von Krieg, Flucht und Vertreibung, S. 298. Vgl. dazu auch Kapitel 6.2.

So bemerkt ein gebürtiger Sudetendeutscher, dass er auch außerhalb der Schule viel gelesen habe: „Daraus ergab sich eine breitgefächerte Allgemeinbildung und ich merkte, dass ich damit meine körperliche Schwächigkeit gegenüber anderen kompensieren konnte.“<sup>157</sup> Das Gefühl, den Alteingesessenen etwas „beweisen“ zu müssen, korespondierte vielfach mit Stolz, etwas trotz widriger Umstände erreicht zu haben.<sup>158</sup>

„Mich selbst macht das Gefühl des Ausgegrenztseins trotzig und ehrgeizig. Ich will es den Einheimischen schon zeigen. So lerne ich mit großem Fleiß die deutsche Hochsprache und werde ein streberischer Schüler. Werden wir „Umsiedlerkinder“ anfangs nur aus Mitleid versetzt, kann ich bald mit den Einheimischen mithalten. Und danach bin ich unterwegs zum Klassenbesten. So ist es für mich eine tiefe Genugtuung, als am Ende der 8. Klasse zwei „Umsiedlerkinder“ und keine Einheimischen zur Oberschule gehen dürfen, um dort das Abitur zu machen. Ich bin eines davon. Neben sehr guten schulischen Leistungen spielt sicher auch eine Rolle, dass ich als Arbeiter- und Bauern-Kind besonderes förderungswürdig bin.“<sup>159</sup>

Neben den Eltern waren für viele Flüchtlingskinder Lehrer prägend, die sich teilweise engagiert bemühten, dass diese Anschluss fanden, in materieller wie auch in schulischer Hin-

---

<sup>157</sup> Herr T. (\* 1939 in Troppau)

<sup>158</sup> „Als „Flüchtling“ war man nicht gut angesehen und galt fast als minderwertig. Trotzdem habe ich das Abitur mit der Note „gut“ abgeschlossen, obwohl ich zwei Unterrichtsjahre Latein allein nachholen musste.“ „Schulbesuch an der Oberschule Döbeln erst wieder ab März 1946, d. h. über 1 Jahr lang keine Schule. Aber trotzdem in das meinem Alter entsprechende Schuljahr, d. h. ich habe kein Schuljahr zeitmäßig verloren.“ Frau S. (\* 1930 in Breslau).

<sup>159</sup> Herr S. (\* 1939 Ganna/Ungarn), in: Astrid von FRIESEN / Wendelin SZALAI (Hrsg.), Heimat verlieren, Heimat finden. Geschichten von Krieg, Flucht und Vertreibung, S. 45.

sicht.<sup>160</sup> Gerade in den ersten Nachkriegsjahren war den Lehrkräften sehr wohl bekannt, wer von den Schülern ein „Umsiedler“ war, ohne dass dies besondere Auswirkungen gehabt hätte.<sup>161</sup>

Viele Lehrer hatten selbst Flucht und Vertreibung erfahren. Eine Regionalstudie für Sachsen-Anhalt zeigt, dass zu Beginn des Schuljahres 1948/49 4 400 Lehrer an Grundschulen und 414 Lehrer an Oberschulen und damit ein Drittel aller Lehrkräfte Flüchtlinge und Vertriebene waren.<sup>162</sup> Ähnliche Verhältnisse herrschten auch in anderen Ländern der Sowjetischen Besatzungszone.<sup>163</sup> Dieses Phänomen hatte durchaus eine Langzeit-

---

<sup>160</sup> „So half uns unsere Lehrerin, die selbst Kinder hatte, mit Lehrmitteln (Stifte und Hefte) und Nachhilfeunterricht. Sie war es auch, die mich veranlasste, die Oberschule zu besuchen – was mein ganzes Leben entscheidend prägte.“ Frau P. (\* 1938 in Breslau); „So gingen wir auf Empfehlung eines Lehrers weiter zur Schule. Ziel Studium und wir sollten es doch mal besser haben. So meine Eltern.“ Herr P. (\* 1938 Pölitz b. Stettin).

<sup>161</sup> „Akzeptiert, aber auch genannt: In meinem Abschlusszeugnis der Grundschule findet sich der Satz. „H. ist Umsiedlerkind und konnte zwei Jahre keine Schule besuchen.“ Bei der Bewerbung um meine Lehrstelle brachte das keinen Nachteil, im Gegenteil, der Meister hatte entweder Mitleid, oder er wusste, dass die Schlesier gute, fleißige Arbeitskräfte waren. Ich habe ihn nicht enttäuscht.“ Herr H. (\* 1933 in Aslau, Kr. Bunzlau). Eine Tiefenanalyse des Schulalltags unter besonderer Berücksichtigung von Flüchtlingskindern und Flüchtlingslehrern ist noch immer ein Forschungsdesiderat. Vgl. Tobias HERRMANN, Flüchtlinge und Einheimische in der Schule. Die Integration von „Fremden“ in der Sandkrug-Schule in Eckernförde, hier S. 23.

<sup>162</sup> Vgl. Saskia HANDRO, Geschichtsunterricht und historisch-politische Sozialisation in der SBZ und DDR (1945-1961). Eine Studie zur Region Sachsen-Anhalt, S. 329-330.

<sup>163</sup> Vgl. Peter-Heinz SERAPHIM, Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone (= Untersuchungen zum deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem), Berlin 1954, S. 111-112. 1950 waren in Schleswig-Holstein 49 % aller Lehrerstellen (Niedersachsen 39 %, Bayern 27 %) mit Flüchtlingen und Vertriebenen besetzt. Vgl. Tobias HERRMANN, Flüchtlinge und Einheimische in der Schule. Die Integration von „Fremden“ in der Sand-



wirkung, denn noch 1961 waren beispielsweise ein Viertel der sachsen-anhaltinischen Oberschullehrer ehemalige „Umsiedler“.<sup>164</sup>

Exemplarisch wurde zudem gezeigt, dass in Landkreisen, die besonders stark mit der Aufnahme konfrontiert waren, Flüchtlinge und Vertriebene sogar dominieren konnten, wie das Beispiel der Oberschule Genthin belegt, wo 11 von 18 Unterrichtenden Flüchtlingslehrer waren.<sup>165</sup> Generell hatten die Flüchtlingslehrer mit Anpassungsschwierigkeiten zu kämpfen, vor allem wenn ihr Beruf sie in gewachsene Dorfgemeinschaften führte.<sup>166</sup> Auf den weniger attraktiven Lehrerstellen – auf dem Lande und in Kleinstädten – waren besonders viele Flüchtlinge und Vertriebene tätig. Dagegen waren sie in größeren Städten und Oberschulen sowie in leitenden Stellungen (Direktoren, Schulräte, Leiter Lehrgewerkschaften, Referenten in Aufsichtsbehörden, Kultusministerien) weniger vertreten.<sup>167</sup>

---

krug-Schule in Eckernförde, S. 35. Eine umfangreiche Studie zur Aufnahme der Flüchtlingslehrer in Bayern wurde jüngst vorgelegt. Vgl. Markus MÖBLANG, Flüchtlingslehrer und Flüchtlingshochschullehrer. Eine Studie zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im bayerischen Bildungswesen 1945-1961 (= Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge, Bd. 8), München 2002.

<sup>164</sup> Vgl. Saskia HANDRO, Geschichtsunterricht und historisch-politische Sozialisation in der SBZ und DDR (1945-1961), S. 330.

<sup>165</sup> Vgl. ebda.

<sup>166</sup> „Bedrückend war für mich, welch schweren Stand Flüchtlingslehrerinnen in diesen Schulklassen hatten. Sie besaßen in der Dorfgemeinschaft kein soziales Ansehen und das spiegelte sich in respektlosem Verhalten der einheimischen Kinder wider.“ Herr S. (\* 1939 in Breslau).

<sup>167</sup> Vgl. Peter-Heinz SERAPHIM, Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone, S. 111-112. Auch in der Bundesrepublik konnten Flüchtlinge und Vertriebene nicht reibungslos schulische Leitungsfunktionen einnehmen, wie ein Fallbeispiel aus Schleswig-Holstein zeigt, wo bei der Besetzung einer Schulleiterstelle ohne Rücksicht auf die pädagogische Eignung gezielt ein einheimischer Lehrer ausgewählt wurde. Vgl. Tobias

Viele Befragte können sich daran erinnern, dass Flüchtlingslehrer Verständnis für die schwierige eigene Situation aufbrachten, allerdings ohne dass dies größere Auswirkungen auf den Unterrichtsalltag gehabt hätte: „An meiner Schule und an den bekannten Nachbarschulen gab es eine ganze Reihe von vertriebenen Lehrern. Hatte man sich kennengelernt, so wurde privat über unsere Heimat und unser Schicksal gesprochen und es entstand mindestens eine Gemeinsamkeit, wenn nicht Freundschaft. Im Lehrerkollegium oder im Unterricht war das Thema Flucht und Vertreibung von untergeordneter Bedeutung.“<sup>168</sup> Bis auf einige punktuelle Ereignisse traten auch die Flüchtlingslehrer in dieser Hinsicht nicht hervor.<sup>169</sup> Dieser Befund scheint für ein Gesamtbild eher zuzutreffen als einzelne Beschreibungen, in denen Flüchtlingslehrer ihr offenes Eintreten für die heimatvertriebenen Kinder hervorheben.<sup>170</sup>

Auch hinsichtlich einer Frage, die Flüchtlinge und Vertriebene besonders beschäftigte, äußerten sich die Lehrer – unabhän-

---

HERRMANN, Flüchtlinge und Einheimische in der Schule. Die Integration von „Fremden“ in der Sandkrug-Schule in Eckernförde, S. 29.

<sup>168</sup> Herr N. (\* 1932 in Tiefenfurt, Kr. Bunzlau).

<sup>169</sup> „Ich spreche keinen Thüringer Dialekt. Das ist oft meinen Schülern aufgefallen und sie fragten nach meiner Herkunft. Ich habe diese Fragen stets beantwortet und manchmal auch die Herkunft ihrer Eltern erfahren. Das führte manchmal zu herzlichen Begegnungen mit diesen Eltern. Nachteile hatte ich dadurch nicht.“. Herr M (\* 1931 in Breslau).

<sup>170</sup> „Nun stand Weihnachten vor der Tür. Ich bat die Dorfkinder, für die Flüchtlingskinder, die ihr liebstes Spielzeug nicht retten konnten, zu Weihnachten etwas von ihrem Spielzeug zu spenden, und hatte Erfolg. Die Bauernkinder sprachen mit ihren Eltern, etwas Mehl und andere Zutaten für kleine Stollen zur Verfügung zu stellen. So konnten wir eine schöne Weihnachtsfeier mit Liedern, Gedichten und Geschichten vorbereiten. Auf jedem Platz lag ein Ministollen, den die Kinder glücklich mit nach Hause nahmen.“. Frau J. (\* 1917 in Breslau), in: Astrid von FRIESEN / Wendelin SZALAI (Hrsg.), Heimat verlieren, Heimat finden, S. 90.

gig von ihrer Herkunft – kaum bzw. im Sinne der vorherrschenden Politik: Die „Oder-Neiße-Friedensgrenze“ wurde als unverrückbarer Bestandteil einer Nachkriegsordnung präsentiert, die ihre Ursachen in dem von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg habe.<sup>171</sup> „Anfänglicher Widerspruch seitens der (vertriebenen) Schüler wurde mit der Alternativentscheidung Krieg oder Frieden rasch neutralisiert.“<sup>172</sup> Diese Auffassung stand im Einklang mit Anweisungen aus dem Innenministerium, wonach negative Äußerungen zur Staatsgrenze mit der Republik Polen als Vergehen gegen die Verfassung der DDR eingestuft wurden.<sup>173</sup>

Insgesamt kann die Bedeutung der Schule als Sozialisationsinstanz für das Hineinwachsen junger Flüchtlinge und Vertriebener in die DDR-Gesellschaft kaum hoch genug eingeschätzt werden. Vereinzelt konnten die „Umsiedlerkinder“ hier von speziellen Fördermaßnahmen profitieren, die sich allein auf ihre „Vertriebeneneigenschaft“ bezogen und darauf abzielten, Defizite in der schulischen Ausbildung zu verringern und berufliche Wege zu ebnen. Wichtig war aber auch, dass junge Flüchtlinge

---

<sup>171</sup> „Als Konsequenz von der Tatsache, dass die Deutschen den Krieg begonnen und verloren haben, hat die Regierung der DDR die Grenze an Oder und Neiße endgültig anerkannt. An diesem Umstand gab es nie eine andere Meinung. Es hätte sich auch jeder Lehrer gehütet, einen anderen Standpunkt zu vertreten.“ Herr M (\* 1936 in Kesselbach, Kr. Görlitz).

<sup>172</sup> Herr S. (\* 1934 in Kieslingswalde, Kr. Görlitz); „Ich erinnere mich, dass ich in der Oberschule 11. Klasse eine schlechte Beurteilung auf dem Zeugnis bekam – ich hätte mich negativ über die Oder-Neiße-Friedensgrenze geäußert. Die Oder-Neiße Friedensgrenze sollte das Unrecht gut machen, welches die Deutschen durch den ‚Eroberungskrieg‘ ausgelöst hatten.“ Frau P. (\* 1938 in Breslau).

<sup>173</sup> Vgl. Christian LOTZ, Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete (1948–1972) (= Neue Forschungen zur Schlesischen Geschichte, Bd. 15), Köln-Weimar-Wien 2007, S. 108.

und Vertriebene in den Schulen – im Gegensatz zur Eltern- und Großelterngeneration – Kontakt zu einheimischen Gleichaltrigen fanden. Aus der gemeinsamen Lernsituation entstanden gemeinsame Erfahrungswelten.

## 5.2 Studium und späterer Beruf

Das Studium bedeutete für die ehemaligen „Umsiedlerkinder“ einen neuen Lebensabschnitt. Dazu zählte auch, dass sie aus dem Dorf oder der Stadt, wo sie zur Schule gegangen waren, in die Universitätsstädte zogen. Der Blick zurück zeigte, dass der elterliche Wohnort und die eigene Herkunftsfamilie für eine Geborgenheit standen, die sich in den Jahren nach der Überwindung der existentiellen Not entwickelt hatte:

„Nachdem wir später die Wohnung nach und nach einrichten konnten, fühlte man sich dann schon eher ‚zu Hause‘ weil wir begriffen hatten, dass es in die alte Heimat kein Zurück gab. Heimat war für uns nun dort, wo die Eltern lebten. Als ich dann für 6 Jahre nach Jena zum Studium ging, war, wo meine Eltern und Geschwister wohnten, der Ort, wo man sich zu Hause fühlte. Trotz aller Entbehrungen hatten wir durch die Bemühungen der Eltern ‚ein Nest‘ in das man flüchten konnte und in dem man sich geborgen fühlte.“<sup>174</sup>

Gleichzeitig entstanden in der Studienzeit neue Bindungen und Freundschaften. Zwar brachten die Studenten schnell in Erfahrung, welche der Kommilitonen ebenfalls Flucht und Vertreibung erfahren hatten.<sup>175</sup> Dies scheint indes nicht das Hauptkriterium für die Auswahl der Bekanntschaften gewesen zu sein.

<sup>174</sup> Frau P. (\* 1938 in Breslau).

<sup>175</sup> „So kannte ich in unserer Seminargruppe alle ehemaligen Flüchtlinge und Vertriebenen.“ Frau K. (\* 1936 in Schluckenau).

Es dominierten gemeinsame Studiererfahrungen oder Interessen. Auch politische Ansichten und Konfession beeinflussten, wie sich der Freundeskreis zusammensetzte.<sup>176</sup> Gleiches galt für Kontakte zu Dozenten. Auch hier wusste man vereinzelt um die Lebensgeschichte der „Flüchtlingsprofessoren“, z. T. resultierten daraus Vier-Augen-Gespräche vertraulichen Inhalts.<sup>177</sup>

Schließlich gingen aus der Studentenzeit auch Partnerschaften fürs Leben hervor. Mehr und mehr kam es zu Eheschließungen zwischen Einheimischen und Vertriebenen.<sup>178</sup>

Vergleicht man die soziale Lage der Studenten der fünfziger Jahre mit den Bedingungen, unter denen die „Umsiedlerstudenten“ in der Nachkriegszeit lebten, muss eine deutliche Verbesse-

---

<sup>176</sup> „Beziehungen zu den Kommilitonen: Diese waren in zwei Gruppen geschieden: Mitglieder der SED und Nichtmitglieder. Ich gehörte zu Letzteren“. Herr S. (\* 1939 in Breslau).

<sup>177</sup> „Im Studium gab es mehrere Dozenten, die Vertriebene waren, aber das Vertreibungsproblem wurde nicht angesprochen, außer, man sprach unter vier Augen.“. Herr U. (\* 1934 in Breslau). Zu Flüchtlingen und Vertriebenen unter den Hochschullehrern der SBZ/DDR vgl. Michael PARAK, Wissenstransfer durch Flucht und Vertreibung – Deutsche Hochschullehrer aus dem östlichen Mitteleuropa als Fachkräfte in der SBZ/DDR, in: Dittmar DAHLMANN / Reinhold REITH (Hrsg.), Elitenwanderung und Wissenstransfer (= Migration in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3), Essen [Oktober] 2007 [40 S., im Druck] sowie für die westlichen Besatzungszonen und die Bundesrepublik Markus MÖBLANG, Auf der Suche nach der „akademischen Heimat“. Flüchtlingsprofessoren in Westdeutschland, in: JAHRBUCH FÜR UNIVERSITÄTSGESCHICHTE 8 (2005), S. 143-156; Markus MÖBLANG, Flüchtlingslehrer und Flüchtlingshochschullehrer. Eine Studie zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im bayerischen Bildungswesen 1945-1961

<sup>178</sup> „Seit Studienbeginn hatte ich eine feste Bindung an eine Studentin, die ich nach dem Studium heiratete und die noch immer meine Frau ist. Es stellte sich heraus, dass sie auch aus Schlesien, und zwar aus Glogau, stammte. Dies hatte die Bindung nicht herbeigeführt. Heute ist aber Schlesien eines unser wichtigen gemeinsamen Themen“. Herr S. (\* 1939 in Breslau). Vgl. auch Kapitel 6.1.

rung festgestellt werden. Nur einige der Befragten wiesen darauf hin, dass sie unter bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen lebten.<sup>179</sup> Seinen Alltag fasst ein Student – auch mit Blick auf die Bundesrepublik – mit folgenden Worten zusammen: „Die DDR-Mangelwirtschaft empfanden wir als normal.“<sup>180</sup>

Wie oben gezeigt, konnten Studenten aber in der Regel von einem Stipendium profitieren, ohne dass der Geburtsort von irgendeiner Bedeutung gewesen wäre. „Die materiellen Grundlagen des Studiums in der DDR waren gesichert. Wir brauchten weder während des Studiums noch in den Ferien einer Tätigkeit nachgehen, um unser Studium zu finanzieren.“<sup>181</sup> Staatliche Stipendien wurden als Selbstverständlichkeit, nicht als besondere Fördermaßnahme begriffen.

Dies spiegelte auch die soziale Praxis wider. Mitte der fünfziger Jahre kamen rund 88 Prozent der Studierenden in den Genuss eines Stipendiums. Ausgeschlossen blieben Kinder von Gewerbetreibenden, Inhaber von Privatbetrieben und von Eltern, die mehr als 1 200 Mark brutto monatlich verdienten.<sup>182</sup> Den Studenten waren sehr wohl die politischen und sozialen Kriterien bewusst, die das SED-Regime an Hochschulbewerber anlegte. Von dieser Selektion konnten einzelne der Befragten profitieren<sup>183</sup>, andere mussten aber auch Abstriche von ihren Le-

<sup>179</sup> „Meine Mutter unterstützte mich, so gut sie es mit ihrer Invalidenrente vermochte. Meine Tante in Westberlin unterstützte uns weiterhin mit Nahrungsmitteln und Kleidung. Insgesamt war die wirtschaftliche Situation äußerst bescheiden.“ Herr S. (\* 1939 in Breslau).

<sup>180</sup> Herr T. (\* 1939 in Troppau).

<sup>181</sup> Herr R. (\* 1937 in Ober-Schönfeld, Kr. Bunzlau).

<sup>182</sup> Vgl. zur Entwicklung des Stipendienwesens auch Ilko-Sascha KOWALCZUK, Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003, S. 278-279.

<sup>183</sup> „Bei der Bewerbung zum Studium hatte es positive Auswirkungen, dass mein Vater Fahrradschlosser gelernt hatte – Arbeiter – und meine Mutter im öffentlichen Dienst – Polizei – beschäftigt war.“ Herr V. (\* 1929

bensplänen in Kauf nehmen.<sup>184</sup> Insgesamt garantierte das Bildungssystem der DDR Ausbildung und Beschäftigung, jedoch keine freie Wahl des Studienfaches und des Berufes.<sup>185</sup>

Alles in allem gilt auch hier, dass sich die Lebensverhältnisse von Flüchtlingen und Vertriebenen mehr und mehr denen der Einheimischen angleichen. Allerdings heben die Befragten eine Tatsache hervor, die aus ihrer Lebenserfahrung herrührte. Flucht und Vertreibung sowie die Erlebnisse in der Nachkriegszeit bedeuteten, „dass ich sozial und materiell weit unten starten musste. Das hat wohl auch meinen Leistungswillen gestärkt.“<sup>186</sup> Auf diese Bewältigungsstrategie wird noch im Folgenden einzugehen sein.<sup>187</sup>

Und auch ein weiteres Merkmal zieht sich durch fast alle Antworten: Dem Hochschulstudium wird eine entscheidende Bedeutung für den späteren Berufsverlauf eingeräumt.<sup>188</sup>

---

in Breslau); „Erwerb der Hochschulreife zielgerichtet 1952-54 an der ABF, einem stalinistisch geführten, fachlich hocheffektiven Sonderstudiengang der Hochschulen und Universitäten der DDR (ABF = Arbeiter-und-Bauern-Fakultät). Das Faktum ‚Umsiedler‘ könnte bei der Auswahl der Bewerber auch eine fördernde Rolle gespielt haben. Wahl des Studienfaches Humanmedizin aus Neigung und u. a. auch wegen der seinerzeit noch relativen politischen Freiheit dieser Berufsgruppe.“ Herr S. (\* 1934 in Kieslingswalde, Kr. Görlitz).

<sup>184</sup> „Ursprünglich wollte ich Kinderärztin werden, wurde aber an der Uni Jena abgelehnt, da mein Vater selbständiger Handwerker war (er war 1952 selbständig geworden).“ Frau K. (\* 1936 in Schluckenau); „Der vorher angedachte Weg in die Landwirtschaft war nach der Zwangskollektivierung für mich nicht mehr attraktiv.“ Herr T. (\* 1939 in Troppau).

<sup>185</sup> Vgl. Johannes HUININK u. a., Staatliche Lenkung und individuelle Karrierechancen. Bildungs- und Berufsverläufe, in: Johannes HUININK u. a. (Hrsg.), Kollektiv und Eigensinn : Lebensverläufe in der DDR und danach, Berlin 1995, S. 89-143, hier S. 100.

<sup>186</sup> Herr S. (\* 1939 in Breslau).

<sup>187</sup> Vgl. Kapitel 6.2.

<sup>188</sup> „Das Studium hat mir alle Türen für eine berufliche Tätigkeit und Karriere eröffnet. Ohne ein solches Studium wäre das nicht möglich gewe-

Gleichzeitig ermöglichte die universitäre Ausbildung eine Berufsmobilität, die zu einem sozialen Aufstieg führen konnte.

Leider lassen die offiziellen Statistiken der DDR wie auch das vorliegende Quellenmaterial keine eindeutigen Aussagen zu, welche Berufe „Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkinder“ ergriffen, nachdem sie ihr Studium abgeschlossen hatten. Wertet man die Studienfächer der befragten Flüchtlinge und Vertriebenen aus, ergibt sich in etwa ein Bild, das der allgemeinen Studienplatzwahl in der DDR entspricht. 1964 hatten 28,5 Prozent aller Hochschulabsolventen ein pädagogisches Studium absolviert. 28,8 Prozent hatten eine Ausbildung in Natur- und Technikwissenschaften sowie Land- und Forstwissenschaften durchlaufen, 16,2 Prozent Wirtschafts- und Rechtswissenschaften.<sup>189</sup>

In der DDR wurden neben den Voll-Universitäten Spezialhochschulen gegründet bzw. ausgebaut, die auf bestimmte fachwissenschaftliche Profile ausgerichtet waren und nur diese unterrichteten. Zudem wurde eine Reihe von Ingenieurschulen in Ingenieurhochschulen umgewandelt.<sup>190</sup> Dadurch schwand die Bedeutung der traditionellen Universitäten, wo aber zu Beginn

---

sen.“. Herr R. aus Ober-Schönfeld, Kr. Bunzlau (\* 1937). „Das Studium hat mir die Möglichkeit gegeben, mit meiner Qualifikation meinen Lebensunterhalt in einem von mir sehr gern ausgeübten Beruf zu verdienen.“ Frau S. (\* 1930 Breslau).

<sup>189</sup> Vgl. Helmut KÖHLER u. a., Bildungsstatistische Ergebnisse der Volkszählungen der DDR 1950 bis 1981. Dokumentation der Auswertungstabellen und Analysen zur Bildungsentwicklung (= Studien und Berichte des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Bd. 69), Berlin 2001, S. 82.

<sup>190</sup> Vgl. die Übersicht der Einrichtungen bei Ilko-Sascha KOWALCZUK, Geist im Dienste der Macht. S. 125-127; Siegfried BASKE, Das Hochschulwesen, in: Christoph FÜHR / Carl-Ludwig FURCK (Hrsg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. 6: 1945 bis zur Gegenwart. Teilbd. 2: Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer, München 1998, S. 202-227, hier S. 218.



der sechziger Jahre noch immer fast zwei Drittel aller Studenten immatrikuliert waren.<sup>191</sup> Auch einige der jungen Flüchtlinge und Vertriebenen besuchten diese Spezialhochschulen.<sup>192</sup>

Eine Besonderheit bildete schließlich das Fachschulstudium, eine mittlere Ebene der Berufs- und Hochschulbildung, die die DDR in den sechziger Jahren ausbaute. In der Ingenieurbildung<sup>193</sup> sowie im ökonomischen und agrarischen Bereich konnten sich Studenten über ein Direkt-, Fern- und Abendstudium qualifizieren. Die Trennlinie beim Einsatz von Hochschul- und Fachschulabsolventen war nicht immer klar zu ziehen. Letztere sollten sich beispielsweise auf die Produktionsvorbereitung und -durchführung – als Brigadier oder Schichtleiter – konzentrieren, während die Bereiche Forschung und Entwicklung den Ersteren vorbehalten bleiben sollten.<sup>194</sup> Auf diese Weise hatten 1964 404 000 Personen einen Fachschulabschluss, 214 000 Personen einen Hochschulabschluss erlangt. Dies waren 2,4 bzw. 1,3 Prozent der Wohnbevölkerung der DDR.<sup>195</sup>

---

<sup>191</sup> Vgl. die Übersicht der Einrichtungen bei Ilko-Sascha KOWALCZUK, *Geist im Dienste der Macht.*, S. 289-290.

<sup>192</sup> So qualifizierte sich Herr L (\* 1928 in Breslau) neben seiner beruflichen Tätigkeit als Baustellenleiter im Fernstudium an der Hochschule für Architektur in Weimar und der Technischen Hochschule Dresden zum Diplom-Ingenieur weiter.

<sup>193</sup> In der DDR wurden als „Ingenieure“ in der Regel diejenigen bezeichnet, die ihren Abschluss an einer Fachschule absolviert hatten. Der Titel „Diplom-Ingenieur“ wurde denjenigen zuerkannt, die an einer Hochschule studiert hatten. Vgl. Dolores L. AUGUSTINE, *Frustrierte Technokraten. Zur Sozialgeschichte des Ingenieurberufs in der Ulbricht-Ära*, in: Richard BESSEL / Ralph JESSEN, *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*, Göttingen 1996, S. 49-75.

<sup>194</sup> Vgl. Dietmar WATERKAMP, *Berufsbildung*, in: Christoph FÜHR / Carl-Ludwig FURCK (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*. Bd. 6: 1945 bis zur Gegenwart. Teilbd. 2: *Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer*, S. 257-280, hier S. 271.

<sup>195</sup> Vgl. Helmut KÖHLER u. a., *Bildungsstatistische Ergebnisse der Volkszählungen der DDR 1950 bis 1981*, S. 80.

---

Auch Flüchtlinge und Vertriebene gingen den Ausbildungsweg über die Fachschulen. In verschiedener Hinsicht ist der Weg einer Frau (\* 1929 in Oberschlesien) interessant, bei dem sich praktische Tätigkeit, Parteizugehörigkeit und außerbetriebliche Weiterbildung an einer Fachschule zu einer außergewöhnlichen Karriere miteinander verbanden. Zwar brach Frau H. ihre gymnasiale Ausbildung nach der elften Klasse ab und arbeitete zunächst nur als Hilfsarbeiterin in einer Chemiefabrik. Ihr Engagement in der FDJ und SED sorgten aber dafür, dass die schon bald Mitglied der Kulturdirektion des Betriebs wurde. 1954 übernahm die 25jährige verschiedene Parteifunktionen auf Bezirksebene. Zugleich begann Frau H. ein Abendstudium der Chemie an einer Ingenieurschule, das sie 1961 mit Erfolg beendete. Danach absolvierte sie noch einen Spezialkurs „Frauen in Führungspositionen“ und rückte in ihrem Betrieb zur Abteilungsleiterin auf. Nach zusätzlichen Weiterbildungen wurde sie schließlich zur Betriebsleiterin in einem Bereich mit 1 400 Arbeitskräften ernannt.<sup>196</sup>

Auch andere der Befragten qualifizierten sich über eine Abendschule und ein Fernstudium weiter und erreichten damit mittlere Führungspositionen im technischen Bereich und dies auch, ohne sich wie Frau H. in der SED exponiert zu haben.<sup>197</sup> Ein gelernter Maschinenschlosser konnte über ein Studium an der Ingenieurschule Meißen und ein Fernstudium an der Ingenieurschule in Altenburg, das ihn als Ingenieur für Papiertechnologie qualifizierte, in seinem Betrieb zum Konstrukteur sowie

---

<sup>196</sup> Vgl. Alexander von PLATO / Wolfgang MEINICKE, Alte Heimat, neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1991, S. 177.

<sup>197</sup> 1961 hatten sich 28,7 % aller Studierenden für ein Fern- oder Abendstudium eingeschrieben. Vgl. Ilko-Sascha KOWALCZUK, Geist im Dienste der Macht, S. 287.

Projektanten und schließlich gar zum Technischen Leiter aufrücken.<sup>198</sup>

War schon die Wahl des Studienfaches und der Hochschule nicht frei von staatlichen Reglementierungen, galt dies in besonderer Weise auch für die Arbeitsplätze der Hochschulabsolventen. Die Planwirtschaft fand in der DDR nicht nur auf der Seite der Zulassungs-, sondern auch auf der Seite der Absolventenlenkung Anwendung. Da die Bedarfspläne vorab strikt festgelegt wurden und kaum den wirklichen Bedürfnissen entsprachen, war eine Diskrepanz zwischen Planzielen und Planerfüllung an der Tagesordnung.<sup>199</sup> 1955 wurde das Element der Berufslenkung verstärkt. Die künftigen Absolventen wurden bei Beginn ihres Studiums verpflichtet, drei Jahre in einer Einrichtung tätig zu sein, die ihnen der Staat vorschrieb.<sup>200</sup> Der relative hohe Anteil an Arbeitsplatzwechseln verweist jedoch darauf, dass das System der Arbeitskräfte lenkung aus individueller Sicht zu Fehlplatzierungen geführt hat. Die Betroffenen versuchten dies durch individuelle Mobilitätsanstrengungen sowie zusätzliche Ausbildungen zu kompensieren. Positionsaufstiege waren deshalb auch meist mit Betriebswechseln verbunden.<sup>201</sup>

Die Frage, ob die Berufs- und Lebenswege von Flüchtlingen und Vertriebenen in der alten Heimat ähnlich verlaufen wären, ist hypothetisch. Dass sich die geschichtlichen Ereignisse auf Einzelbiographien auswirkten, ist indes unzweifelhaft, wie viele lebensgeschichtliche Äußerungen verdeutlichen: „Entwicklung

---

<sup>198</sup> Herr U. (\* 1934 in Breslau).

<sup>199</sup> Vgl. Ilko-Sascha KOWALCZUK, *Geist im Dienste der Macht*, S. 284.

<sup>200</sup> Vgl. Ilko-Sascha KOWALCZUK, *Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961*, Berlin 2003, S. 282.

<sup>201</sup> Vgl. Karl Ulrich MAYER / Martin DIEWALD, *Kollektiv und Eigensinn. Die Geschichte der DDR und die Lebensläufe über Bürger*, in: *AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE* (1996), B 46, S. 8-17, hier S. 12.

in sudetendeutscher Heimat ohne Krieg wohl in Richtung Handwerk. Ohne Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR vielleicht in Richtung Landwirtschaft. Bei Umsiedlung in die Westzonen vielleicht ähnliche Entwicklung wie im Osten, da mein Cousin als heimatvertriebener Sudetendeutscher dort auch Lehrer geworden ist.<sup>202</sup>

Ein Befragter meinte zu beobachten, dass „viele Flüchtlinge bzw. Heimatvertriebene in Studienberufen Karriere machten, da für sie nicht die Verpflichtung bestand, die ‚Familienscholle‘ oder den väterlichen Betrieb zu übernehmen.“<sup>203</sup> Auch andere Flüchtlinge und Vertriebene, deren Eltern in der Landwirtschaft tätig waren, deuteten an, dass die Übernahme des Hofes ein wahrscheinliches Szenario gewesen wäre.<sup>204</sup> Zudem wird darauf hingewiesen, dass einem Studium vermutlich finanzielle Gründe entgegengestanden hätten, „da minderbemittelter Herkunft.“<sup>205</sup>

Gerade Flüchtlinge und Vertriebene, deren Leben in beruflicher Hinsicht zufriedenstellend verlaufen ist, versuchen vielfach, ihrem Schicksal nachträglich einen weiteren Sinn zu geben.<sup>206</sup> Dies ist gleichermaßen für die DDR und die Bundesre-

---

<sup>202</sup> Herr T. (\* 1939 in Troppau).

<sup>203</sup> Herr T. (\* 1939 in Troppau).

<sup>204</sup> „Ich hätte das Anwesen meiner Eltern einmal weiterführen sollen.“ Herr R. (\* 1931 in Penzig, Kr. Görlitz). „Ich glaube nicht, dass ich in Schlesien Ärztin geworden wäre, da meine Eltern Land- und Gastwirtschaft besaßen, wäre ich wohl eine Bäuerin geworden.“ Frau P. (\* 1938 in Breslau).

<sup>205</sup> Frau W. (\* 1928 in Breslau). „Ob aber Mittel und Möglichkeiten für einen Jungen eines kleinen Bauern ausgereicht hätten, um ein Ingenieursstudium zu ermöglichen, ist heute schwer zu beantworten.“ Herr H. (\* 1933 in Aslau, Kr. Bunzlau).

<sup>206</sup> Dabei wird auch reflektiert, welche Möglichkeit man z. B. als Deutscher in der Tschechoslowakei gehabt hätte. „Ich konnte gut verdienen, konnte einen Beruf ausüben, in dem die Arbeit mit Kindern im Vordergrund stand (war immer mein Wunsch gewesen). Außerdem gab es für Lehrer später eine gute Rente. Wären wir in meiner alten Heimat geblieben,

publik beobachtet worden. Zum einen bestätigen die vielen Erfolgsgeschichten, die Flüchtlingskinder heute erzählen, gewisse Erfolge bei der beruflichen und privaten Integration in die Aufnahmegesellschaften. Zum anderen muss aber quellenkritisch hinzugefügt werden, dass diejenigen unter den Flüchtlingen und Vertriebenen, deren weitere Lebenswege problematisch verliefen, nur selten zu öffentlichen Stellungnahmen bereit sind.<sup>207</sup>

Bei allem Negativen der Vertreibungsgerfahrungen bot der Neuanfang auch die Möglichkeit, sich von starren Familientraditionen und sozialen Zwängen zu lösen. Eine westdeutsche Reisejournalistin hat dies mit den Worten beschrieben: „Wenn der Krieg nicht gekommen wäre, hätte ich den Sohn vom Nachbargut geheiratet, fünf Kinder bekommen, und das wäre es gewesen.“<sup>208</sup> Allerdings bedeutet diese Sinnstiftung biographischer Möglichkeiten nicht, dass die Erfahrungen von Flucht, Vertreibung und Neuanfang gänzlich verblasst wären.

Insgesamt äußern sich die „Umsiedlerkinder“, die einen Hochschulabschluss erlangt haben, positiv über ihren späteren beruflichen Werdegang.<sup>209</sup> Sie gehörten einer Gruppe an, die

---

hätte ich als Deutsche keine Studienchancen gehabt (Ich kann das beweisen, da ich noch deutsche Verwandte in der Tschechischen Republik habe, deren Tochter und auch der Enkel nicht studieren durften.“ Frau K. (\* 1936 in Schluckenau).

<sup>207</sup> Barbara STAMBOLIS / Dieter PFAU (Hrsg.), Flüchtlingskindheit. Erfahrungen und Rückblicke auf ein „erfolgreiches Leben“, in: Hans-Heino EWERS (Hrsg.), Erinnerungen an Kriegskindheiten. Erfahrungsräume, Erinnerungskultur und Geschichtspolitik unter sozial- und kulturwissenschaftlicher Perspektive, Weinheim-München 2006, S. 263-279; hier S. 277-278.

<sup>208</sup> Zitiert bei Astrid von FRIESEN, Der lange Abschied. Psychische Spätfolgen für die zweite Generation deutscher Vertriebener, in: Hans-Heino EWERS (Hrsg.), Erinnerungen an Kriegskindheiten, S. 302.

<sup>209</sup> „Ich als damalig junger Mensch habe nichts vermisst, Ich wurde durch meine berufliche Entwicklung befriedigt.“ Herr R. (\* 1931 in Penzig, Kr. Görlitz); „Ich als damalig junger Mensch habe nichts vermisst, Ich

eine wichtige Voraussetzung – daneben traten in der DDR aber auch politische und soziale Kriterien – für herausgehobene berufliche Positionen erfüllten. In einer Hinsicht konnten die Kinder der Flüchtlinge und Vertriebenen aber gemeinsam wie ihre Altersgenossen, die auf dem Gebiet der späteren Sowjetischen Besatzungszone und der DDR geboren waren, profitieren. Der expandierende Arbeitsmarkt in den fünfziger und sechziger Jahren bot ihnen Perspektiven, die ältere Arbeitnehmer nicht hatten. Die Akademikerquote zeigt deutliche Generationsunterschiede. Aus den im Mittelpunkt der Untersuchung stehenden Geburtsjahrgängen von 1926 bis 1940 hatten rund 5 Prozent ein Hochschulstudium abgeschlossen. Bei früher Geborenen waren die Anteile deutlich geringer.<sup>210</sup>

Studium und Beruf beschleunigten auch die Verschmelzung von Einheimischen und Vertriebenen. Dazu trug nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung bei. Auch die Abwanderung qualifizierter Fachkräfte in die Bundesrepublik sowie die politische Verdrängung sogenannter „bürgerlicher Eliten“ eröffnete Arbeitsfelder, für die dringend Fachpersonal benötigt wurde.<sup>211</sup> Einheimische und Vertriebene mussten sich gleichermaßen mit den Bedingungen einer neuen Zeit auseinandersetzen; die „Umsiedler“ mussten sich aber noch an einem neuen Ort zurechtfin-

---

wurde durch meine berufliche Entwicklung befriedigt.“ Herr S. (\* 1939 in Babiczki, Kr. Lodz); „Erfurt ist heute mein zu Hause. Die beruflichen Erfolge spielen dabei eine große Rolle.“ Herr M (\* 1931 in Breslau).

<sup>210</sup> Vgl. Helmut KÖHLER u. a., Bildungsstatistische Ergebnisse der Volkszählungen der DDR 1950 bis 1981. Dokumentation der Auswertungstabellen und Analysen zur Bildungsentwicklung, S. 91.

<sup>211</sup> Vgl. Helge HEIDEMEYER, Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 100), Düsseldorf 1994, S. 50-53.

den. Die rasche gesellschaftliche Umorientierung sowie ökonomische Notwendigkeiten beim Neuaufbau nach dem Krieg beförderten konservative Einstellungen, die mit propagierten Eigenschaften des sozialistischen Menschen wenig zu tun hatten: „Es waren konservative Grundmuster individualistischer, aufstiegswilliger, durchsetzungsfähiger, eher unpolitischer und Anpassungsleitungen erbringender Personen, die die Umwälzungen in der DDR für ihren persönlichen Werdegang nutzten. Dabei profitierte die Untersuchungsgruppe von der Expansion des Hochschulwesens und einer steigenden Anzahl an Studienplätzen.<sup>212</sup> Die Flüchtlinge und Umgesiedelten mit ihrem Drang, alte Standards wiederzugewinnen, sind in gewisser Weise die Prototypen dieser aufstiegswilligen, ökonomisch bestimmten Gesellschaft.“<sup>213</sup> Auf diese und andere Anpassungs- und Bewältigungsstrategien wird im Folgenden einzugehen sein.

## **6 Individuelle Anpassungs- und Bewältigungsstrategien**

Viele derjenigen, die in ihrer Kindheit oder Jugendzeit Flucht und Vertreibung erfahren haben, sind durch diese Ereignisse, aber auch die Umstände, wie sie in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR aufgenommen wurden, bis zum heutigen

---

<sup>212</sup> Ab 1971 wurde die Abiturientenquote bei ungefähr 12 Prozent eines Jahrgangs eingefroren. Die Anzahl der Studenten in der DDR stagnierte. Vgl. Johannes HUININK u. a., Staatliche Lenkung und individuelle Karrierechancen. Bildungs- und Berufsverläufe, in: Johannes HUININK u. a. (Hrsg.), Kollektiv und Eigensinn : Lebensverläufe in der DDR und danach, Berlin 1995, S. 89-143, hier S. 100.

<sup>213</sup> Vgl. Alexander von PLATO / Wolfgang MEINICKE, Alte Heimat, neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1991, S. 263-264.

Tag geprägt.<sup>214</sup> Die Intensität und Bedeutung der Erinnerung variierte dabei in unterschiedlichen Lebensphasen und -abschnitten, ohne jemals ganz zu verschwinden. Dies gilt auch für die Zeit, die die jungen „Umsiedler“ in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR verbrachten. Im Folgenden sollen Anpassungs- und Bewältigungsstrategien vorgestellt werden, mit denen Flüchtlinge und Vertriebene versuchten, mit ihren Vertreibungserfahrungen sowie den gesellschaftlichen Bedingungen in der DDR zurechtzukommen.

Nahezu ausnahmslos heben fast alle der Befragten die Bedeutung der Familie als wichtigen Bezugspunkt in ihrem Leben hervor. So sollen in einem ersten Schritt innerfamiliäre Faktoren, die einem Hineinwachsen in die DDR-Gesellschaft förderlich bzw. abträglich waren, dargestellt werden. Viele Betroffene weisen darauf hin, dass für Flüchtlinge und Vertriebene ein besonderes Maß an individueller Leistung vonnöten gewesen sei, um sich eine berufliche und private Perspektive aufzubauen.<sup>215</sup> Deshalb wird die Bewältigung der Vertreibungserfahrungen über eine erhöhte Leistungsbereitschaft in einem zweiten Schritt

---

<sup>214</sup> „Flucht und Vertreibung haben mich geprägt. Noch heute, 62 Jahre danach, sind mir viele Einzelheiten bewusst, weil viele schlimme Ereignisse sich in mir festgesetzt haben.“ Herr M. (\* 1936 in Kesselbach, Kr. Görlitz); „Flucht und Vertreibung und die Heimat Schlesien ist im Bewusstsein immer gegenwärtig. Bei Treffen der Familie (Geburtstage usw.) kommen immer irgendwelche Erinnerungen, Ereignisse oder Vergleiche ins Gespräch. Die Jahrestage der Flucht und der zwei Vertreibungen sind immer im Kalender angekreuzt und bilden Grundlagen für Gespräche und Telefonate, um sich erneut über Erinnerungen auszutauschen.“ Herr H. (\* 1933 in Aslau, Kr. Bunzlau); „Flucht und Vertreibung sind ein Trauma in meinem Leben. Die damit verbundenen Ereignisse und Erfahrungen sind bis heute allzeit gegenwärtig. Die Erinnerungen werden besonders an Feiertagen und am Tag unserer Vertreibung deutlich.“ Herr N. (\* 1932 in Tiefenfurt, Kr. Bunzlau).

<sup>215</sup> „Die Bewältigung des Lebens war der Eigeninitiative und der Solidarität einzelner Menschen anheim gestellt.“ Herr S. (\* 1939 in Breslau).



untersucht werden. Ein weiterer Abschnitt geht dann der gesellschaftlichen und politischen Einordnung der „Umsiedler“ nach. Denn vor den Kindern und Jugendlichen, die 1945 ihre Geburts- und Heimatorte hatten verlassen müssen, lag noch das ganze Leben, das es zu gestalten galt; und zwar unter den Bedingungen einer Diktatur, die im Grad der Herrschaftsausübung variierte, letztendlich aber nie ihren repressiven Charakter verlor.

## 6.1 Innerfamiliäre Faktoren

In den schwierigen Zeiten der Kriegs- und Nachkriegsjahre bildete die Familie eine wichtige Konstante, die Halt geben konnte. Zugleich bot sie auch die Möglichkeit zur Rückbesinnung auf bessere Zeiten, womit zugleich die Hoffnung genährt wurde, dass die jetzige persönliche Lage nur eine Übergangsperiode sei, auf die wieder bessere Tage folgen würden. Erinnerung bedeutete deshalb auch Bewältigung des Alltags: „In der gemeinsamen Verklärung der Vergangenheit ließ sich die Schwere des Neuanfangs leichter ertragen.“<sup>216</sup>

In manchen Familien wurde die Verwandtschaft, die bisher in enger Nachbarschaft gelebt hatte, „durch Flucht und Vertreibung in alle Winde zerstreut.“<sup>217</sup> Manche fanden in den westlichen Besatzungszonen, manche in der Sowjetischen Besatzungszone Aufnahme. Beispielsweise konnte ermittelt werden, dass die rund 2 000 Bewohner einer ostdeutschen Kleinstadt 1947 über 158 Ortschaften verteilt waren.<sup>218</sup> Angesichts dieser

---

<sup>216</sup> Erhardt THUM, Chronik der Vertreibung der Deutschen aus Postrum, unveröffentlichtes Manuskript, Leipzig 2004, S. 13.

<sup>217</sup> Herr S. (\* 1939 in Breslau)

<sup>218</sup> Vgl. Mathias BEER, Flüchtlinge und Vertriebene in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland, in: FLUCHT, VERTREIBUNG,

äußeren Umstände ging es in vielen Familien vor allem darum, dass diejenigen zusammenhielten, die noch da waren.<sup>219</sup> Die Gemeinschaft war umso wichtiger, als sich die familiäre Zusammensetzung geändert hatte. Krieg, Kriegsgefangenschaft, Flucht und Vertreibung hatten tiefe Lücken in die Familien gerissen, die die Übriggebliebenen auszufüllen versuchten. Davon waren in besonderer Weise die „Umsiedlerkinder“ betroffen, die in den Aufnahmegesellschaften auf keinen gewachsenen familiären Zusammenhalt bauen konnten.

Viele Familien in Nachkriegsdeutschland hatten ihren Vater im Krieg verloren. Von ca. 19 Millionen Kindern und Jugendlichen im Alter bis zu 25 Jahren, die 1950 in der Bundesrepublik lebten, waren etwa 1 250 000 von kriegsbedingter Vaterlosigkeit betroffen; 250 000 von ihnen waren sogar Vollwaisen.<sup>220</sup> Diese Veränderung der Familienzusammensetzung prägte die weiteren Lebenswege, in psychischer wie auch materieller Hinsicht.<sup>221</sup>

---

INTEGRATION. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Red. Petra Rösgen, Bielefeld 2006, S. 108-123, hier S. 113.

<sup>219</sup> „Bei Ankunft in Leipzig trafen wir auf die Großeltern mütterlicherseits und eine Tante, diese wurden von dem Betrieb, in dem sie in Schlesien gearbeitet hatten und in Leipzig Markkleeberg auch eine Fabrik hatte, aufgenommen und mit Wohnraum und Arbeit versorgt. Meine Eltern und meine erwachsene Schwester kümmerten sich, vom Lager aus, selbst darum. Als wir mit Wohnraum versorgt waren, ging es darum, meine andere erwachsene Schwester mit Kind, die in Berlin lebte, und meinen Bruder, der Soldat bei der Marine war, zu finden. 1947 kam es dann während der ersten Nachkriegsmesse in Leipzig zum ersten familiären Treffen.“ Herr S. (\* 1939 in Weißstein, Kr. Waldenburg).

<sup>220</sup> Volker ACKERMANN, Das Schweigen der Flüchtlingskinder. Psychische Folgen von Krieg, Flucht und Vertreibung bei den Deutschen nach 1945, in: GESCHICHTE UND GESELLSCHAFT 30 (2004), S. 434-464, hier S. 437.

<sup>221</sup> Die Beschäftigung mit der kriegsbedingten Vaterlosigkeit ist noch immer ein Forschungsdesiderat. Vgl. jetzt Lu SEEGER, Vaterlosigkeit als

Die Nachricht vom Tod des Vaters belastete die Identitätsbildung und Erinnerungsstiftung. Zugleich verschlechterten sich in vielen Fällen die materiellen Lebensbedingungen der Familie, so dass der Tod des Vaters auch als familiäre Abstiegs­geschichte gedeutet wurde.<sup>222</sup> Familientherapeuten beschreiben die Situation der Kinder und Jugendlichen unter dem Terminus der „Vaterentbeh­rung“. Auch wird darauf hingewiesen, dass den Frauen in den Familien eine besondere Bedeutung zufiel, eine „überlastete Omnipotenz der allein erziehenden Mütter.“<sup>223</sup>

Manchmal überlagerten sich auch der „Verlust des Zuhause-Seins“ und die „Ungewissheit über den fehlenden Vater“.<sup>224</sup> Bis in die fünfziger Jahre hinein hofften Familien, dass vermisste Soldaten aus der Kriegsgefangenschaft nach Deutschland entlassen werden würden. Das Warten auf den „Ernährer“ und „Familienvorstand“ hielt den weiteren Weg der Familie zumindest in Gedanken offen. Wenn sich endgültig abzeichnete, dass man vergeblich auf eine Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft ge-

---

Kriegserfahrung. Eine „vergessene“ Form der Familiensozialisation nach 1945, in: Miriam GEBHARDT (Hrsg.), Familiensozialisation seit 1933. Verhandlungen über Kontinuität, München 2007, S. 107-117. In vielen der bisherigen Arbeiten wird die Situation wohl etwas zu positiv damit beschrieben, dass sich Kinder „vor allem dank ihrer Mütter in relativ wirtschaftlicher und je nach Familienklima emotionaler Geborgenheit bewegen“ konnten. Evemarie BADSTÜBNER-PETERS, „... aber stehen konnten sie ...“ Nachkriegskindheit in der Sowjetischen Besatzungszone, in: OSTDEUTSCHE KULTURGESCHICHTE (= Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung, Bd. 33), Berlin 1993, S. 233-272, hier S. 251.

<sup>222</sup> Vgl. Lu SEEGER, Vaterlosigkeit als Kriegserfahrung, S. 114.

<sup>223</sup> Astrid von FRIESEN, Der lange Abschied. Psychische Spätfolgen für die zweite Generation deutscher Vertriebener, in: Hans-Heino EWERS (Hrsg.), Erinnerungen an Kriegskindheiten. Erfahrungsräume, Erinnerungskultur und Geschichtspolitik unter sozial- und kulturwissenschaftlicher Perspektive, Weinheim-München 2006, S. 297-305, hier S. 297; 299.

<sup>224</sup> Herr S. (\* 1927 in Schwiebus).

hofft hatte, verschwand auch der letzte Glaube daran, dass noch einmal eine Rückkehr in die alte Heimat möglich sein würde.<sup>225</sup>

Viele Familien überlegten auch, ob sie bereit waren, sich ein neues Leben unter den Bedingungen der DDR aufzubauen, oder ob sie ihr Glück in der Bundesrepublik suchen wollten, wofür aber eine erneute „Flucht“ vonnöten gewesen wäre.<sup>226</sup> Dabei zeigte sich, dass viele Flüchtlinge und Vertriebene nicht schon wieder von vorne anfangen wollten: „Zunächst hatten meine Mutter und ich noch auf die Rückkehr meines Vaters gehofft. Als sich diese Hoffnung 1953 endgültig zerschlug, fehlte meiner Mutter die Kraft zu einem nochmaligen Neubeginn. In Erinnerung an den außerordentlich entbehrungsreichen Start in den ersten Jahren nach der Flucht hatte ich auch später nicht den Mut dazu. Meine spätere Frau und ich haben diesen Gedanken erwogen, aber die Ausführung auf die Zeit nach dem Studium verschoben. Dann aber stand die Mauer.“<sup>227</sup>

Junge Erwachsene wollten ihre „Restfamilie“ nicht verlassen, fühlten sich auch für das Schicksal der Mutter verantwortlich, die ihren Ehemann verloren hatte.<sup>228</sup> Zum Teil fühlten sich Ju-

---

<sup>225</sup> „Bei mir ist sie [Hoffnung auf Rückkehr] wohl mit der Nachricht vom Tode meines Vaters erloschen.“ Herr S. (\* 1939 in Breslau).

<sup>226</sup> Zur Abwanderung von Flüchtlingen und Vertriebenen aus der DDR in die Bundesrepublik vgl. Kapitel 6.3.

<sup>227</sup> Herr S. (\* 1939 in Breslau). Zur Abwanderung in die Bundesrepublik vgl. auch: „Das gab es wohl nur bei denen, die auf eine besonders gute Unterstützung bei einem erneuten Verlassen einer wieder geschaffenen Basis rechnen konnten, oder bei z. Bsp. ehemaligen Großbauern, die die Vorzüge des Lastenausgleiches als Motiv gesehen haben. Die meisten Vertriebenen wollten, nach meinem Erachten, nicht noch einmal alles stehen und liegen lassen.“ Herr H. (\* 1933 in Aslau, Kr. Bunzlau).

<sup>228</sup> Die enorme Verpflichtung, die Kinder und Jugendliche – z. T. lebenslang – für Familienmitglieder empfanden, arbeitet auch Helga HIRSCH, *Schweres Gepäck. Flucht und Vertreibung als Lebensthema*, Hamburg 2004, S. 20-52 exemplarisch an einem Lebensschicksal für westdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene heraus.

gendliche durch die Einbindung in die Überlebens- und Notgemeinschaft der Familien eingeengt. Dies konnte dazu führen, dass sie sich zunehmend von dieser zu lösen versuchten. Auf der anderen Seite konnte aber auch die psychisch-soziale Verselbstständigung gegenüber den Eltern und der Familie verlangsamt werden, da man sich für deren Schicksal verantwortlich fühlte.<sup>229</sup>

Ein Blick auf die Familien der Heimatvertriebenen zeigt deutlich die generationsspezifischen Unterschiede im Umgang mit den Vertreibungserfahrungen: „Meine Mutter († 1983) und meine Großmutter († 1955), mein Vater ist schon 1942 gefallen, haben unter dem Verlust der Heimat und des Eigentums sehr gelitten. Das hat sich natürlich auf uns Kinder, so weit wie erfassbar, übertragen und ist Grundstein für meine ausgeprägte Heimatverbundenheit. Wir damaligen Kinder hatten es mit der notwendigen Eingliederung zweifellos einfacher, weil uns die bei den Erwachsenen spürbaren Kontaktaufnahme-Schwierigkeiten weniger zu schaffen machten.“<sup>230</sup>

Die Familientraditionen wurden von der Eltern- oder Großelterngeneration bewahrt, die auch Kontakte zu Verwandten,

---

<sup>229</sup> Vgl. Michael von ENGELHARDT, Generation und historisch-biographische Erfahrung, Die Bewältigung von Flucht und Vertreibung im Generationenvergleich, in: Dierk HOFFMANN u. a. (Hrsg.), Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 2000, S. 331-358, hier S. 346. Psychoanalytiker sprechen in diesem Zusammenhang auch vom „Nichttrennen der Generationen“. Vgl. Anita ECKSTAEDT, Vertriebenenenschicksale - psychoanalytisch gesehen, in: Dierk HOFFMANN u. a. (Hrsg.), Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 2000, S. 359-370, hier S. 364.

<sup>230</sup> Herr H. (\* 1933 in Aslau, Kr. Bunzlau).

Freunden und Bekannten aus dem früheren Wohnort hielten.<sup>231</sup> Dies bedeutete im Umkehrschluss aber auch, dass mit deren Ableben die innerfamiliäre Erinnerung schwächer wurde.<sup>232</sup> Die erstmaligen Besuche in den ehemaligen Geburts- und Wohnorten in den sechziger Jahren zeigten deshalb deutliche generationelle Unterschiede, z. T. war die Erinnerung bei den nunmehrigen jungen Erwachsenen deutlich verblasst: „1969 erstmals in alter Heimat, Haus existierte nicht mehr: Keine besondere Bindung an Heimat, da mit 7 ½ Jahren zu klein.“<sup>233</sup> Auf der anderen Seite spielte die Familiengeschichte im Einzelfall eine so bedeutende Rolle, dass sogar die Hochzeitsreise 1964 in die Geburtsstadt Breslau führen konnte.<sup>234</sup>

Wie schon beschrieben, lockerte auch die berufliche und soziale Mobilität familiäre Bindungen und ersetzte damit ein Stück alter Identität durch eine neue. Mit dem Umzug an den Studienort begann ein neuer Lebensabschnitt, in vielen Fällen auch hinsichtlich der aktuellen Bedeutung der Vertreibungserfahrung, ohne dass diese automatisch bedeutungslos geworden wäre: „Ich bin 1953 von meiner Mutter weg nach Dresden. Dann ließ das Thema Flucht und Vertreibung und Gegebenheiten immer mehr nach. Der überwiegende Teil meiner neuen Kumpels waren keine Vertriebenen. Da waren automatisch Abstriche zu diesem Thema gemacht.“<sup>235</sup> Zudem konnten auch politische und soziale Aufstiege in der DDR dazu führen, dass sich Familienmitglieder

---

<sup>231</sup> „Durch meine Mutter und meine Großeltern hatten wir Kontakte zu vielen Schlesiern, vorwiegend aus unserem Dorf und dem Nachbardorf Nieder-Schönfeld.“ Herr R. (\* 1937 in Ober-Schönfeld, Kr. Bunzlau).

<sup>232</sup> „Flucht und Vertreibung waren immer allgegenwärtig. Es wurde bis zum Tod meines Vaters 1962 fast täglich über die Heimat in vielfältigster Form gesprochen.“ Herr K. (\* 1938 in Sagan).

<sup>233</sup> Herr R. (\* 1937 in Ober-Schönfeld, Kr. Bunzlau).

<sup>234</sup> Herr S. (\* 1939 in Breslau).

<sup>235</sup> Herr M. (\* 1936 in Kesselbach, Kr. Görlitz).

voneinander entfernten und Gespräche über die alte Heimat immer seltener wurden.<sup>236</sup>

Ein weiterer, bereits angesprochener Faktor, der zur Öffnung von Flüchtlingsfamilien gegenüber der alteingesessenen Bevölkerung führte, waren Eheschließungen. Da kurz nach Flucht und Vertreibung die Hoffnung auf eine Rückkehr in die alte Heimat noch groß war, kam es erst allmählich zum Konnubium zwischen Einheimischen und Vertriebenen.<sup>237</sup> Gerade die Jüngeren von ihnen lernten ihre Ehepartner im Freundeskreis, auf der Arbeit oder im Studium kennen. Ähnliche aktuelle Lebenssituationen waren Elemente, die zunehmend die Bedeutung der Vertreibungserfahrungen für die Partnerwahl überlagern konnten.<sup>238</sup>

In vielerlei Hinsicht bildeten die Familien auch in der DDR die erste Sozialisationsinstanz. Als Rückzugsraum zur Ausbildung persönlicher Vertrauensbeziehungen und als Kanäle zur Versorgung mit denjenigen Gütern und Diensten, die ansonsten

---

<sup>236</sup> Vgl. Alexander von PLATO / Wolfgang MEINICKE, *Alte Heimat, neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR*, Berlin 1991, S. 156.

<sup>237</sup> Eine Studie für Schwerin in den Jahren von 1947 bis 1954 zeigt, dass 26,6 Prozent der Ehen unter Einheimischen, 42,7 Prozent unter Vertriebenen und 30,7 Prozent zwischen Einheimischen und Vertriebenen geschlossen wurden. Vgl. Karin WIECHHUSEN, *Die Integration der Vertriebenen in der Stadt Schwerin, dargestellt am Beispiel der Eheschließungen*, in: *Die Integration der Vertriebenen in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen*. Symposium vom 25.-29. April 1991 in Magdeburg, Bad Homburg 1991, S. 138-151, hier S. 143.

<sup>238</sup> Untersuchungen zu Bayern zeigen, dass mehr als die Hälfte derjenigen Flüchtlinge und Vertriebenen, die bei Kriegsende 14-21 Jahre waren, Ehepartner aus der alteingesessenen Bevölkerung gefunden haben. Diejenigen, die 1945 schon im mittleren Erwachsenenalter waren (30-34 Jahre), haben zu 96 Prozent Heimatvertriebene geheiratet. Vgl. Michael von ENGELHARDT, *Generation und historisch-biographische Erfahrung, Die Bewältigung von Flucht und Vertreibung im Generationenvergleich*, S. 343.

schwer erhältlich waren, hatten sie eine besondere Bedeutung.<sup>239</sup> Aber auch eigene Erfahrungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit, kriegsbedingte Vaterlosigkeit sowie das Leben in einer „Restfamilie“ prägten junge Flüchtlinge und Vertriebene stark.

Die „Umsiedlerkinder“ nahmen im unterschiedlichen Maße Einstellungen und Haltungen der Elterngeneration auf. Dazu zählten Familientraditionen und die Erinnerung an die alte – von den Kindern kaum gekannte – Heimat. Daraus musste aber nicht zwangsläufig eine Rückwärtsgewandtheit resultieren. Vielen der befragten „Umsiedlerkinder“ und „Umsiedlerstudenten“ wurde im Elternhaus vermittelt, dass sie sich auf die Bedingungen der neuen Zeit einlassen sollten, um ihren Lebensweg zu gehen. Hierbei bildeten eine besondere Leistungsbereitschaft und der Wille, nicht mit der Staatsmacht in Konflikt zu geraten, oft zwei Seiten einer Medaille.

## 6.2 Individuelle Leistungsbereitschaft

Eine Vielzahl psychologischer Untersuchungen ist der Frage nachgegangen, wie Flüchtlinge und Vertriebene und deren Kinder mit ihren Erfahrungen und Traumata umgingen bzw. umzugehen versuchten. Dabei wurde eine Typologie von vier Bewältigungsstrategien aufgestellt.<sup>240</sup>

Eine *erste* Möglichkeit, um mit seinen Vertreibungserfahrungen zurechtzukommen, ist, Astrid von Friesen zufolge, Trotz. Das Anderssein, die eigene Sprache und religiöse Tradition wer-

---

<sup>239</sup> Vgl. Karl Ulrich MAYER / Martin DIEWALD, Kollektiv und Eigensinn. Die Geschichte der DDR und die Lebensläufe ihrer Bürger, in: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE (1996), B 46, S. 8-17, hier S. 14.

<sup>240</sup> Vgl. zum Folgenden Astrid von FRIESEN, Der lange Abschied. Psychische Spätfolgen für die zweite Generation deutscher Vertriebener, S. 301.



den gegenüber der Aufnahmegesellschaft kultiviert. Die Betroffenen leben in selbst gewählten Schicksalsgemeinschaften, in denen sich Menschen mit ähnlichen Erfahrungen zusammenfinden. Der *zweite* Mechanismus ist Resignation. Aufgrund des Gefühls, wurzel- und heimatlos zu sein, klammern sich Menschen an übrig gebliebene Familienangehörige. Krankheiten und Depressionen gehen mit nicht enden wollenden Klagen gegenüber der Umwelt und (selbst-)zerstörerischem Verhalten einher. Revanchismus ist eine *dritte* Strategie, indem sich die Betroffenen in Phantasien von Rückkehr und Wiedergutmachung flüchten. Hass gegenüber den Vertreibern und die Vision von Rache können auch Auswirkungen für die nachfolgende Generation zeitigen. Schließlich erscheint eine Überanpassung durch Leistung als *vierte* Möglichkeit, um eine innere Scham zu kompensieren. Flüchtlinge entwickeln enorme Anstrengungen, zeigen hervorragende Leistungen und versuchen, sich durch Prestige und soziale Positionen zu rehabilitieren.

Diese von Friesen beschriebenen Bewältigungsstrategien treten natürlich nicht zwingend streng voneinander abgegrenzt auf, eine Verbindung oder ein Wechsel – auch zu unterschiedlichen Zeitpunkten – sind möglich.

Für die Lebenssituation von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR muss hervorgehoben werden, dass der Rückzug in den engen Kern der Schicksalsgemeinschaft nicht im selben Maße möglich war wie in der Bundesrepublik. Organisationen der Heimatvertriebenen waren nicht zugelassen, größere Treffen Betroffener wurden polizeistaatlich unterbunden.<sup>241</sup> Trotzdem gab es so etwas wie „Schick-

---

<sup>241</sup> Vgl. insgesamt das Kapitel „Die Selbstverwaltung der Flüchtlinge. Vertriebenen-Selbstorganisation und polizeistaatliche Repression in der SBZ/DDR“ bei Michael SCHWARTZ, Vertriebene und „Umsiedlerpoli-

salsgemeinschaften“ im familiären und nichtöffentlichen Raum. Dass ein Bedürfnis nach Austausch mit Gleichgesinnten vorhanden war, zeigt auch die Entwicklung nach 1989. Einige der Befragten haben sich Landsmannschaften oder dem Bund der Vertriebenen angeschlossen<sup>242</sup>, andere differenzieren deutlich zwischen dem Bedürfnis nach persönlicher Kontaktpflege und den politischen Zielrichtungen der Vertriebenenverbände.<sup>243</sup>

Vereinzelt finden sich auch Äußerungen, die zeigen, dass die Vertreibungserfahrungen noch immer nicht bewältigt sind. Allerdings tritt hier weniger Hass zutage als vielmehr ein Gefühl der Zurücksetzung.<sup>244</sup> Viele Flüchtlinge und Vertriebene, die in

---

tik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 61), München 2004, S. 477-543.

<sup>242</sup> „Von Anfang an bei der Gründung des BdV im Kreis aktiv. Grund war, dass dieses Thema nicht in Vergessenheit gerät.“ Herr P. (\* 1940 in Deutscheck, Kr. Glogau); „Ich bin seit 1.11.1992 Mitglied des BdV und arbeite seit etwa 10 Jahren im Vorstand des BdV/Schlesien in Jena mit. Wir halten regelmäßig monatliche Heimatnachmittage ab, die den Geschichten und Bräuchen unserer alten Heimat gewidmet sind. Unsere Mitglieder sind rege Besucher dieser Veranstaltungen und freuen sich auf die Zusammenkünfte, auch wenn viele altersbedingt nicht mehr teilnehmen können. Wir wollen doch, dass das Andenken an unsere ‚alte Heimat‘ nicht in Vergessenheit gerät.“ Frau K. (\* 1930 in Breslau).

<sup>243</sup> „Der Kontakt-Kreis mit Menschen aus dem Heimatort ist persönlicher und effektiver bei Vergangenheitsbewältigungen.“ Herr R. (\* 1931 in Penzig, Kr. Görlitz); „Heimattümelei und Nostalgie sowie immer wieder aufgeworfene Forderungen an andere Völker bringen uns in Europa nicht voran.“ Frau W. (\* 1928 in Breslau).

<sup>244</sup> „Schuld an der Vertreibung waren wir ‚Umsiedler‘ selbst. Schuldig wurde das Volk gesprochen, weil es die Regierung geduldet hatte, die den Krieg und zahlreiche Verbrechen begangen hat. Noch nie aber ist in der Geschichte ein ganzes Volk Schuldige oder Unschuldige für die Verbrechen einer Regierung bestraft worden. Ich empfinde es als eine Verletzung der Menschenrechte und des Rechts auf Heimat.“ Herr N. (\* 1932 in Tiefenfurt, Kr. Bunzlau); „Die Schuldigen für Flucht und Vertreibung waren der Nationalsozialismus, der durch den begonnenen Krieg und

der DDR lebten, fordern, dass ihr kollektives Schicksal eine starke Würdigung im öffentlichen Bewusstsein finden müsse.<sup>245</sup> Dagegen ist in den Fragebögen wenig von Resignation zu spüren. Dies kann auch damit zusammenhängen, dass deren Beantwortung mit großem Engagement und zeitlichem Aufwand verbunden ist. Hier haben viele der Befragten keine Mühen gescheut und sich selbst mit dem eigenen Schicksal auseinandergesetzt.<sup>246</sup>

Gerade die Befragung derjenigen Flüchtlinge und Vertriebenen, die eine Hochschulausbildung absolviert haben, zeigt, dass persönliche Leistung als eine Möglichkeit gesehen wurde, um mit den Bedingungen in der Aufnahmegesellschaft zurechtzukommen, die fundamentale Weichenstellungen für den weiteren Lebensweg bedeuteten. Hierbei ist ein enger Zusammenhang von Leistungsbereitschaft und Generationenzugehörigkeit zu konstatieren. Den „Umsiedlerkindern“ und „Umsiedlerstudenten“ bot sich eine reelle Möglichkeit, ihre eigene Situation und ihr späteres berufliches Fortkommen über höhere Bildungsabschlüsse zu verbessern. Älteren Flüchtlingen und Vertriebenen,

---

damit millionenfache Verbrechen die Grundlage für die Vertreibung geschaffen hat. Schlimm ist, dass einfach alle Deutschen rechts von Oder und Neiße schuld waren und büßen mussten. Rechtsstaatlich ist das einfach nicht. Ich betrachte das heute noch als Unrecht.“ Herr M (\* 1936 in Kesselbach, Kr. Görlitz).

<sup>245</sup> „Der Blickwinkel auf Flucht und Vertreibung hat sich [nach 1989/90] nicht verändert, nur die Hoffnungen auf eine Wahrheit, die Flucht und Vertreibungen auch in den Geschichtsbüchern Deutschlands festhält. Ebenfalls für uns eine Gedenkstätte in Berlin zu errichten, wie es andere Bevölkerungsschichten bekommen haben, wünschen wir uns. In Japan hat man sogar eine große Gedenkstätte für die „Gefallenen Soldaten“ aus dem letzten Krieg errichtet. Das wäre in Deutschland auch angebracht.“ Herr V. (\* 1929 in Breslau).

<sup>246</sup> „Dieser Bericht hat mir Beschäftigung für viele Abende gegeben.“ Frau P. (\* 1938 in Breslau).

die einen bestimmten Beruf erlernt hatten, blieb diese Perspektive verwehrt, was unter Umständen auch dazu führen konnte, dass diese eher resignierten.

Nach einem Lebensmotto und einer Überlebensstrategie befragt, geben viele „Umsiedlerkinder“ schlagwortartig bestimmte Begriffe an: „Leistung erbringen. (Meine Frau formuliert das so: Fleißig, ehrgeizig und trotzig seinen Weg gehen.“<sup>247</sup> Wenn gleich man in Rechnung stellen muss, dass solche Äußerungen erst lange Zeit nach der Ausbildung und vielfach dem Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben formuliert wurden, bleibt doch eine Feststellung: Leistungsbereitschaft im schulischen und beruflichen Alltag, die über diejenige der einheimischen Bevölkerung hinausgehen musste, wird als entscheidender Faktor für die selbstbestimmte Gestaltung des Lebens und damit des eigenen Selbstbewusstseins gedeutet.

Dabei wird immer wieder auf den Zusammenhang von Verlust Erfahrung und Bildung hingewiesen. Das Motto: „Was Du lernst, kann Dir niemand mehr wegnehmen“<sup>248</sup> scheint von Eltern, die ihren Besitz verloren hatten, an die Kinder weitergegeben worden zu sein. Im Vergleich von Bundesrepublik und DDR tritt die Bildungskomponente vielleicht sogar noch etwas akzentuierter zu Tage: „Im Westen konnte man bauen, in der DDR konnte man wenigstens lernen.“<sup>249</sup> Aufgrund fehlender statistischer Angaben können Vermutungen, dass Flüchtlingskinder im Vergleich zur alteingesessenen Bevölkerung überproportional häufig höhere Schulen oder Universitäten besuchten,

---

<sup>247</sup> Herr S. (\* 1939 in Breslau).

<sup>248</sup> Astrid von FRIESEN, *Der lange Abschied. Psychische Spätfolgen für die zweite Generation deutscher Vertriebener*, S. 302. Vgl. dazu auch Saskia HANDRO, *Geschichtsunterricht und historisch-politische Sozialisation in der SBZ und DDR (1945-1961)*, S. 336.

<sup>249</sup> Helga HIRSCH, *Schweres Gepäck*, S. 8.

allerdings nicht verifiziert werden.<sup>250</sup> Ein Zusammenhang kann jedoch insofern bestehen, dass Flüchtlinge und Vertriebene eher bereit waren, die Möglichkeiten zu nutzen, die das expandierende Hochschulwesen und der Fachkräftebedarf in der DDR boten, während bei manchem Einheimischen die Berufswahl noch stärker durch hergebrachte Familientraditionen bestimmt war.

Vielen Personen ging es aber auch darum, die tiefe Verunsicherung und die „innere Scham zu kompensieren“<sup>251</sup>, die sie infolge von Flucht und Vertreibung erlitten hatten. Dass sie wegen ihrer Ärmlichkeit und unterschiedlichen Dialekte verspottet wurden, hat Heimatvertriebene im starken Maße geprägt. Zudem sollte auch die eigene Daseinsberechtigung bekräftigt werden: Leistungsbereitschaft und sozialer Aufstieg konnten ebenfalls dazu dienen, sich gewissermaßen zu rehabilitieren, um sich und der Gesellschaft zu beweisen, dass einem Schreckliches widerfahren war: „Unterschwellig war die Tatsache der Vertreibung immer präsent. Ich meine, dass die Vertriebenen deshalb besonders hart und fleißig waren, um zu beweisen, dass sie etwas konnten (den Einheimischen gegenüber), dass ihre Vertreibung Unrecht war.“<sup>252</sup>

Unter den Bedingungen der Nachkriegszeit mussten Flüchtlinge und Vertriebene lernen, dass man sich in Notsituationen

---

<sup>250</sup> „Die Einheimischen hatten ihren Bauernhof, nicht. Meine beiden Brüder haben ja auch studiert, der eine Medizin, der andere Landwirtschaft. Und weil die Flüchtlinge keine Zukunft hatten, sie hatten keinen Bauernhof, haben sie eben doch mehr ihre Kinder zum Studium geschickt. Im Dorf war das so. Vielleicht war da auch mehr Trägheit bei den Einheimischen, ich weiß es nicht.“ Zitiert bei Alexander von PLATO / Wolfgang MEINICKE, *Alte Heimat, neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR*, Berlin 1991, S. 232.

<sup>251</sup> Vgl. Astrid von FRIESEN, *Der lange Abschied. Psychische Spätfolgen für die zweite Generation deutscher Vertriebener*, S. 301.

<sup>252</sup> Frau K. (\* 1936 in Schluckenau).

nicht zwangsläufig auf andere verlassen konnte. Der Individualismus als Lebensstrategie blieb auch in der Zeit der DDR erhalten: „Selbst handeln. Nicht darauf warten, dass die Gemeinschaft, der Staat, der Sozialismus Dir hilft.“<sup>253</sup> Zuweilen mochte diese Einstellung trotzig Züge annehmen.<sup>254</sup> Auf der anderen Seite konnte die individuelle Lebensstrategie auch darin bestehen, vor allem nicht aufzufallen: „Anpassen, einordnen, Augen auf, zu schnellen Entscheidungen bereit sein.“<sup>255</sup>

Diese Bemühungen, sich in der DDR zu etablieren, fanden natürlich nicht im politik- und gesellschaftsfreien Raum statt. Persönliches Engagement, eine hohe Arbeitsleistung sowie der Wille zum Neuanfang zählten zu den Katalysatoren für eine erfolgreiche berufliche und gesellschaftliche Integration. In bestimmten Lebensbereichen und Berufen erforderte dies auch politisches Engagement bzw. politische Anpassungsfähigkeit.<sup>256</sup> Von großer Bedeutung für das Zusammenwachsen von Flüchtlingen und Vertriebenen und Alteingesessenen in der DDR war zudem die ungeheure soziale Umwälzung in DDR, die vor allem durch die Westabwanderung sogenannter „bürgerlicher Eliten“ und qualifizierter Fachkräfte Aufstiegsmöglichkeiten nach sich zog. Davon konnten insbesondere jene profitieren, die sich entsprechend qualifizierten, aber auch bereit waren, sich den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft anzupassen.<sup>257</sup> Von Plato und Meinicke fassten die dafür erforderlichen Charakter-

---

<sup>253</sup> Herr S. (\* 1927 in Schwiebus).

<sup>254</sup> „Nicht aufgeben, kämpfen um dein Recht“. Frau K. (\* 1936 in Schluckebau).

<sup>255</sup> Herr T. (\* 1939 in Troppau).

<sup>256</sup> Vgl. Saskia HANDRO, *Geschichtsunterricht und historisch-politische Sozialisation in der SBZ und DDR (1945-1961)*, S. 336-337.

<sup>257</sup> Vgl. Alexander von PLATO / Wolfgang MEINICKE, *Alte Heimat, neue Zeit*, S. 177.

eigenschaften etwas plakativ zusammen: „Es waren dies aktive, vor allem ökonomisch orientierte, aufstiegswillige Menschen mit Durchsetzungskraft, mit individuell-egoistischen Interessen und einer Bereitschaft zum Triebverzicht, wie sie uns aus den Beschreibungen frühbürgerlicher Gesellschaften und ihrer Literatur so lieb geworden sind.“<sup>258</sup>

Nicht alle Flüchtlinge und Vertriebenen konnten und wollten diesen Weg gehen. Am Beispiel der „Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkinder“ zeigt sich aber, dass die Integration in die DDR-Gesellschaft über die Bildungsinstitutionen und späteren Berufe beschleunigt wurde und dass den Betroffenen diese Möglichkeit sehr wohl bewusst war. Die „Umsiedlerpolitik“ der SED beinhaltete eine spezielle Leistungskomponente, die jüngeren, gut ausgebildeten Fachkräften besondere Perspektiven bot, während sich die Generationen der Eltern und Großeltern in mancher Hinsicht materiell und sozial-psychologisch zurückgesetzt sahen.<sup>259</sup>

### **6.3 Gesellschaftliche und politische Einordnung**

Die Lebens- und Berufswege von Flüchtlingen und Vertriebenen in der DDR wurden von den Rahmenbedingungen der SED-Herrschaft beeinflusst. Dazu zählten nicht nur die Umsiedlerpolitik der Staatspartei, sondern insgesamt politische Vorgaben,

---

<sup>258</sup> Vgl. Alexander von PLATO / Wolfgang MEINICKE, *Alte Heimat, neue Zeit*, S. 181.

<sup>259</sup> Vgl. Michael SCHWARTZ, „Verteilungskonflikte unter Werktätigen müssen unter allen Umständen vermieden werden.“ Lastenausgleichs-Diskussionen und Soforthilfe-Politik in der SBZ/DDR, in: Paul ERKER (Hrsg.), *Rechnung für Hitlers Krieg. Aspekte und Probleme des Lastenausgleichs (= Pforzheimer Gespräche zur Sozial-, Wirtschafts- und Stadtgeschichte, Bd. 3)*, Heidelberg 2004, S. 217-233, hier S. 232.

denen sich Einzelne nicht vollständig entziehen konnten, auch wenn sich die Herrschaftsformen im Laufe der Zeit wandelten und subtiler wurden. „In der Substanz aber blieb der SED-Staat das, als was er ausgebaut wurde: ein totalitäres System, in dem sich der Machtanspruch der führenden Partei bzw. ihrer Führungsgruppe auf alle Bereiche des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens erstreckt und durch staatliche Lenkungsinstrumente bis hin zum ‚Schild der Partei‘, dem MfS, durchgesetzt wurde.“<sup>260</sup> Zwar existierten in der DDR die vielbeschworenen „Nischen“ – allerdings nur in lebensweltlichen Teilbereichen. Ein autarkes Leben jenseits der Grenzen, die Staat und Partei aufzeigten, war nicht erlaubt und auch nicht möglich, da die Staatssicherheit darauf abzielte, auch diese Bereiche mittels Denunziationen zu „zersetzen“.<sup>261</sup>

Insofern arrangierten sich der weit überwiegende Teil der Bürger und damit auch die in der DDR lebenden Flüchtlinge und Vertriebenen mit den vorherrschenden gesellschaftlichen und politischen Bedingungen.<sup>262</sup> Einen klaren Bruch wagten 800 000 Personen, die von der Zeit der Staatsgründung bis zum

---

<sup>260</sup> ENTSCHLIEBUNGSANTRAG ZUM BERICHT DER ENQUETE-KOMMISSION „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Drucksache 12/7820 (16.5.1994), in: MATERIALIEN DER ENQUETE-KOMMISSION „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bd. 1, hrsg. v. Deutscher Bundestag, Baden-Baden 1995, S. 782-783.

<sup>261</sup> Vgl. Rainer ECKERT, Leben unter den Bedingungen autoritärer Herrschaft oder: Heimat DDR, in: Jörg CALLIEß (Hrsg.), Lebenslauf und Geschichte. Zur historischen Orientierung im Einigungsprozeß (= Loccumer Protokolle, Bd. 63), Rehburg-Loccum 1993, S. 93-107, hier S. 99.

<sup>262</sup> Vgl. hierzu auch Philipp THER, Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 127), Göttingen 1998, S. 347.



Mauerbau in den Westen gingen.<sup>263</sup> Unter den politischen und sozialen Gegebenheiten der SED-Herrschaft sahen diese Menschen für sich keine Lebensperspektive und wagten lieber den ungewissen Neuanfang.<sup>264</sup> Junge und gut ausgebildete Kräfte stellten dabei einen hohen Anteil der Zuwanderer in die Bundesrepublik.<sup>265</sup> Für den überwiegenden Teil der „Umsiedler“ waren aber die push- und pull-Faktoren nicht groß genug, um diesen Schritt zu wagen.

Zwar hatte die SED unter der Gruppe der Flüchtlinge und Vertriebenen zunächst mit deutlichen Akzeptanzproblemen hinsichtlich ihrer Politik zu kämpfen. Dies betraf vor allem die untersagten Versuche der Selbstorganisation, aber auch die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Staatsgrenze, die propagandistisch zur „Friedensgrenze“ überhöht wurde.<sup>266</sup> Dennoch ist es

---

<sup>263</sup> Vgl. Helge HEIDEMEYER, *Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 100), Düsseldorf 1994, S. 44. Alexander von PLATO / Wolfgang MEINICKE, *Alte Heimat, neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR*, Berlin 1991, S. 79 operieren mit Werten von etwa 950 000 Flüchtlingen.

<sup>264</sup> „Emotional war der Abbruch des Lebens in Rostock Ludwigslust nicht einfach. 6 Jahre nach Kriegsende war mit Studium, Freunden und Freundin wieder eine Art normales Leben vorhanden. Nun musste ich wieder mal neu anfangen.“. Herr S. (\* 1927 in Schwiebus).

<sup>265</sup> Die Bildungsabschlüsse junger Flüchtlinge und Vertriebener, die in die Bundesrepublik abwanderten, können nicht ermittelt werden. Insgesamt lag der Anteil der Studenten aus allen Bevölkerungsgruppen, die die DDR verließen, über dem Prozentsatz der Studenten an der Bevölkerung. Vgl. Helge HEIDEMEYER, *Flucht und Zuwanderung aus der SBZ, DDR 1945/1949–1961*, S. 50.

<sup>266</sup> Vgl. Rainer GRIES, *Jenseits der „Brücken der Freundschaft“*. Propaganda und Alltag der Oder-Neiße-„Friedensgrenze“ in den siebziger Jahren, in: *Der Zweite Weltkrieg in Europa und Asien. Grenzen, Grenzräume, Grenzüberschreitungen*. Professor Dr. Bernd Martin zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Susanne KUB / Heinrich SCHWENDEMANN, Freiburg

nicht so, dass sich aktive SED-Mitgliedschaft und Vertriebenen-schicksal automatisch ausgeschlossen hätten. Politische und soziale Vorstellungen und Vorgaben konnten das Herkunftskriterium überlagern, auch wenn die jeweiligen Vertreter durchaus den Zwiespalt registrierten, in dem sie sich befanden.<sup>267</sup>

So waren einige der höchsten Staats- und Parteipräsidenten jenseits von Oder und Neiße geboren. Der im östlichen Teil von Guben geborene Wilhelm Pieck amtierte bis 1960 als Präsident der DDR. Zu den prominentesten Vertretern von Staat und Partei, die ihre Geburtsorte östlich von Oder und Neiße hatten, gehörten auch der langjährige SED-Bezirkschef Hans Modrow, der 1928 in Jasenitz (Landkreis Randow, Provinz Pommern) auf die Welt kam und von November 1989 bis März 1990 das Amt des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR wahrnahm, und Egon Krenz (\* 1937 in Kolberg), FDJ-Vorsitzender und für wenige Wochen als Nachfolger Erich Honeckers SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzender der DDR. Günter Mittag (\* 1926 in Stettin) war als langjähriges Mitglied des Politbüros der SED die zentrale Figur in der Planwirtschaft der DDR.

Bei einer Durchsicht einschlägiger biographischer Nachschlagewerke stößt man auf weitere Funktionäre auf Staats- und Parteiebene, deren Geburtsorte in den ehemaligen deutschen Ostgebieten bzw. in den nicht zum Deutschen Reich gehörenden deutschen Siedlungsgebieten lagen.<sup>268</sup> Auch ranghohe Mitarbei-

---

2006, S. 107-127, hier S. 110; Philipp THER, Deutsche und polnische Vertriebene, S. 238.

<sup>267</sup> Vgl. Michael SCHWARTZ, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“, S. 269-283.

<sup>268</sup> Die folgenden Angaben finden sich bei Helmut MÜLLER-ENBERGS u.a. (Hrsg.), Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Bonn 2000.

ter der Sicherheitsorgane<sup>269</sup>, bekannte Künstler und Schriftsteller<sup>270</sup> oder Mitglieder der Blockparteien<sup>271</sup> hatten Flucht und Vertreibung am eigenen Leib erfahren müssen.

Zudem sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass auch sogenannte „Antifa-Umsiedler“ aus der Tschechoslowakei in der Sowjetischen Besatzungszone eintrafen, wozu vor allem ehemalige Mitglieder der Kommunistischen Partei und der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei zählten. Wenngleich ihre zwangsweise Aussiedlung nur propagandistisch als „freiwillige Ausreise“ deklariert werden konnte, hatte die Gruppe der rund 50 000 „von der CSR als aktive Kämpfer gegen den Hitlerfaschismus“ anerkannten Personen doch gewisse Startvorteile gegenüber anderen Flüchtlingen und Vertriebenen.<sup>272</sup> Immerhin wurde ihnen gestattet,

---

<sup>269</sup> Alfred Scholz (\* 1921 in Groß Ullersdorf/Mähren, † 1978), 1975 stellvertretender Minister für Staatssicherheit der DDR.

<sup>270</sup> Helmut Johannes Baiert (\* 1926 in Rumburg/Nordböhmen); † 2005), Schriftsteller, 1974-1990 Vizepräsident Akademie der Künste der DDR; Willi Sitte (\* 28. Februar 1921 in Kratzau/Nordböhmen), bildender Künstler, 1974-1988 Präsident des Verbandes Bildender Künstler (VBK) der DDR.

<sup>271</sup> Lothar Bolz (\* 1903 in Gleiwitz/Oberschlesien, † 1986); KPD, später NDPD; 1953 bis 1965 Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR.

<sup>272</sup> Vgl. Heike van HOORN, *Neue Heimat im Sozialismus. Die Umsiedlung und Integration sudetendeutscher Antifa-Umsiedler in die SBZ/DDR*, Essen 2004; Heike van HOORN, *Zwischen allen Stühlen : Die schwierige Stellung sudetendeutscher Antifa-Umsiedler in den ersten Jahren der SBZ/DDR*, in: Jan C. BEHRENDIS u. a. (Hrsg.), *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003, S. 159-178. Eine zahlenmäßig geringere Gruppe deutscher Kommunisten aus Breslau gelangte 1945/46 in die SBZ. Vgl. Mike SCHMEITZNER, *Breslau im Blick. Deutsche Nazi-Gegner zwischen Vertreibung und Neuansiedlung*, in: Mike SCHMEITZNER / Katarzyna STOKŁOSA (Hrsg.), *Kontrahenten oder Partner? Deutsch-polnische Nachbarschaft im Jahrhundert der Diktaturen (= Mittel- und Ostmitteleuropastudien, Bd. 7)*, Berlin 2008 [im Druck].

einen Teil ihres beweglichen Besitzes mitzunehmen. Sie hatten eine klare ideologische Affinität zu den politischen Zielvorgaben der KPD/SED und sollten demnach in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR auch in verschiedenen Partei- und gesellschaftlichen Funktionen eingesetzt werden.

Auch der „Umsiedlerpolitik“ der SED, die für das Ziel, Flüchtlinge und Vertriebene in der DDR-Gesellschaft aufgehen zu lassen, nicht vor Zwangsmitteln zurückschreckte, konnten manche der im Rahmen dieser Studie Befragten etwas Gutes abgewinnen: „Ich kann den Umgang mit dem Thema in der DDR gut finden. Jedenfalls hat er, was ich für sehr wichtig halte, mit dazu beigetragen, den Verlust zu verschmerzen und die Gedanken auf das friedliche Leben mit den neuen Einwohnern der heimatlichen Gegend zu lenken. Er hat auch dazu geholfen, deutlich von der Schuld der Deutschen am Kriege zu denken und das Geschick der Umsiedler als Folge anzunehmen. So konnten wir auch nicht als Instrument im Kalten Krieg benutzt werden. Der Umgang mit dem Problem in der DDR hat geholfen, dass die Vergangenheit nicht über die Gegenwart herrschen musste.“<sup>273</sup> Solch eine Auffassung vertraten Mitte der sechziger Jahre auch einige westdeutsche Beobachter, die neben sozio-ökonomischen Faktoren ausdrücklich auch den repressiven Umgang mit Vertriebenenidentität und -organisation für eine erfolgreiche Integration verantwortlich machten.<sup>274</sup>

Im Laufe der Zeit näherten sich einige der befragten „Umsiedlerkinder“ der SED an. Die anfangs ablehnende Haltung wandelte sich zunehmend in Wohlwollen: „Die Erlebnisse als Flüchtling bewirkten in den ersten Jahren eine fast feindliche Haltung zur Politik der DDR und der SED. Studium und Ein-

---

<sup>273</sup> Herr L. (\* 1937 in Schadewalde bei Markklissa, Kr. Lauban).

<sup>274</sup> Vgl. Michael SCHWARTZ, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“, S. 1171.

blick in die Theorie der Gesellschaft führten dann zu einer zumindest teilweisen Annäherung, die ich auch mit gutem Gewissen vertreten konnte.“<sup>275</sup>

Aus einer solchen Einstellung konnte auch ein Beitritt in der SED resultieren. Einige der jungen Erwachsenen wurden schon früh Mitglied der Staatspartei, weil sie von deren politischer Ausrichtung überzeugt waren.<sup>276</sup> Bei anderen entwickelte sich im Laufe der Zeit eine Bindung, die weit über eine geforderte Loyalität hinausging: „Aus der ursprünglichen Dankbarkeit und Loyalität gegenüber dem SED-Staat war über Jahre hin die Überzeugung von der sozialen Gesellschaftsutopie des Sozialismus und ihrer erfolgreichen Verwirklichung geworden. 1966 bin ich der SED beigetreten, und im Verlaufe der folgenden fast 25 Jahre habe ich in dieser Partei unterschiedliche Funktionen inne. Auch solche, die Gewissenskonflikte provozieren und nur mit der geforderten ‚Parteidisziplin‘ zu bewältigen sind.“<sup>277</sup>

---

<sup>275</sup> Frau P. (\* 1938 in Breslau).

<sup>276</sup> „Ich war Mitglied der SED. Im Jahr 1950 war die SED für mich die Partei, die als ein Hauptziel den Frieden in der Welt als politische Aufgabe ansah.“ Frau S. (\* 1930 in Breslau); „Ich war aufgeschlossen der neuen politischen Entwicklung gegenüber, befand diese damals für gut und trat 1956 der SED als Kandidatin bei.“ Frau K. (\* 1936 in Schluckenau); „Ich war als Erwachsener aktiv am Aufbau der DDR beteiligt. Die SED war für mich eine Partei, die Lehren aus der Vergangenheit gezogen hatte und die Kriege und deren Folgen, wie Flucht und Vertreibung, zu verhindern hoffte.“ Herr S. (\* 1939 in Weißstein, Kr. Waldenburg).

<sup>277</sup> Herr S. (\* 1939 Ganna/Ungarn), in: Astrid von FRIESEN / Wendelin SZALAI (Hrsg.), Heimat verlieren, Heimat finden, S. 47. In anderen Fällen hat sich aber keine spezielle Bindung entwickelt, die über Loyalität hinausgeht: „Der Tod meines Vaters im Jahre 1949 stellte mich vor die Frage – studieren, ja oder nein. Mutter hat mir ein Studium unter großen Entbehrungen ermöglicht. Ich war immer der Meinung, dem Staat oder einer Partei keine Dankbarkeit schuldig zu sein. Da die Lehrerausbildung zu den kürzesten Studien gehörte, entschied ich mich dafür. Mit dem Mindeststipendium habe ich mich durchgeschlagen; warum sollte

Außer politischer Überzeugung haben aber auch andere Gründe junge Menschen zur SED geführt. Ein späterer Russisch- und Geschichtslehrer schildert, dass er sich vor Beginn seines Studiums aus Opportunismus um eine Parteimitgliedschaft bemüht habe.<sup>278</sup>

Angesichts politischer Kurswechsel der SED bot eine Parteimitgliedschaft jedoch keine Gewähr für ein andauerndes berufliches Fortkommen. Einem der befragten Studenten wurde seine distanzierte Haltung zum Mauerbau 1961 zum Verhängnis. Dem Parteiausschluss folgte die Exmatrikulation.<sup>279</sup> Immerhin konnte die betroffene Person sich über ein Fernstudium an der Ingenieurhochschule für Chemie in Köthen nachqualifizieren, wenngleich sein negativer Eintrag in der Kaderakte das Berufsleben begleitete. Ähnliche Beispiele unterbrochener Berufswege sind für die DDR nicht untypisch.<sup>280</sup> Vertriebene mussten

---

ich ein besonderes Verhältnis zu Staat und Partei entwickeln.“ Herr N. (\* 1932 in Tiefenfurt, Kr. Bunzlau).

<sup>278</sup> „Ich bin nur aus Karrieregründen der SED beigetreten. Mein Klassenlehrer in der 12. Klasse hat mich für die SED geworben. Dabei bin ich nicht Mitglied geworden, weil ich etwa von der kommunistischen Weltanschauung überzeugt gewesen wäre. Entscheidend war der Einfluss des Klassenlehrers.“ Herr R. (\* 1937 in Ober-Schönfeld, Kr. Bunzlau). Die Tätigkeit als FDJ-Sekretär wird wie folgt begründet: „Dennoch habe ich immer versucht, mich allseitig zu orientieren. Im Übrigen lebte ich als den Verhältnissen angepasster junger Mensch, ohne mich auf irgendeine Weise besonders hervorzutun.“

<sup>279</sup> Vgl. Beurteilung des Prorektorats für Studienangelegenheiten der Hochschule für Verkehrswesen Dresden über den Studenten P. vom 5. Juli 1962 (liegt in Kopie vor). In diesem Schreiben wird der Geburtsort (\* 1938 in Pölitz b. Stettin) nicht aufgeführt, nur der soziale Status „Arbeiterkind“.

<sup>280</sup> „Nach Studienabschluss wurde ich als Lehrerin in den Kreis Heiligenstadt (Grenzgebiet) ‚delegiert‘ (d.h. die Absolventen bekamen die Arbeitsorte vorgeschrieben). Dort blieb ich bis 1959 und ließ mich dann nach Bad Blankenburg in Thüringen versetzen, da ich Probleme mit den Genossen der Volksbildung und der SED bekam. Ich hatte öffentlich die Kollekti-

jedoch nicht zwangsläufig der SED angehören, um beruflich bis zu einer gewissen Stufe Karriere zu machen. Dies gilt selbst für „staatsnahe“ Tätigkeiten wie den Lehrberuf.<sup>281</sup>

Natürlich blieb auch ein gewisser Teil der Befragten der neuen Ordnung gegenüber skeptisch eingestellt. Begrifflich kann diese Haltung – zumindest für die Untersuchungsgruppe der „Umsiedler“ mit Hochschulabschluss – jedoch nicht mit dem Begriffspaar Dissidenz und Opposition erfasst werden. Hierfür wären vielleicht existentielle Entscheidungen notwendig gewesen, die bedeutet hätten, den bisher ausgeübten Beruf oder das Studium aufzugeben oder dies zumindest zu riskieren.<sup>282</sup> Dies war bei den befragten „Umsiedlerkindern“ und „Umsiedlerstudenten“ nicht der Fall.

---

vierung der Bauern im Dorf kritisiert. 1960 wurde ich, da ich ‚uneinsichtig‘ war, fristlos aus dem Lehrerberuf im Kreis Rudolstadt entlassen. Danach war ich 3 Wochen arbeitslos und fing dann beim VEB Zeiss Jena als Arbeiterin in der Oberflächenbearbeitung an [...] Im September 1961 begann ich meine Tätigkeit als Methodikerin im ‚Haus der Pioniere‘ in Saalfeld. 1962 wechselte ich in das ‚Haus der Pioniere‘ nach Leipzig und übernahm hier die Leitung des Kindertheaters. Ich hatte mich ja schließlich ‚in der Produktion bewährt.‘ 1964 durfte ich dann zum 1.9. wieder im Schuldienst als Lehrerin tätig sein.“ Frau K. (\* 1936 in Schluckenau).

<sup>281</sup> „Ich war nie Mitglied einer Partei. Es ist auch nicht richtig, dass man als Lehrer Mitglied der SED sein musste. Wer das behauptet, sagt die Unwahrheit. Ich habe in zwei Gesprächen mit der Schul- und Parteileitung kategorisch einen Beitritt abgelehnt, und dabei auch als Grund meine Erfahrungen bei der Vertreibung angeführt. Man hat meine Meinung nicht unbedingt gebilligt, konnte aber schlecht meine dargestellten Erfahrungen als unwahr hinstellen. Allerdings war nach den Gesprächen eine Karriere oder Beförderung ausgeschlossen. Das hinderte die Schulleitung nicht daran, bei Überprüfungen mich für ‚Musterstunden‘ heranzuziehen. Eine Zeitlang war ich Vorsitzender der Gewerkschaftsgruppe unserer Schule, wurde aber bald durch den Einspruch der Leitungen abgewählt.“ Herr N. (\* 1932 in Tiefenfurt, Kr. Bunzlau).

<sup>282</sup> Vgl. Rainer ECKERT, *Leben unter den Bedingungen autoritärer Herrschaft oder: Heimat DDR*, S. 101.

Vielmehr scheinen die für die Beschreibung der DDR-Gesellschaft verwendeten Termini Herrschaft und Eigen-Sinn<sup>283</sup> sinnvoller anwendbar zu sein: „Das Spektrum der als ‚eigen-sinnig‘ zu charakterisierenden Verhaltensweisen und Motive ist daher breit angelegt. Es reicht vom Übereifer der glühenden Idealisten und der egoistischen Nutzung der Möglichkeiten einer aktiven Mitarbeit über äußerlich loyales, aber innerlich distanziertes Verhalten bis hin zu passiven Formen der Verweigerung, zu offener Dissidenz und Gegenwehr. Diese Haltungen und Motive lassen auch die herrschaftsunterworfenen Akteure als Machtsubjekte hervortreten; sie können daher nicht losgelöst von Herrschaft betrachtet werden.“<sup>284</sup>

Zu den damit erfassten Verhaltensweisen zählt auch die „Dichotomie von Offizielltem und Persönlichem“<sup>285</sup> Manche Flüchtlinge und Vertriebene versuchten eine klare Trennung zwischen privater und öffentlicher Sphäre vorzunehmen: „Wir mussten in dem Staat leben, wollten unsere Heimat nicht verlassen, deshalb haben wir uns in diesen Staat eingefügt. Wir haben bereits als Kind gelernt, dass man nicht immer und überall alles sagen darf, was man denkt und was zu Hause passiert und gesprochen wird.“<sup>286</sup>

---

<sup>283</sup> Vgl. Thomas LINDENBERGER, Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: Thomas LINDENBERGER (Hrsg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR (= Zeithistorische Studien, Bd. 12), Köln-Weimar 1999, S. 13-44, hier S. 21.

<sup>284</sup> Ebda., S. 23.

<sup>285</sup> Ebda., S. 26.

<sup>286</sup> Frau B. (\* 1939 in Nieder Halbendorf, Kr. Lauban); „Schon damals bildeten sich die in der DDR üblichen 2-Meinungswelten heraus, einer offiziellen und einer für persönliche Gespräche“. Herr T. (\* 1939 in Tropau).



Diese Einstellung – die auch aus der Zeit des Dritten Reichs bekannt ist – wurde innerfamiliär vermittelt und hatte auch die psychologische Funktion, das eigene Arrangement mit den Diktaturen zu relativieren. Denn sich anzupassen und nicht aufzufallen, scheint auch in der Nachkriegszeit unter Flüchtlingen und Vertriebenen eine verbreitete Strategie gewesen zu sein: „Sich möglichst zurückhalten, ein guter Arbeiter sein, in keiner Partei oder Organisation (mehr) Mitglied sein, wenn es nicht unbedingt nötig ist, und vor allem – nichts mit Politik zu tun haben.“<sup>287</sup>

Einige der befragten „Umsiedlerkinder“ führten ihre Studienwahl neben ihren persönlichen Interessenschwerpunkten auch auf die Staats- und Parteinähe bestimmter Fächerkombinationen zurück, vor der sie zurückschreckten. Dies konnte den Ausschlag zugunsten naturwissenschaftlicher und technischer Studienrichtungen geben.<sup>288</sup>

Dem Privaten und dem Beruf, der die materiellen Lebensverhältnisse absicherte, wurde ein hoher Stellenwert eingeräumt, vor dem andere Dinge in den Hintergrund traten.<sup>289</sup> Sofern nicht unmittelbare und nicht lösbare Konfliktfelder zu Staat und Partei vorgezeichnet waren, wurden Differenzen dem eigenen Wohlergehen und Fortkommen untergeordnet<sup>290</sup>: „Meine politische

---

<sup>287</sup> Vgl. Alexander von PLATO / Wolfgang MEINICKE, *Alte Heimat, neue Zeit*, S. 147.

<sup>288</sup> „Zwar hätte mich ein Studium mit Geschichte, Philosophie u. ä. mehr gereizt, aber unter DDR-Bedingungen habe ich persönlich mich für Mathe/Physik entschieden und es auch nicht bereut.“ Herr T. (\* 1939 in Troppau).

<sup>289</sup> „Man war fleißig, gut im Beruf, gesellig, familiär, und damit basta.“ Vgl. Alexander von PLATO / Wolfgang MEINICKE, *Alte Heimat, neue Zeit*, S. 153.

<sup>290</sup> „In meiner Tätigkeit als Entwicklungskonstrukteur ging ich förmlich auf. Dennoch gab es auch mit mir gesellschaftliche Auseinandersetzungen, so zum Beispiel zu meinem Austritt aus der Kampfgruppe und zu meinem Standpunkt zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Für mich

Einstellung war immer sehr kritisch gegenüber dem sozialistischen Regime. Doch habe ich – wie viele DDR-Bürger – doppelzünglerisch reagiert. Ich wusste, dass ich bei öffentlicher Kritik als Friedhofsgärtner enden würde. Das wollte ich meiner Familie nicht antun. Deshalb habe ich meinen Beruf der notwendigen öffentlichen Kritik vorgezogen.“<sup>291</sup> Mit einer ähnlichen Haltung konnte auch die Frage der konfessionellen Zugehörigkeit in den privaten Raum verlagert werden.<sup>292</sup>

Einer der Befragten führt an, dass ihn schon damals die Frage quälte, wann die Grenze zwischen verantwortbarer Anpassung und Opportunismus überschritten werde. Seinen Beitritt zur FDJ empfand er als Selbstverleugnung: „Als ich die blaue Uniform das erste Mal anzog und mich im Spiegel betrachtete, spuckte ich auf mein Bild im Spiegel.“<sup>293</sup>

Insgesamt boten die beruflichen Möglichkeiten in der DDR für viele Flüchtlinge und Vertriebene ein gewisses Äquivalent für die erforderlichen Anpassungsleistungen, teilweise auch Op-

war in dieser Zeit die wichtigste Aufgabe, mich beruflich zu festigen.“. Herr G. (\* 1932 in Seifersdorf/Schlesien), in: Astrid von FRIESEN / Wendelin SZALAI (Hrsg.), *Heimat verlieren, Heimat finden*, S. 223.

<sup>291</sup> Herr R. (\* 1937 in Ober-Schönfeld, Kr. Bunzlau).

<sup>292</sup> „Ich bin katholisch; habe es aber nicht zum Ausdruck gebracht, da ich wusste, es könnte mir Probleme bereiten; eine Religionsausübung war nicht erwünscht.“. Frau K. (\* 1936 in Schluckenau); „Ich war und bin katholisch, hatte im Studium relativ schnell Kontakt mit einem Kommilitonen der Katholischen Studentengemeinde der Hochschule im St.-Joseph-Krankenhaus in Potsdam, wo wir uns regelmäßig trafen. Zum Ende des 1. Studienjahres wurde meine Mutter zu einer Aussprache an die PH geladen, zu der dann mein Pflegevater fuhr. Ihm wurde offeriert, entweder ich gebe die Mitarbeit in der Studentengemeinde auf oder ich werde exmatrikuliert. Im folgenden Gespräch zu Hause entschloss ich mich fürs Weiterstudieren und hatte nur noch Privatkontakte. Mein Kommilitone wurde wirklich exmatrikuliert.“. Herr T. (\* 1939 in Tropau).

<sup>293</sup> Herr S. (\* 1927 in Schwiebus)

portunismus. Dies genügte in vielen Fällen, um vorhandene Zweifel und Demütigungen zu kompensieren.<sup>294</sup> Die eigensinnigen Lebensentwürfe bewegten sich – wie die der alteingesessenen Bevölkerung – im weiten Spektrum von Überzeugung, gesellschaftlicher und politischer Aktivität, Abwarten, Rückzug und stiller Kritik. Auf jeden Fall erforderte ein Leben im SED-Staat jedoch gewisse „Anpassungskosten“, die sich in unterschiedlicher Art und Weise zeigen konnten.<sup>295</sup>

## **7 „Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkinder“ in der DDR-Gesellschaft. Ein generations- und bildungsspezifischer Analyseansatz**

Der überwiegende Teil der befragten Flüchtlinge und Vertriebenen erklärte, dass sie in verschiedener Art und Weise an ihren neuen Wohnorten „heimisch“ geworden sind. „Zu Hause ist man letztlich, wo man wohnt, dass es die DDR war, war unser Schicksal“<sup>296</sup>, so umschreibt ein ehemaliges „Umsiedlerkind“ seine Empfindungen gegenüber der Aufnahmegesellschaft und spielt damit auch darauf an, dass sich Flüchtlinge und Vertrie-

---

<sup>294</sup> Vgl. Alexander von PLATO / Wolfgang MEINICKE, *Alte Heimat, neue Zeit*, S. 265.

<sup>295</sup> „Nachdem also der Westen nicht in Frage kam, musste sich Herr Ahlsen in das ungeliebte östliche System einfügen und dabei feststellen, dass die Trennung von System und Mensch, die konstitutiv zu seiner biographischen Selbstdarstellung gehört, schwierig wurde; denn er konnte nicht nur an anderen feststellen, dass Menschen ‚Systemerfahrungen‘ machen und das ‚System‘ dabei Menschen veränderte und Anpassungskosten verlangte. Es war schlimmer: Andere stellten das an ihm fest, sogar seine nächsten Verwandten.“ Vgl. Alexander von PLATO / Wolfgang MEINICKE, *Alte Heimat, neue Zeit*, S. 204.

<sup>296</sup> Herr U. (\* 1934 in Breslau).

---

bene nicht aussuchen konnten, ob sie in die westlichen oder die Sowjetische Besatzungszone gelangten.

Abschließend soll zusammengefasst werden, welche Faktoren für eine Integration der „Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkinder“ in die DDR-Gesellschaft von besonderer Bedeutung waren. *Erstens* setzten die politischen Vorgaben der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR den Rahmen für die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen. Unter der Prämisse der „Entdifferenzierung“ der Gesellschaft hatten gesonderte Maßnahmen für „Umsiedler“ keinen Platz bzw. wurden nach wenigen Jahren aufgegeben. Damit konnten „Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkinder“ keine besondere gesellschaftliche Gruppe konstituieren, sondern wurden formell in die Gesamtbevölkerung eingeschlossen. *Zweitens* zeigten sich aber generationenspezifische Unterschiede bei der Integration. Da die DDR als Arbeitsgesellschaft der Erwerbstätigkeit eine große Bedeutung einräumte, boten sich jungen Arbeitnehmern bessere Berufs- und damit letztlich auch Lebensperspektiven als älteren oder arbeitsunfähigen Personen. *Drittens* waren auch die Bildungsabschlüsse für den Platz, den einzelne einnahmen, bedeutsam. Flüchtlinge und Vertriebene mit Hochschulabschluss konnten dabei insbesondere vom Bedarf an qualifizierten Fachkräften in den fünfziger und sechziger Jahren profitieren. Jedoch sollte *viertens* nicht vergessen werden, dass DDR-Bürger und damit auch die „Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkinder“ jeweils eigen-sinnige Wege fanden, sich mit den Bedingungen der DDR auseinander zu setzen.

#### 1.

Bis zum 1. Dezember 1989, als die Volkskammer der DDR den Verfassungssatz von der „führenden Rolle“ der Partei aufhob,

hat die SED ihren umfassenden Herrschaftsanspruch über Staat und Gesellschaft aufrechterhalten. Dazu zählte auch die Entdifferenzierung der Gesellschaft bzw. ihrer Subsysteme.<sup>297</sup> In den letzten Jahren haben Sozial- und Alltagshistoriker differenzierte Betrachtungsweisen entwickelt, die neben die Zentralperspektive der „Durchherrschaft“ auch „Grenzen der Diktatur“<sup>298</sup> in den Mittelpunkt rücken bzw. die DDR-Gesellschaft sogar als „Diktatur der Grenzen“<sup>299</sup> begreifen. Auch wenn sich das SED-Regime im Laufe der Zeit wandelte und mehr und mehr auf eine zur Gewohnheit werdende Disziplinierung oder materielle Anreize setzte, blieb die Anwendung von psychischem Zwang und Repression immer möglich.<sup>300</sup> Herrschaft wurde zudem auch über die Verteilung von Lebenschancen und Perspektiven ausgeübt.

Das Primat einer entdifferenzierten Gesellschaft beeinflusste die „Umsiedlerpolitik“ der SED im starken Maße. So wurde alles unternommen, um eine Segregation von Flüchtlingen und Vertriebenen zu unterbinden. Ab den fünfziger Jahren existierten keine gesonderten Instanzen der Umsiedlerverwaltung mehr. Eine aktive politische und gesellschaftliche Partizipation von Vertriebenen über Organisationen und Zusammenschlüsse, die

---

<sup>297</sup> Vgl. Sigrid MEUSCHEL, *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989*, Frankfurt 1992, S. 10.

<sup>298</sup> Vgl. Richard BESSEL / Ralph JESSEN, Einleitung. *Die Grenzen der Diktatur*, in: Richard BESSEL / Ralph JESSEN, *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*, Göttingen 1996, S. 7-24.

<sup>299</sup> Vgl. Thomas LINDENBERGER, *Die Diktatur der Grenzen*. Zur Einleitung, in: Thomas LINDENBERGER (Hrsg.), *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR (= Zeithistorische Studien, Bd. 12)*, Köln-Weimar 1999, S. 13-44.

<sup>300</sup> Vgl. Karl Ulrich MAYER / Martin DIEWALD, *Kollektiv und Eigensinn. Die Geschichte der DDR und die Lebensläufe über Bürger*, in: *AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE* (1996), B 46, S. 8-17, hier S. 10.

---

das politisch-administrative System ergänzt hätten, blieb untersagt.<sup>301</sup>

Letztendlich war die vollständige Assimilation der Flüchtlinge und Vertriebenen das Kernziel der „Umsiedlerpolitik“, wobei darunter im Sinne der SED eine Absorption in der Aufnahmegesellschaft, die infolge der Politik der Partei umfassend umgestaltet wurde, zu verstehen ist. Statt der Wahrung einer kulturellen Identität stand eine Homogenisierung in der sozialistischen Gesellschaft auf dem Plan. Drei Dimensionen kennzeichneten dabei die Umsiedlerpolitik: polizeistaatliche Kontrolle (Repression), Heimat- und Rückkehrverzicht (Grenzanerkennung) und materielle Integrationshilfe (Sozialpolitik).<sup>302</sup> Bei diesem Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen ging es der SED darum, die „Unumkehrbarkeit der Vertreibung und die Unvermeidbarkeit der Integration“<sup>303</sup> festzuschreiben.

Diese politischen Rahmenbedingungen markieren einen entscheidenden Unterschied zwischen den Lebensbedingungen von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Bundesrepublik und in der DDR. Während Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien im Westen Deutschlands in Milieus hineinwachsen konnten, in denen die Erinnerung an die Herkunft und das Schicksal der Familie über einen privaten Raum hinaus gepflegt wurde, blieb diese Möglichkeit den „Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkindern“ in der DDR weitgehend verwehrt. Der Rückzug in ein „Vertriebenenmilieu“, das sich in vielen Lebensbereichen von der Aufnahmegesellschaft abgrenzte, war im SED-Staat nicht

---

<sup>301</sup> Vgl. Michael SCHWARTZ, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 61), München 2004, hier S. 1126.

<sup>302</sup> Vgl. ebda, Vgl. S. 1138.

<sup>303</sup> Vgl. ebda., S. 1117.

möglich, da dieser die Entstehung solcher „Parallelgesellschaften“ schon frühzeitig – teils mit Repressalien – unterband.<sup>304</sup>

Im Bereich der sozialpolitischen Maßnahmen gab es bis zu Beginn der fünfziger Jahre eigene Programme für Flüchtlinge und Vertriebene, die auch einen gewissen Ausgleich für die in der Nachkriegszeit entstandenen materiellen Schäden leisten sollten. Zu dieser Fürsorgepolitik zählten auch Maßnahmen zur Förderung der „Umsiedlerkinder“, mit denen Wissensrückstände ausgeglichen und Berufsperspektiven geschaffen werden sollten. Um überhaupt Erfolg zu haben, mussten dabei flankierend auch materielle Hilfen wie z. B. Schulspeisung geleistet werden.

Während für schulpflichtige Kinder und Jugendliche im „Umsiedlergesetz“ von 1950 und zuvor auf Länderebene spezielle Maßnahmen vorgesehen waren, kamen Studenten aus dem Kreis der Flüchtlinge und Vertriebenen nie in den Genuss von nur auf sie bezogenen Förderprogrammen. Zwar wurde im Ministerium für Volksbildung der DDR auf Referentenebene vorgeschlagen, die „Umsiedlerstudenten“ bei der Stipendienvergabe den besonders geförderten sozialen Gruppen gleichzustellen; diese Pläne wurden jedoch nie umgesetzt.

In einer nach Vorstellung der SED „entdifferenzierten Gesellschaft“ war keine Platz für besondere sozialpolitische Programme für Flüchtlinge und Vertriebene. Dies bedeutet allerdings nicht, dass diese nicht von allgemeinen sozialpolitischen Maßnahmen hätten profitieren können. Sie kamen dafür aber infolge politischer und sozialer Kriterien, nicht in ihrer Eigenschaft als Vertriebene in Frage. Stipendien wurden in den fünfziger und sechziger Jahren von Studenten in der DDR, gleichgültig ob sie zum Kreis der einheimischen Bevölkerung oder zur

---

<sup>304</sup> Vgl. ebda., S. 477-543.

---

Gruppe der Flüchtlinge und Vertriebenen gehörten, als Selbstverständlichkeit empfunden.

Der Blick nach Westen zeigt jedoch, dass auch eine andere Form der Förderung möglich gewesen ist. Das Fehlen eines wie auch immer gearteten Lastenausgleichs sowie die verweigerte Fortsetzung einer – wenn auch zaghaften – gruppenspezifischen Sozialpolitik in der DDR symbolisieren die gesellschaftspolitische Nichtanerkennung des Vertreibungsschicksals und der daraus resultierenden Problemlagen.<sup>305</sup>

Auf diese Rahmenbedingungen wollte ein Teil der Flüchtlinge und Vertriebenen in der DDR sich nicht auf Dauer einlassen und zog das ungewisse Leben in der Bundesrepublik einem Verbleib in der DDR vor. Nach dem Mauerbau war dieser Weg versperrt. Die in der DDR verbleibenden Flüchtlinge und Vertriebenen mussten sich mit dem System arrangieren, was unterschiedliche „Anpassungskosten“ verlangte.

## 2.

Wie auch andere moderne arbeitsteilige Industriegesellschaften kann die DDR als „Arbeitsgesellschaft“ bezeichnet werden. Arbeit ist in solchen Gesellschaften nicht nur eine Quelle des materiellen Überlebens und des Wohlstands, sondern auch die zentrale Quelle für die Strukturierung von Interessen, Institutionen und Identitäten.<sup>306</sup>

Betriebe bildeten dabei in der DDR einen herausragenden „Vergesellschaftungskern“, da sie sich in ihrer Funktion nicht auf eine Erwerbsbeteiligung beschränkten.<sup>307</sup> Sie waren multi-

---

<sup>305</sup> Vgl. ebda., S. 1143.

<sup>306</sup> Vgl. Martin KOHLI, Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Hartmut KAELBLE u. a. (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart, 1994, S. 31-61, hier S. 38.

<sup>307</sup> Vgl. ebda., S. 39.



funktionale Orte nicht nur bezüglich der Erreichung von Produktionszielen und der Realisierung von Erwerbseinkommen, sondern dienten auch als Sozialeinrichtungen, zur Freizeitgestaltung, sozialen Integration und (zum Teil illegalen) Beschaffung von zentralen Versorgungsgütern (Wohnungen, Urlaubsplätze), was in der Ökonomie des Mangels von besonderer Bedeutung war.<sup>308</sup>

Insofern fällt dem „System Arbeitsplatz“ eine maßgebliche Rolle für eine Analyse der DDR-Gesellschaft zu. Beim Neuaufbau der Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg genoss die Mobilisierung der arbeitsfähigen Bevölkerung höchste Priorität.<sup>309</sup> Personen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen konnten, boten sich besondere Möglichkeiten des beruflichen und damit auch sozialen Aufstiegs. Da die „Umsiedlerpolitik“ der SED allein auf die Integrationswirkung der Erwerbsarbeit abhob und auf gruppenspezifische Fördermaßnahmen verzichtete, wurden gleichzeitig aber Personen außerhalb der Erwerbstätigkeit, wozu vor allem Rentner und Arbeitsunfähige gehörten, benachteiligt.<sup>310</sup>

Die besondere Bedeutung des Faktors Arbeit zeigte Folgen bei der Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen. Während jungen, arbeitsfähigen „Umsiedlern“ soziale Aufstiegs- und Integrationschancen offen standen, hatten es Ältere schwerer. Ohne für jeden Einzelfall Geltung zu beanspruchen, kann doch ein

---

<sup>308</sup> Vgl. Karl Ulrich MAYER / Martin DIEWALD, Kollektiv und Eigensinn. Die Geschichte der DDR und die Lebensläufe ihrer Bürger, in: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE (1996), B 46, S. 8-17, hier S. 10.

<sup>309</sup> Vgl. Dierk HOFFMANN, Leistungsprinzip und Versorgungsprinzip. Widersprüche der DDR-Gesellschaft, in: Dierk HOFFMANN/Michael SCHWARTZ (Hrsg.), Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft 1945/49-1989, München 2005, S. 89-113, hier S. 90.

<sup>310</sup> Vgl. ebda., S. 113.

---

klarer Zusammenhang zwischen den Mustern der soziokulturellen Integration und generationspezifischen Erfahrungen hergestellt werden. Jüngere richteten ihr Leben pragmatischer auf die Aufnahmegesellschaft aus, als es die Eltern- und Großelterngenerationen taten.<sup>311</sup> Aufgrund der politischen Rahmenbedingungen kam dabei eine gewisse Absonderung von der Mehrheitsgesellschaft unter Wahrung von beruflichen und privaten Perspektiven, wie sie in der Bundesrepublik möglich war, für die Untersuchungsgruppe der „Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkinder“ nicht in Frage. Dagegen wirkten sich im besonderen Maße die Sozialisationsinstanzen Schule und Universität aus, die zudem für die Zuweisung der späteren Arbeitsplätze eine besondere Rolle spielten. Die staatliche Berufslenkung sorgte zwar dafür, dass die Absolventen entsprechend ihrer Qualifikation eingesetzt wurden. Aus individueller Sicht führte das System jedoch oft zu Fehlplatzierungen, auf die die Betroffenen mit Arbeitsplatzwechseln reagierten.

Obwohl die SED eine Besserstellung der unteren Einkommensgruppen zu Lasten der höheren Einkommen propagierte und mit einer Nivellierung der Löhne auch in Teilen verwirk-

---

<sup>311</sup> Nach der Studie von Michael von ENGELHARDT, Generation und historisch-biographische Erfahrung, Die Bewältigung von Flucht und Vertreibung in Generationenvergleich, in: Dierk HOFFMANN u. a. (Hrsg.), Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 2000, S. 331-358, hier S. 335 richteten 48 % derjenigen, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit in den Westzonen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene waren, ihr weiteres Leben pragmatisch auf die Aufnahmegesellschaft aus. 40 % von ihnen arrangierten sich – wenn auch teils unter Schwierigkeiten – mit der neuen Situation. Nur 13 % hatten gravierende Probleme bei der Integration und definierten sich weiterhin vor allem über eine starke Bindung an die Heimat. Dagegen nimmt der Anteil derjenigen, die mit der Situation nicht zurechtkamen, bei den über 60jährigen auf 56 % zu.

lichte, fand eine Differenzierung der DDR-Gesellschaft in Teilen über Arbeit und Berufe statt. Zum einen wurden Löhne in geringem Umfang eben doch abgestuft, um mit Hilfe der Lohnpolitik Leistungsanreize in einzelnen, ausgewählten Wirtschaftsbranchen zu bieten und damit die Arbeitsproduktivität zu steigern. Zusatzrenten für bestimmte Berufsgruppen wie z. B. die 1951 eingeführte „Intelligenzrente“, lassen sich durchaus als nachgeholte Lohn- und Gehaltserhöhungen charakterisieren.<sup>312</sup> Hinzu kommt, dass die Arbeit, die zudem ideologisch aufgewertet war, auch deshalb eine wichtige Rolle für eine individuelle Differenzierung spielte, weil andere Determinanten sozialer Strukturierung, wie der Besitz an Produktionsmitteln und Unterschiede zwischen Selbständigkeit vs. Lohnabhängigkeit, in der DDR nur von geringer Bedeutung waren.<sup>313</sup> Stattdessen existierten neben der Parteilite gewisse Klassenlagen, die die kleinen, aber feinen Unterschiede ausmachten. Akademiker standen als Leistungskader und hochqualifizierte Dienstklassenangehörige zumeist über Facharbeitern und Angestellten oder den un- und angelernten Arbeitern.<sup>314</sup>

Zum anderen waren Betriebe – wie oben ausgeführt – außer für das Erwerbseinkommen auch als sozialer Ort und als Verteilungsinstanz von Sozialleistungen bedeutsam. Es gibt Hinweise dafür, dass die Teilhabe daran für manche Personen stärker ge-

---

<sup>312</sup> Vgl. Dierk HOFFMANN, Leistungsprinzip und Versorgungsprinzip. Widersprüche der DDR-Arbeitsgesellschaft, in: Dierk HOFFMANN / Michael SCHWARTZ (Hrsg.), Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft 1945/49-1989 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Sondernr.), München 2005, S. 89-113, hier S. 112.

<sup>313</sup> Vgl. Martin KOHLI, Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, S. 45.

<sup>314</sup> Vgl. Karl Ulrich MAYER / Martin DIEWALD, Kollektiv und Eigensinn. Die Geschichte der DDR und die Lebensläufe ihrer Bürger, S. 15.

wichtet wurde als die Teilhabe am betrieblichen Arbeitsprozess.<sup>315</sup>

Jüngere, gut ausgebildete Kräfte konnten bei politischem Wohlverhalten und entsprechender Leistung vom Arbeitskräftebedarf der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren profitieren. Die materielle, soziale und emotionale Faktoren implizierende „Basisintegration“<sup>316</sup> der „Umsiedlerkinder“, die in der DDR studiert hatten, fand im starken Maße über die Lebenswelt am Arbeitsplatz statt. Damit unterscheiden sie sich von ihren Eltern und Großeltern, deren Möglichkeiten, über die berufliche Tätigkeit in die Gesellschaft „hineinzuwachsen“, ungleich beschränkter waren. Zugleich führte der hohe Bildungsabschluss sie an berufliche Positionen, die auch ein großer Teil der einheimischen Bevölkerung nicht erreichen konnte, sofern nicht die entsprechende Qualifikation vorlag.

### 3.

Das Bildungssystem der DDR hatte zwei wesentliche Aufgaben zu erfüllen, die jedoch teilweise im Widerspruch zueinander standen. So sollte ein Umbau der Gesellschaft unter sozialen Vorgaben gewährleistet, gleichzeitig sollten aber auch Effizienzkriterien berücksichtigt werden.<sup>317</sup>

Prinzipiell räumte die Bildungspolitik der SED der Chancengleichheit einen großen Platz ein. Vormalig benachteiligte Grup-

---

<sup>315</sup> Vgl. Martin KOHLI, Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, S. 50.

<sup>316</sup> Vgl. Michael SCHWARTZ, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, S. 1165.

<sup>317</sup> Vgl. Johannes HUININK u. a., Staatliche Lenkung und individuelle Karrierechancen. Bildungs- und Berufsverläufe, in: Johannes HUININK u. a. (Hrsg.), Kollektiv und Eigensinn : Lebensverläufe in der DDR und danach, Berlin 1995, S. 89-143, hier S. 89-90.

pen sollten besonders gefördert werden, um über die Teilhabe an Bildung in alle gesellschaftlichen Positionen und Teilbereiche vorzustoßen. Allerdings wurden die zu fördernden Gruppen auch unter politischen Gesichtspunkten bestimmt.<sup>318</sup> Obwohl die „Umsiedlerstudenten“ im Vergleich zu Studenten ohne Vertreibungshintergrund durchaus als benachteiligte Gruppe begriffen werden können, erfolgte keine besondere Förderung. Hier zählte die politische Vorgabe, keine Segregationsbereiche zu eröffnen. Profitieren konnten jedoch in jedem Fall Frauen, deren Ausbildungsniveau und berufliche Positionen stiegen. Dies gilt auch für Frauen aus dem Kreis der Flüchtlinge und Vertriebenen, die an Hochschulen der DDR studierten.

Weiterqualifikationen und die Möglichkeit, Abschlüsse nachzuholen, sollten das Arbeitskräftepotential in der DDR möglichst effektiv ausnutzen. Innerhalb der einzelnen Berufsfelder sollte dadurch eine berufliche Aufstiegsmobilität generiert werden, die z. B. einen Meister bis in die Position des Technischen Leiters bringen konnte.<sup>319</sup> Jedoch hing das Qualifikationsniveau beruflicher Tätigkeiten auch weiterhin in starkem Maße vom Ausbildungsniveau ab, so dass bestimmte Positionen Akademikern vorbehalten blieben.<sup>320</sup> Das Postulat der Einheitlichkeit bedurfte aus Effizienzgründen gewisser Modifikationen, wissenschaftlich-technische Anforderungen erforderten eine Differenzierung der Arbeitnehmer. Hierfür waren die bereits thematisierten Leistungsanreize notwendig.<sup>321</sup>

---

<sup>318</sup> Sozialwissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass sich den Betroffenen bessere Perspektiven für die Berufslaufbahn boten, wenn sie der SED angehörten. Vgl. Johannes HUININK u. a., Staatliche Lenkung und individuelle Karrierechancen. S. 138-139.

<sup>319</sup> Vgl. ebda., S. 93.

<sup>320</sup> Vgl. ebda., S. 141.

<sup>321</sup> Vgl. ebda S. 99.

Hochschulabsolventen bildeten deshalb nicht nur zahlenmäßig eine herausgehobene Gruppe im Vergleich zur Gesamtgesellschaft. Im Vergleich zur gesamten Alterskohorte hatten nur zwei Prozent der 1929 geborenen Frauen und Männer einen Hochschulabschluss. Unter der Gruppe der 1939 Geborenen hatten neun Prozent der Frauen bzw. vier Prozent der Männer einen akademischen Abschluss erlangt.<sup>322</sup>

Eine höhere Bildung sorgte nicht automatisch für gute Arbeitsbedingungen. Da in der DDR Hochschulzugangswege und Bildungsverteilungen besonders restriktiv reguliert waren, hatten Studenten mit der Immatrikulation jedoch ein Nadelöhr passiert, durch das für viele andere aus politischen und sozialen Gründen kein Durchkommen war. Mit einer gewissen Anpassungsbereitschaft boten sich nach dem Studium Berufsperspektiven, die zur inneren Zufriedenheit beitragen konnten, wengleich die tendenzielle Statusnivellierung auch Probleme bei der Motivierung der „wissenschaftlich-technischen Intelligenz“ nach sich zog.<sup>323</sup>

Neben der Eröffnung sozialer und beruflicher Aussichten ermöglichte das immaterielle Gut „Bildung“ jungen Flüchtlingen und Vertriebenen, erlittenes Leid zu kompensieren. Über Bildungseinrichtungen und Arbeitsstätten wurden Kontakte zu einheimischen Gleichaltrigen hergestellt, woraus eine wesentlich

---

<sup>322</sup> Infolge von Weiterqualifizierungsmaßnahmen stieg die Akademikerquote bis zum Ende der DDR beim Jahrgang 1929 auf 4 Prozent (Frauen) bzw. 18 Prozent (Männer), für den Jahrgang 1939 auf 8 Prozent bzw. 16 Prozent. Vgl. Johannes HUIJINK u. a., Staatliche Lenkung und individuelle Karrierechancen. Bildungs- und Berufsverläufe, S. 107.

<sup>323</sup> Vgl. Martin KOHLI, Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, S. 46.

stärkere Einbindung in die Aufnahmegesellschaft resultierte, als es bei der Generation der Eltern und Großeltern der Fall war.<sup>324</sup> Die überwiegende Anzahl der befragten „Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkinder“ findet im Rückblick wohlwollende Worte zu den Sozialisationsinstanzen Schule und Universität, da deren Abschlüsse die Möglichkeit zu einem relativ selbstbestimmten Leben und sozialen Aufstieg unabhängig von der materiellen Herkunft boten. Die Berufsperspektiven mit einem Hochschulabschluss eröffneten Möglichkeiten, die anderen Beschäftigten verwehrt waren. Die Vertreibungserfahrungen konnten bei Flüchtlingen, die studierten und danach eine zufriedenstellende berufliche Tätigkeit fanden, stärker in den Hintergrund treten als bei Personen, die andere Berufsbiographien hatten.

Natürlich bot eine höhere Bildung nicht die Garantie, dass sich Flüchtlinge und Vertriebene in der DDR als ihrer neuen Heimat einrichteten. So spielte es eine wesentliche Rolle, ob man in Konflikt zu Staat und Partei geriet – sei es aus politischen oder auch aus konfessionellen Gründen. Gleichwohl bildete ein „erfülltes Arbeitsleben“ neben familiären und freundschaftlichen Kontakten, aber etwa auch den persönlichen Wohnverhältnissen, einen wichtigen Faktor, der die Verschmelzung mit der einheimischen Bevölkerung erleichtern konnte.<sup>325</sup>

Nicht in jedem Fall allerdings resultierte aus den Bildungswegen der „Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkinder“ eine Erfolgsgeschichte. Unterbrechungen der Ausbildungsgänge, die Verkürzung der Jugendphase sowie fehlende elterliche materiel-

---

<sup>324</sup> Michael von ENGELHARDT, Generation und historisch-biographische Erfahrung, Die Bewältigung von Flucht und Vertreibung im Generationenvergleich, S. 347.

<sup>325</sup> Vgl. Philipp THER, Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956, S. 336-337.

le und psychisch-soziale Unterstützung machten vielen jungen Erwachsenen zu schaffen.<sup>326</sup> Deshalb können auch unter den Flüchtlingen und Vertriebenen, die studierten, Abstiegsprozesse beobachtet werden. Hier wäre ein Vergleich der „Umsiedler“ mit Hochschulabschluss mit der restlichen Altersgruppe besonders produktiv.

Höhere Bildungsabschlüsse waren ein möglicher Weg in angemessene Berufsstellungen. Über gemeinsame Erfahrungen in den Ausbildungsinstanzen näherten sich die Lebensbedingungen junger Flüchtlinge und Vertriebener denen der alteingesessenen Bevölkerung an, jedoch ohne dass die Vertreibungserfahrungen vollends in Vergessenheit geraten wären.

#### 4.

DDR-Bürger und damit auch die dort lebenden Flüchtlinge und Vertriebenen waren nicht nur Subjekte der Politik der SED. Sie lebten und handelten zwar innerhalb vorgegebener politischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, dies aber durchaus „eigen-sinnig“. Die Gestaltung der eigenen Lebens- und Arbeitsverhältnisse konnte im Einklang mit den Vorgaben der Staatspartei erfolgen, Defizite der diktatorischen Gesellschaftsteuerung kompensieren, deren Ziele aber auch durchkreuzen.<sup>327</sup>

Für junge Flüchtlinge und Vertriebene spielte die in Zeiten von Krieg und Zwangsmigration dezimierte Familie eine wichtige Rolle. Hier wurden Einstellungen und Erfahrungen vermittelt, die nicht nur mit der Gegenwart, sondern auch mit den Her-

---

<sup>326</sup> Michael von ENGELHARDT, Generation und historisch-biographische Erfahrung, Die Bewältigung von Flucht und Vertreibung im Generationenvergleich, S. 348.

<sup>327</sup> Vgl. Thomas LINDENBERGER, Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: Thomas LINDENBERGER (Hrsg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, S. 25.



kunftsorten zu tun hatten. Allerdings ließen diese Prägungen in unterschiedlicher Weise nach, wenn sich die jungen Erwachsenen durch Studium oder Beruf von der Familie entfernten. Über Bekanntschaften, Freundschaften und Ehen erweiterten die „Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkinder“ den Kreis ihrer Bezugspersonen. Dadurch traten die Themen Flucht und Vertreibung, aber auch innerfamiliäre Traditionen mehr und mehr hinter aktuellen Fragen der Lebensgestaltung zurück.

Viele der befragten ehemaligen Studenten hoben hervor, dass ihnen in den Nachkriegsjahren eine außergewöhnliche Leistungsbereitschaft abverlangt worden sei, um sich angemessene Lebensverhältnisse aufzubauen. Der Arbeitskräftebedarf der fünfziger und sechziger Jahre und das persönliche Engagement der jungen Flüchtlinge und Vertriebenen gingen dabei in vielen Fällen konform. Unter den Bedingungen der SED-Diktatur waren dafür allerdings auch gewisse „Anpassungskosten“ zu zahlen. Vor allem im Nahbereich, d.h. im persönlichen Umgang mit Kollegen oder im Freundes- und Bekanntenkreis, versuchten viele DDR-Bürger, ihre eigenen Handlungschancen zu erhalten und damit auch Eingriffe und Erschütterungen von oben abzuwehren.<sup>328</sup>

Eine „Schaukelstrategie zwischen partieller Anpassung und partieller Selbstbewahrung“<sup>329</sup> gehörte zum Leben in der Diktatur. Die individuellen Handlungsmuster können je nach Einzelfall als konforme Anpassung und gestaltende Mitwirkung oder

---

<sup>328</sup> Vgl. ebda., S. 34.

<sup>329</sup> Vgl. Michael SCHWARTZ, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, S. 1175.

als Resignation, innere Distanz, Enttäuschung, Entfremdung und Rückzug ins Private gedeutet werden.<sup>330</sup>

Erfahrungen in Zeiten von Krieg, Flucht und Vertreibung sowie der Nachkriegsgesellschaft prägten in unterschiedlicher Weise die Lebenswege der Befragten. Die Erinnerung und Bedeutung der Vertreibungserfahrungen äußerte und äußert sich in unterschiedlicher Intensität. Gerade in der Alters- und Ruhestandsphase scheint die Rückschau eine höhere Bedeutung zu haben, als es in der Zeit der aktiven Berufstätigkeit der Fall war. Hier waren viele Flüchtlinge und Vertriebene vornehmlich mit Arbeit ausgefüllt, wollten sich neue Existenzmöglichkeiten aufbauen.<sup>331</sup>

Insgesamt kann für die meisten der befragten „Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkinder“ eine langfristige assimilatorische Wirkung der beruflichen Integration festgestellt werden.<sup>332</sup> Das berufliche Einsatzspektrum der Hochschulabsolventen sorgte dabei für eine gewisse Zufriedenheit. Von großer Bedeutung für das allmähliche Hineinwachsen junger Flüchtlinge und Vertriebener in die DDR-Gesellschaft war neben der Politik der SED auch der Faktor Zeit.

Zum einen wirkte sich auch aus, dass eine Rückkehrmöglichkeit in die ehemaligen Geburts- und Wohnorte staatlicherseits mit Vehemenz verneint wurde.<sup>333</sup> Bis zum Mauerbau 1961 blieb

---

<sup>330</sup> Vgl. Karl Ulrich MAYER / Martin DIEWALD, Kollektiv und Eigensinn. Die Geschichte der DDR und die Lebensläufe ihrer Bürger, S. 11.

<sup>331</sup> Vgl. Anita ECKSTAEDT, Vertriebenenschicksale - psychoanalytisch gesehen, in: Dierk HOFFMANN u. a. (Hrsg.), Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, S. 361.

<sup>332</sup> Vgl. Michael SCHWARTZ, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, S. 1165.

<sup>333</sup> Vgl. ebda., S. 1170.

den Betroffenen zumindest noch die Option der Abwanderung in die Bundesrepublik. Dann gab es aufgrund der alternativlosen Assimilationspolitik der SED nur den „Zwang zur Zukunft“; während in der Bundesrepublik eine zweideutige Eingliederungspolitik, die auch das rückwärtsgewandte Recht auf Heimat sowie partielle Vermögensentschädigungen enthielt, die komplementäre Utopie der Staatsrestauration fortwirken ließ.<sup>334</sup>

Zum anderen wirkte der Zeit-Faktor auch unabhängig von den vorgegebenen politischen Rahmenbedingungen. Das allmähliche Hineinwachsen in die Aufnahmegesellschaft durch Schule und Hochschule, Berufswelt sowie Bekanntschaften, Freundschaften und Ehen konnte auch in der Bundesrepublik beobachtet werden. Diese Erkenntnis führt weiter zur Frage der „emotionalen Integration“<sup>335</sup> jenseits der politisch-gesellschaftlichen und beruflichen Integration. Hier können keine generalisierenden Antworten für die Gruppe der „Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkinder“ gegeben werden.

Insofern stellte die Hochschulbildung nur ein – wenn auch wichtiges – Element einer möglichen Integration in die DDR-Gesellschaft dar. Da junge Flüchtlinge und Vertriebene vom Fachkräftebedarf der fünfziger und sechziger Jahre profitieren konnten, können sie im Vergleich zu ihren Eltern und Großeltern als „eher [...] begünstigte Generation“<sup>336</sup> bezeichnet werden. Zum Teil boten sich Ihnen bei politischem Wohlverhalten

---

<sup>334</sup> Vgl. ebda., S. 1183.

<sup>335</sup> Vgl. ebda., S. 1180.

<sup>336</sup> Michael von ENGELHARDT, Generation und historisch-biographische Erfahrung, Die Bewältigung von Flucht und Vertreibung im Generationenvergleich, S. 350.

Aufstiegsmöglichkeiten, die vor 1945 unter den herkömmlichen Familientraditionen nicht möglich gewesen werden. Ein erfülltes Erwerbsleben konnte sich auch auf die Haltung zur Aufnahmegesellschaft auswirken, ohne dass damit die Erinnerung an das eigene Vertriebenenschicksal vollends verschwunden wäre.

**REIHE GESPRÄCHSKREIS  
GESCHICHTE  
DER FRIEDRICH-EBERT-  
STIFTUNG**

Heft 1: Jürgen Kocka, Die Auswirkungen der deutschen Einigung auf die Geschichts- und Sozialwissenschaften, Bonn 1992 (24 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 2: Eberhard Jäckel, Die zweifache Vergangenheit. Zum Vergleich politischer Systeme, Bonn 1992 (24 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 3: Dieter Dowe (Hrsg.), Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR, Bonn 1993 (180 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar )

Heft 4: Dieter Dowe (Hrsg.), Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982-1989, Bonn 1993 (208 S.)

Heft 5: Reinhard Rürup, Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichte, Bonn 1993 (32 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 6: Dieter Langewiesche, Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert: Zwischen Partizipation und Aggression, Bonn 1994 (32 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 7: Karin Hausen, Die „Frauenfrage“ war schon immer eine „Männerfrage“. Überlegungen zum historischen Ort von Familie in der Moderne, Bonn 1994 (32 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 8: Hans-Ulrich Wehler, Angst vor der Macht? Die Machtlust der Neuen Rechten, Bonn 1995 (24 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 9: Ausstellungskatalog: Friedrich Ebert 1871-1925. Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten, Bonn 1995 (72 S.)

Heft 10: Leonid Pawlowitsch Kopalin, Die Rehabilitierung deutscher Opfer sowjetischer politischer Verfolgung, Bonn 1995 (40 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 11: Michael Schneider, „Völkspädagogik“ von rechts. Ernst Nolte, die Bemühungen um die „Historisierung“ des Nationalsozialismus und die „selbstbewußte“ Nation, Bonn 1995 (56 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 12: Klaus Schönhoven, Gewerkschaften und soziale Demokratie im 20. Jahrhundert, Bonn 1995 (32 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 13: Dieter Dowe (Hrsg.), Kurt Schumacher und der „Neubau“ der deutschen Sozialdemokratie nach 1945, Bonn 1996 (192 S.)

Heft 14: Dieter Dowe (Hrsg.), Die Deutschen - ein Volk von Tätern? Zur historisch-politischen Debatte um das Buch von Daniel Goldhagen, Bonn 1996 (80 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 15: Dieter Dowe (Hrsg.), Herbert Wehner (1906 - 1990) und die deutsche Sozialdemokratie, Bonn 1996 (64 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 16: Helmut Schmidt, Carlo Schmid 1896 - 1979, Bonn 1996 (24 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 17: Michael Schneider, Die „Goldhagen-Debatte“. Ein Historikerstreit in der Mediengesellschaft, Bonn 1997 (31 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 18: Peter Steinbach, Widerstand gegen den Nationalsozialismus - eine „sozialistische Aktion“? Zum 100. Geburtstag Carlo Mierendorffs (1897.1943), Bonn 1997 (104 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 19: Klaus Tenfelde, Milieus, politische Sozialisation und Generationenkonflikte im 20. Jahrhundert, Bonn 1997 (31 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 20: Dieter Langewiesche, 1848 und 1918 - zwei deutsche Revolutionen, Bonn (31 S.)

Heft 21: Peter Steinbach, Für die Selbsterneuerung der Menschheit. Zum einhundertsten Geburtstag des sozialdemokratischen Widerstandskämpfers Adolf Reichwein, Bonn 1998 (48 S.)

Heft 22: Dieter Dowe (Hrsg. in Verbindung mit Dieter Gosewinkel), Lernen aus der Vergangenheit!? Der Parlamentarische Rat und das Grundgesetz, Bonn 1998 (111 S.)

Heft 23: Gerald D. Feldman, Unternehmensgeschichte des Dritten Reichs. Raubgold und Versicherungen, Arisierung und Zwangsarbeit, Bonn 1999 (32 S.)

Heft 24: Diether Posser, Erinnerungen an Gustav W. Heinemann, Bonn 1999 (21 S.)

Heft 25: Dieter Dowe (Hrsg. in Verbindung mit Andreas Eberhardt), „Mein Vater war doch kein Verbrecher - und doch hat er einem verbrecherischem Regime gedient.“ Warum trifft uns das heute noch?, Bonn 1999 (81 S.)

Heft 26: Klaus Schönhoven, Auf dem Weg zum digitalen Dienstleistungszentrum. 30 Jahre Archiv und Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1999 (40 S.)

Heft 27: Peter Lösche, Parteienstaat in der Krise? Überlegungen nach 50 Jahren Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999 (48 S.)

Heft 28: Hans-Jochen Vogel, Zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR in Schwante vor 10 Jahren, Bonn 1999 (24 S.)

Heft 29: Günther Wagenlehner, Die russischen Bemühungen um die Rehabilitierung der 1941 - 1956 verfolgten deutschen Staatsbürger, Bonn 1999 (184 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

---

Heft 30: Friedhelm Boll/Beatrix Bouvier/Patrik von zur Mühlen, Politische Repression in der SBZ/DDR und ihre Wahrnehmung in der Bundesrepublik, Bonn 1999 (40 S.)

Heft 31: Peter Brandt (Hrsg.), An der Schwelle zur Moderne. Deutschland um 1800, Bonn 1999 (184 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 32: Arno Lustiger, Jüdische Kultur in Ostmitteleuropa am Beispiel Polens, Bonn 2000 (30 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 33: Feliks Tych, Deutsche, Juden, Polen: Der Holocaust und seine Spätfolgen, Bonn 2000 (24 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 34: Dieter Dowe, Ferdinand Lassalle (1825 - 1864). Ein Bürger organisiert die Arbeiterbewegung, Bonn 2000 (29 S.)

Heft 35: Michael Brenner, Wie jüdisch waren Deutschlands Juden? Die Renaissance jüdischer Kultur während der Weimarer Republik, Bonn 2000 (48 S.)

Heft 36: Dieter Dowe, „Agitieren, organisieren, studieren!“ Wilhelm Liebknecht und die frühe deutsche Sozialdemokratie, Bonn 2000 (30 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 37: Peter Steinbach, "Schafft die Einheit!" Wilhelm Leuschner 1890 – 1944, Bonn 2000 ( 40 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 38: Dieter Dowe (Hrsg.), Demokratischer Sozialismus in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, Bonn 2001 (176 S.)

Heft 39: Dieter Dowe/Dieter Wunder (Hrsg.), Verhandlungen über eine Wiedervereinigung statt Aufrüstung! Gustav Heinemann und die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Militärbündnis, Bonn 2000 (80 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)



Heft 40: Teresa Löwe, Der Politiker Eduard Bernstein. Eine Untersuchung zu seinem politischen Wirken in der Frühphase der Weimarer Republik (1918 – 1924), Bonn 2000 (158 S. vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 41: Ulrich Borsdorf, Hans Böckler (1875 – 1951) - historische Leitfigur der deutschen Gewerkschaften?, Bonn 2001 (44 S.)

Heft 42: Erich Ollenhauer (1901-1963). Ein Leben für die deutsche Sozialdemokratie. Reden zum 100. Geburtstag am 27. März 2001, Bonn 2001 (32 S.)

Heft 43: Bettina Hitzer, Schlüssel zweier Welten: Politisches Lied und Gedicht von Arbeitern und Bürgern 1848 – 1875, Bonn 2002 (222 S.)

Heft 44: Heinrich August Winkler u.a., Arbeit am Mythos Rosa Luxemburg. Braucht Berlin ein neues Denkmal für die ermordete Revolutionärin?, Bonn 2002 (28 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 45: Manfred Stolpe, Otto Wels und die Verteidigung der Demokratie, Bonn 2002 (32 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 46: Anne Cottebrune, „Deutsche Freiheitsfreunde versus „deutsche Jakobiner“. Zur Entmystifizierung des Forschungsgebietes „Deutscher Jakobinismus“, Bonn 2002 (61 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Willy Brandt, Reden anlässlich des 10. Todestages am 8. Oktober in Berlin, Bonn 2002 (34 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 47: Jürgen Kocka, Sozialgeschichte in Deutschland seit 1945. Aufstieg – Krise – Perspektiven, Bonn 2002 (37 S. , vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 48: Julia Macher, Verdrängung um der Versöhnung willen? Die geschichtspolitische Auseinandersetzung mit Bürgerkrieg und Franco-Diktatur in den ersten Jahren den friedlichen Übergangs von der Diktatur zur Demokratie in Spanien (1975-1978), Bonn 2002 (132 S.)

---

Heft 49: Klaus Schönhoven, Geschichtspolitik: Über den öffentlichen Umgang mit Geschichte und Erinnerung, Bonn 2003 (20 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 50: Dieter Dowe (Hrsg.) 140 Jahre Gründung von Lassalles Allgemeinem Deutschen Arbeiterverein 1863 in Leipzig – zur Frühgeschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 2003 (64 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 51: Dieter Dowe (Hrsg.) Der 17. Juni 1953. Die Gewerkschaften und die Diktaturen des 20. Jahrhunderts, Bonn 2003 (47 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 52: Heiner Lindner „Erkämpft Eure Freiheit! Stürzt Hitler!“ Die „Sozialistischen Mitteilungen“ 1939 – 1948, Bonn 2003 (287 S.)

Heft 53: Hans Mommsen, Entstehung und Bedeutung des Ermächtigungsgesetzes vom 23. März 1933, Bonn 2003 (24 S., vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 54: Heinrich August Winkler, Deutschland, Europa und der Westen. Versuch einer Standortbestimmung, Bonn 2004 (31 S.)

Heft 55: Konrad Jarausch, Aufbruch der Zivilgesellschaft .Zur Einordnung der friedlichen Revolution von 1989 Bonn, 2004 (48 S.)

Heft 56: Beate Kosmala, Verbotene Hilfe. Rettung für Juden in Deutschland 1941 – 1945, Bonn 2004 (36. S.)

Heft 57: Boris Zabarko, Überleben im Schatten des Todes. Holocaust in der Ukraine. Zeugnisse und Dokumente, Bonn 2004 (64 S.)

Heft 58: Klaus Hildebrand, Buchvorstellung. Klaus Schönhoven: Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966 – 1969, Bonn 2005 (56 S.)

Heft 59: Moritz Mälzer, *Ausstellungsstück Nation. Die Debatte um die Gründung des Deutschen Historischen Museums in Berlin*, Bonn 2005 (144 S.)

Heft 60: Georgios Chatzoudis, *Die Deutschlandpolitik der SPD in der zweiten Hälfte des Jahres 1989*, Bonn 2005 (128 S.)

Heft 61: Jerzy Kranz, *Polen und Deutschland: getrennte oder gemeinsame Wege der Geschichtsbewältigung. Juristisch-politische Bemerkungen aus polnischer Sicht*, Bonn 2005 (88 S.)

Heft 62: Dieter Dowe (Hrsg.), *Begegnungen. Susi Miller zum 90. Geburtstag*, Bonn 2005 (49 S.)

Heft 63: Manfred Messerschmidt, *Größte Härte ... Verbrechen der Wehrmacht in Polen September/Oktober 1939*, Bonn 2005 (24 S.)

Heft 64: Heiner Lindner, „Um etwas zu erreichen, muss man sich etwas vornehmen, von dem man glaubt, dass es unmöglich sei“. *Der Internationale Sozialistische Kampf-Bund (ISK) und seine Publikationen*, Bonn 2006 (270 S.)

Heft 65: Michael Schneider (Hrsg.), *Julius Moses. Schrittmacher der sozialdemokratischen Gesundheitspolitik in der Weimarer Republik*, Bonn 2006 (92 S.)

Heft 66: Dieter Dowe (Hrsg.), *Hans-Rosenberg-Gedächtnispreis 2006 der Heinrich-August-und-Dörte-Winkler-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn 2006 (64 S.)

Heft 67: Albrecht Riechers, *Hilfe für Solidarność. Zivilgesellschaftliche und staatliche Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980-1982*, Bonn 2006 (72 S. vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 68: Friedhelm Boll (Hrsg.), „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung. 40 Jahre deutsch-polnische Verständigung“, Bonn 2006 (144 S. vergriffen, nur im Internet abrufbar)

Heft 69: Klaus Schönhoven, Herbert Wehner und die Große Koalition, Bonn 2006 (31 S.)

Heft 70: Siegfried Heimann, Karl Heinrich und die Berliner SPD, die sowjetische Militäradministration und die SED, Bonn 2007 (67 S.)

Heft 71: Dieter Dowe, Von der Arbeiterpartei zur Volkspartei. Programm-entwicklung der deutschen Sozialdemokratie seit dem 19. Jahrhundert, Bonn 2007 (24 S.)

Heft 72: Egon Bahr, Der Weg zur Entspannungspolitik, Bonn 2007 (24 S.)

Heft 73: Gisela Notz (Hrsg.) Als die Frauenbewegung noch Courage hatte, (Bonn 2007)

Heft 74: Gunter Lange, Der „Professor“ kleiner Leute - Sozialpolitik mit Kompetenz und Leidenschaft. Ernst Schellenberg (1907-1984) zum 100jährigen Geburtstag, Bonn 2007 (68 S.)

Heft 75: Klaus Schönhoven, Europa als Erinnerungsgemeinschaft, Bonn 2007

Heft 76. Dieter Langewiesche, Das Europa der Nationen 1830-1832, Bonn 2007

Heft 77: Michael Parak, Integration durch Bildung? „Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkinder“ in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, Bonn 2007 (140 S.)

Heft 78: Ingeborg Zaunitzer-Haase, Rettende Augenblicke. Überleben im Nazi-KZ, Bonn 2007 (59 S.)

Heft 79: Friedhelm Boll (Hrsg.), Die andere Seite der Welt: Von Angesicht zu Angesicht - Begegnungen, Bonn 2007

Alle Hefte sind im Volltext im Internet abrufbar unter  
<http://library.fes.de/history/gg.html>

ISSN 0941-6862  
ISBN 978-3-89892-828-1